

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



16. März 1981
Jg. 2 Nr. 6

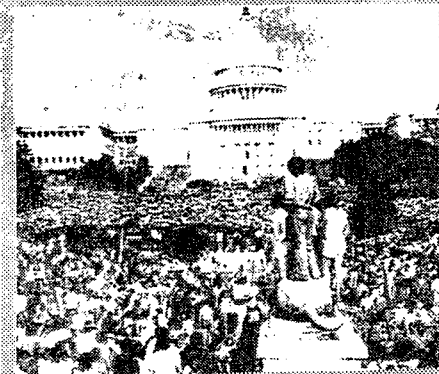
Preis:
2 DM



Lohnbewegung Metall: Wer hat Angst vorm Flächenstreik? Seite 7



Mittelstreckenraketen: Die Lösung „Entspannungspolitik im Rahmen der bestehenden Militärblöcke“ führt unweigerlich in die Sackgasse Seite 13



USA: „Amerikas neuer Anfang“ — Großangriff gegen die US-Arbeiterklasse Seite 28

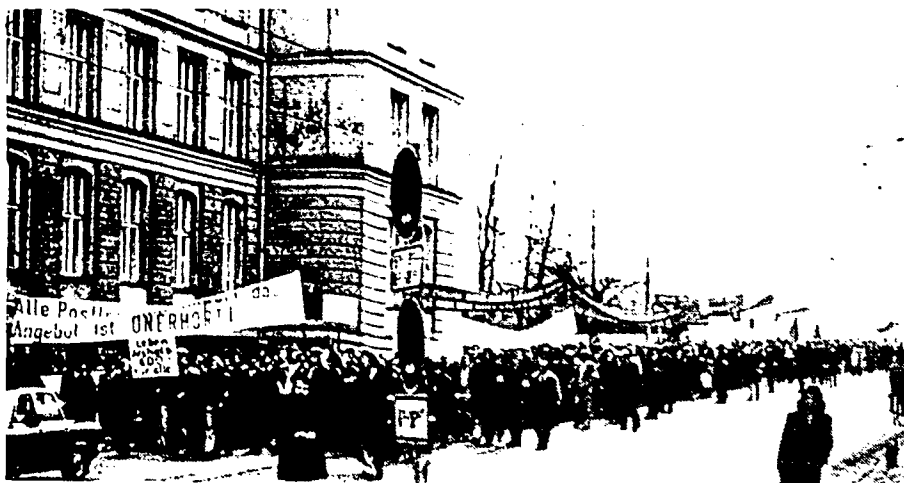
Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln, Kamekestr. 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich im Verlag GNN m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2 DM

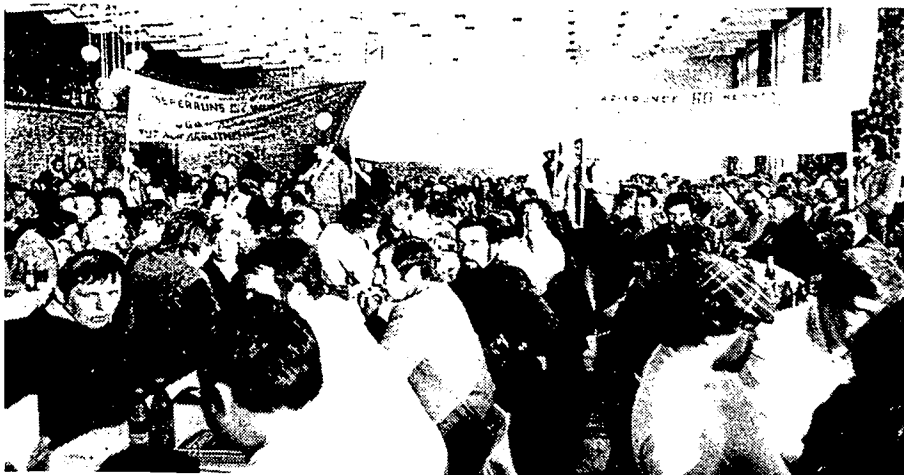
Inhalt

<i>Öffentliche Dienste:</i> Baums Politik: liberal aufgeputzte Reaktion aus dem Innenministerium	Seite 3
Organisationen der Beschäftigten in den öffentlichen Diensten	Seite 4
Baum setzt Dienstrechtsreform durch	Seite 5
<i>Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet</i>	Seite 6
<i>Lohnbewegung Metall:</i> Wer hat Angst vorm Flächenstreik?	Seite 7
<i>Personenkraftwagen:</i> Nachhaltiger Einbruch bei den Neuzulassungen	Seite 7
<i>Kapitalexport:</i> Staatsapparat finanziert Jagd nach Rohstoffen	Seite 8
<i>„Neue Lohnpolitik“:</i> Hinter Wunderland-Versprechungen Kurs auf weitere Verelendung	Seite 8
<i>Arbeitszeit:</i> 40-Stunden-Woche nur auf dem Papier	Seite 9
<i>Freiburg:</i> Lothar Späth's „Neuer Kurs“ gegen Hausbesetzer	Seite 10
<i>Niederlande:</i> Milliardenraub an den Sozialversicherten	Seite 10
<i>Türkeibesuch:</i> Abgeordnete waschen Hände in Unschuld	Seite 12
<i>Spanien:</i> Die Generäle haben Bedingungen gestellt	Seite 12
<i>Mittelstreckenraketen:</i> Die Losung „Entspannungspolitik im Rahmen der bestehenden Militärblöcke“ führt unweigerlich in die Sackgasse	Seite 13
Die westdeutsche Bourgeoisie hält die „deutsche Frage“ offen	Seite 14
Neutronenbombe — von wegen sauber	Seite 16
Zum „Krefelder Appell“ an die Bundesregierung	Seite 17
<i>Nachrichten aus der Arbeiterbewegung</i>	Seite 18
<i>Schichtarbeit:</i> Untersuchung der IG Chemie-Papier-Keramik über die Auswirkungen	Seite 19
<i>Bauindustrie:</i> 4%-Abschluß Bau plus Rahmentarifvertrag	Seite 19
<i>IG Druck:</i> Streik zur Durchsetzung eines Betriebsrates	Seite 20
<i>Jugendarbeitsschutz:</i> DGB Donauwörth greift Verstöße an	Seite 21
<i>TU München:</i> Aktionen der Studenten gegen Mittelkürzungen	Seite 21
<i>Hamburg:</i> Schülerzeitungen heizen den Schulpolitikern kräftig ein	Seite 22
<i>Bundesgerichtshof:</i> Neue Maßstäbe für Strafprozesse	Seite 23
<i>Böse-Prozeß:</i> Vorverurteilung mehr als deutlich!	Seite 23
<i>Asbest:</i> Eternit-Kapitalisten gegen Verbot	Seite 24
<i>Westberlin:</i> Gewerkschaftsforderungen zu den Wahlen	Seite 24
<i>Manteltarifverhandlungen Niedersachsen:</i> Metallkapitalisten wollen den Tarif über die Lohnverhandlungen retten	Seite 25
„Fachleute“ — über den Akkordlohn	Seite 25
Vergleich der Manteltarife in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und VW	Seite 26
Stichwort Akkordlohn	Seite 27
<i>Internationale Nachrichten</i>	Seite 28
<i>USA:</i> „Amerikas neuer Anfang“ — Großangriff auf die US-Arbeiterklasse	Seite 29
<i>Griechenland:</i> Bauern fordern höhere Agrarpreise	Seite 29
<i>Frankreich:</i> Vertrauensbildende Maßnahmen vor Wahl	Seite 30
<i>VR China:</i> Haushalt 81 — Investitionen um 45% gekürzt	Seite 30
<i>Japan:</i> Frühjahrsoffensive der Gewerkschaften	Seite 31
<i>Südliches Afrika:</i> Sowjetunion schickt Kriegsschiffe	Seite 31
<i>Tunesien:</i> Gewerkschaftskongreß wird vorbereitet. Busfahrer und Eisenbahner streiken	Seite 32
Gewerkschaften kämpfen gegen Kolonialismus	Seite 33
<i>Aus Kultur und Wissenschaft</i>	Seite 34
<i>Science Fiction:</i> Ein ideologisches Experiment, was mit der Lüge vom „Untermenschen“ noch zu machen wäre	Seite 34
Töchter Egalías oder Geschlechterkampf	Seite 34
Kein König und kein Führer der Juden	Seite 34
Glötz versucht politische Innenarchitektur	Seite 35
<i>Drogen:</i> Verschärfung des Betäubungsmittelgesetzes geplant	Seite 35
<i>Wojtyla:</i> Scheinheilige Seligsprechung in Manila	Seite 36
<i>Tanz:</i> Bücher zu Geschichte und Praxis des Tanzes und seiner Musik	Seite 36
<i>Theoretiker der Dritten Welt:</i> Das Konzept Nehrus zur Förderung der indischen Bourgeoisie	Seite 37
Lohn- und Gehaltsverteilung — Ergebnis des Arbeitsmarktes	Seite 38
Statistische Erläuterungen	Seite 38

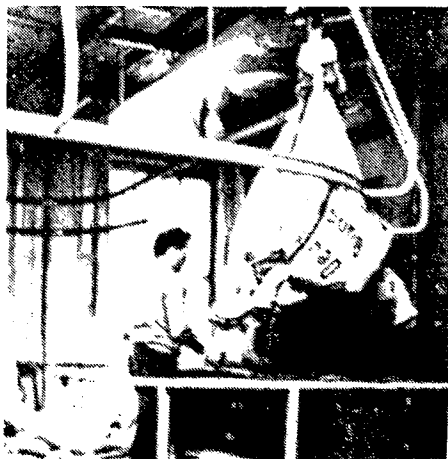
Baums Politik: liberal aufgeputzte Reaktion aus dem Innenministerium



Durch gut vorbereitete und massive Streiks im gesamten Bundesgebiet gelang es der ÖTV 1974, mit der Durchsetzung von 11%, 170 DM mindestens, den Anschluß an die Löhne der Industrie zu erreichen.



Ein neuer Manteltarifvertrag, eine Vorweganhebung von 60 DM, bzw. 50 DM und Betriebsratswahlen in über 100 Betrieben waren 1979/80 der Erfolg der Aktionen der ÖTV im privaten Transport- und Güterverkehr.



Warnstreiks der Postbeschäftigten im ganzen Bundesgebiet und Westberlin erreichten 1980 eine tarifvertragliche Regelung zum Ausgleich von Schicht- und Nachtarbeit im Bereich des gesamten öffentlichen Dienstes.

Baum kriegte Konturen. Nach dem „fiesem Maihofer“ hatte er es zunächst nicht schlecht verstanden, sich in der Wahlpropaganda der FDP und gelegentlich ergreifender Enthüllungen in „Stern“ und „Spiegel“ als Springborn der Freiheitlichkeit, als Mann, der dem „Staat Grenzen setzt“, zu postieren. Als oberster Dienstherr versucht er, Lohnsenkung, Rationalisierung, Steigerung der Arbeitshetze und der Entrechtung gegen die Arbeiter, Angestellten und Beamten in den öffentlichen Diensten als Wirken allgemeiner Gesetzmäßigkeiten der Marktwirtschaft zu verkaufen.

Sonderopfer des öffentlichen Dienstes? Aber keineswegs. Nur: „Für den Fall, daß in der Wirtschaft allgemein ein Sinken der Einkommen eintrete – aber auch nur dann – werde solches auch dem öffentlichen Dienst zugemutet werden müssen“, so am 7. Januar vor dem Beamtenbund. Bei der ersten Verhandlung mit der ÖTV am 6.3. hat Baum deshalb nicht etwa ein 0-Angebot vorgelegt, vielmehr sah sich der liberale Baum leider nicht in der Lage, ein Angebot vorzulegen, und verordnete eine Denkpause bis zum 20. März, weil die 7%-Forderung der ÖTV „... nicht der schwierigen wirtschafts- und finanzpolitischen Lage entspreche.“

Die wachsende Arbeitslosigkeit und die Schwierigkeiten der Gewerkschaften in der Industrie, Schranken gegen die Bildung einer Niedriglohnzone zu errichten, kommen dem milden Baum zugute. Da es der ÖTV gelungen ist, eine gewisse Sperre gegen Niedriglöhne in den öffentlichen Diensten zu errichten, hält es Baum im Sinne ausgleichender Gerechtigkeit für erforderlich, die Gesetze von Angebot und Nachfrage zwecks Druck auf die Löhne und Gehälter vor allem der Arbeiter und Angestellten in den öffentlichen Diensten mehr zur Geltung zu bringen. Strikt ist das Ministerium gegen jegliche übereilige Privatisierung. Baums Staatssekretär Hartkopf im Januar 80 leicht frivol: „Auf einer solch unausgewogenen Basis sollten wir jedenfalls nicht von allenfalls universell gebildeten Dilettanten am öffentlichen Dienst ‚rumfummeln‘ lassen.“

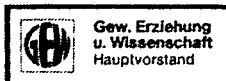
Fachmännisch dagegen Baum am 7. Januar 81: „Der Staat solle nicht Aufgaben übernehmen, die auch in privater Initiative erfüllt werden könnten.“ Da die sozial-liberale Koalition genau so fachmännisch durch ihre Haushalts-

Organisationen der Beschäftigten in den öffentlichen Diensten

Die Mitglieder der ÖTV sind etwa zur Hälfte Arbeiter, gefolgt von den Angestellten und den Beamten. Diese Zusammensetzung erklärt zum Teil die Kraft, mit der sie Kämpfe gegen Lohnsenkungen, kapitalistische Rationalisierung und politische Entrechtung führen kann. Die ÖTV hat Forderungen gegen die Doppelbelastung bei Überstunden, Nacht- und Schichtarbeit erhoben.



Die GEW beschränkt ihren Organisationsbereich auf das Personal in bildenden und erzieherischen Berufen. Bei Gründung bestand ihre Mitgliedschaft fast gänzlich aus Beamten. Dies hat sich seit der von den Kultusministerien verfolgten Politik, Lehrer als Angestellte oder Teilzeitangestellte zu nehmen, geändert. Die GEW ist nicht tariffähig.



Die GdED hat die „Erhaltung des Berufsbeamtentums“ und die „Sicherung und Ausbau des Beamten-, Arbeits- und Sozialrechts“ in ihre Satzung geschrieben. Sie fördert die beruflichen Belange der Mitglieder durch Fachgruppen und die Eisenbahnfachschule.



Die GGLF hat die Organisation von Studenten in den Gewerkschaften und den Abschluß von Tarifverträgen mit Landwirtschaftsstudenten während des Praxissemesters unterstützt.



Diese Organisation ist vor einigen Jahren Mitglied im DGB geworden. Sie führt in gewisser Weise einen Abwehrkampf gegen die Abwälzung hoheitlicher Aufgaben des Staates auf die Polizeibeamten.



Die DPG organisiert ebenso wie die GdED hauptsächlich Beamte in einem Monopolunternehmen des Bundes. Sie ist in letzter Zeit durch heftige Kämpfe gegen die Schichtarbeit hervorgetreten.



Die Gründer der Gewerkschaft ÖTV konnten 1949 ihre ursprüngliche Absicht, eine einzige Gewerkschaft für alle Beschäftigten in den öffentlichen Diensten zu schaffen, schon nicht mehr verwirklichen, da die Besatzungsmächte die Funktionäre der verschiedenen Zonen so lange durch Einreiseverbote voneinander isoliert hielten, bis außer in der britischen Zone und in Württemberg-Baden neben den gemeinsamen Gewerkschaften in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen und im Verkehrswesen besondere Gewerkschaften bei Post und Bahn und unter den Lehrern die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst haben sich in den letzten Jahren zunehmend bemüht, wenigstens ein gemeinsames Vorgehen für die Lohnbewegungen festzulegen und die Termine abzustimmen.

Dennoch haben die Dienstherren reichlich Ansatzpunkte zur Spaltung, die im wesentlichen durch hohe Anteile an Beamten in bestimmten Bereichen und deren Unterwerfung unter das Beamtenrecht und Entziehung des Streikrechts zustandekommen.

Daher waren die Beschäftigten bei Post und Bahn am schärfsten der kapitalistischen Rationalisierung ausgesetzt.

Mit ihrer Forderung nach einem einheitlichen Dienstrecht verfolgt die ÖTV die teilweise Aufhebung der vom Beamtenrecht ausgehenden Lähmung auf die einheitliche Aktion aller Lohnabhängigen. Direkt andere Interessen vertreten eine Reihe von anderen Organisationen, die von den DGB-Gewerkschaften bekämpft werden. Allen voran der Beamtenbund, der das immer gierige Bedürfnis der Dienstaufsicht nach höherer Zahlung, als zur Reproduktion der Arbeitskraft erforderlich ist, und Entbindung von der Arbeit verkörpert und die Ideologen des Gemeinwohls und des treuen Dienens züchtet. Für die christlichen Gewerkschaften, die sich 1966 insgesamt vom DGB abgespalten und Instrument der CDU/CSU zur Verbreitung der christlichen Soziallehre in der Arbeiterbewegung sind, bleibt da wenig Spielraum, zumal die Sonderinteressen der Angestellten durch die Spaltergewerkschaft DAG auch im öffentlichen Dienst ihre Vertretung haben.

politik die Gebührenplünderung nach den Kostendeckungsprinzip erzwingt, da die Kostendeckung auch als Argument der Lohnsenkung und Rationalisierung in den Betrieben des öffentlichen Dienstes dient, da schließlich die Kostendeckungsgrundsätze für Betriebe des öffentlichen Dienstes denen der Industrie angeglichen wurden und inzwischen z.B. auch Abschreibungen enthalten, kann die Privatisierung durchaus nicht dilettantisch, sondern sehr fachmännisch weitergetrieben werden. Wer wollte Baum vorwerfen, er betreibe die Privatisierung? Was kann schließlich Baum dafür, daß das Ergreifen einer „Initiative“ zur Privatisierung profitlich wird?

Ein weiterer Angriffspunkt, an dem Baum seine Hände in der Unschuld der kapitalistischen Marktgesetze wäscht: Bereits im Juni 1980 hatte der Finanzplanungsrat empfohlen: „keine Ausweitung des Personalbestandes“. Wird jetzt also durch Rationalisierung, Kündigungen, Versetzungen, Niedriggruppierungen der Druck auf die Arbeiter, Angestellten und Beamten verstärkt, so ist das Ergebnis für den Dienstherren doppelt günstig. Bereits im Zeitraum 78/79 hatte die Fluktuation vor allem bei den Arbeitern und Angestellten um 170000 gegenüber den Vorjahren zugenommen.

Weiter erhöht wird der Druck auf Löhne und Gehälter – immer nur nach der Gerechtigkeit von Angebot und Nachfrage – auf dem Arbeitsmarkt durch Teilzeitarbeit und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Bereits 1978 betrug die Zahl der Teilzeitbeschäftigten im öffentlichen Dienst über eine halbe Million, wobei die Ausdehnung der Teilzeitarbeit bei Lehrern noch kaum enthalten war, und über 30000 Arbeitslose wurden für mindestens ein halbes Jahr im öffentlichen Dienst mit ABM-Maßnahmen eingesetzt.

Weil Baum liberal ist, ist er auch gegen Privilegien, jedenfalls gegen solche, denen kein irgendwie geartetes Merkmal von Tätigkeit zugeordnet werden kann. Läßt sich das Merkmal „Verantwortung“ finden, gemessen in abhängig Beschäftigten, die zu bewachen und schikanieren sind, so hat die Sache bei der Dienstaufsicht dann freilich auch ihre Ordnung. Selbst die erklärte Absicht zu Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit bei Lohn- und Gehaltskürzung entwickelt Baum also streng freiheitlich und aufgeklärt, nämlich als Kritik am Feudalbeamten, der nur staatliche Hoheitsrechte repräsentiert und zu diesem Zweck die standesgemäße Besoldung oder Alimenta-

Baum setzt die Dienstrechtsreform durch

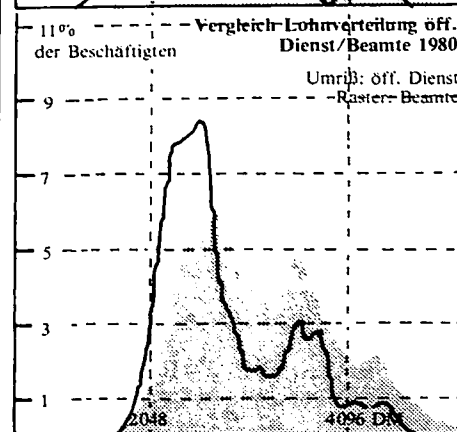
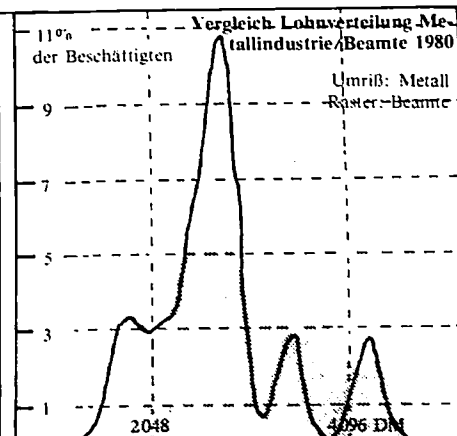
Eine Zeitlang mochte es so scheinen, als sei das Projekt Dienstrechtsreform, das 1970 vom damaligen Innenminister eingeleitet wurde, so nach und nach gestorben. Tatsächlich kann man aber sagen, daß es seit der Amtsübernahme von Innenminister Baum 1978 einen unübersehbaren Aufschwung genommen hat. Das Aktionsprogramm wurde in einzelne Bestandteile zerlegt und nach und nach durchgesetzt.

Beim Vergleich der Lohnverteilung der Beamten mit der Metallindustrie und dem gesamten Öffentlichen Dienst sieht man, daß die Beamten insgesamt in der Lohnverteilung höher liegen und daß der Bereich über 3000 DM wesentlich stärker belegt ist als in der Metallindustrie und im Öffentlichen Dienst insgesamt. Mit der Dienstrechtsreform wollte die Regierung zwei Probleme angehen: die Personalsteuerung und die Bezahlung. 1979 wurden einige Punkte der Dienstrechtsreform durchgesetzt. Die neue Laufbahnverordnung, das 8. Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften, das die Beschränkung der Zahlung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte festlegt, das Gesetz zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes, das die Amtszulage für Polizeihauptmeister in A9 für 30% der A9-Stellen bewilligt. Die Abschaffung der Regelüberprüfung und Einführung von gezielten Anfragen beim Verfassungsschutz, die Einführung des halbjährigen Mutterschaftsurlaubs für Beamtinnen mit einer Bezahlung bis zu 750 DM im Monat.

Dann 1980 die Erweiterung der Teilzeitarbeitsmöglichkeiten, besonders für Lehrer, und das sogenannte Besoldungsstrukturgesetz, das zwar die Eingangssämter für den mittleren und den gehobenen Dienst höherstuft, dieses aber nach einer Probezeit.

In der politischen Absicht sind das alles Gesetze, die auf Spaltung des Beamtenkörpers zielen. Aber natürlich nicht in Dienstherren und Lohnabhängige, sondern in drei Blöcke, die in dem Schaubild schon zu erkennen sind und die es – ausgeprägter – in der Metallindustrie und im gesamten Öffentlichen Dienst schon gibt. Die Wirkung soll sein, daß der Niedrigverdiener mit der Hoffnung auf eine besser bezahlte Position sich gegen seinen Arbeitskollegen und die Regierungspolitik gegen das Volk durchsetzt. Baum auf der Beamten-tagung des DGB im März 1980: „In unserer pluralistischen Gesellschaft müssen oft überstarke Gruppeneinflüsse in ihrer Wirkung korrigiert werden; deshalb kommt der Rolle des öffentlichen Dienstes als gruppenneutraler Diener des Rechts und des Allgemeinwohls entscheidende Bedeutung zu. Hier hat der Berufsbeamte seine hervorragende Aufgabe, für die er rechtlich und wirtschaftlich gesichert sein muß.“

Zweifelloos hat sich in den letzten Jahren der Beamtenkörper, der 1979 mit 1,6 Mio. Beamten die größte Gruppe der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst darstellte, in seiner Masse längst nicht so bewegt, wie es die Regierung gern hätte. So steht auch ein wichtiger Teil der Dienstrechtsreform noch aus. Ein Beamter, der z.B. nach A9 eingestuft ist, soll nur nach A9 bezahlt werden, wenn er



Zum Vergleich öffentlichen Dienst/Beamte 1980 wurde ausgehend von der Personalstrukturhebung 1977 die Verteilung entsprechend den folgenden Lohnänderungen berechnet. Bei der Verteilung der Beamten stellen die Beamten die Grundgesamtheit = 100% dar.

auch die „Leistung“ bringt, die der Staat von ihm verlangt. Das Innenministerium hat im August 1980 den Modellentwurf zur systematischen Arbeitsplatzbewertung fertiggestellt. Diese Arbeitsplatzbewertung soll als Grundlage eine Regelbeurteilung für alle Beschäftigten haben. Der Gewerkschaftstag der ÖTV hat sich im letzten Sommer in einem Beschluß dagegen gewandt.

tion, also Versorgung erhält.

Wenn Baum fordert, „das Leistungsprinzip im Beamtenrecht stärker zur Geltung zu bringen“, dann meint er damit nicht nur die Ausdehnung der Möglichkeiten, durch Besoldungs- und Laufbahnordnung Bezüge nach dem Ermessen des Dienstherren herabzusetzen, Beförderungen nicht durchzuführen etc. So wie nach dem Leistungsprinzip der Beamten ihrer „staatlichen Hoheitsfunktion“ Tätigkeitsmerkmale zugeordnet werden sollen, die die Kontrolle ihrer Arbeit erleichtern – woran das Innenministerium schon seit Jahren sitzt –, so hat umgekehrt das Ministerium Baum eine „Grauzone“ entdeckt, in der bei tarifvertraglichen Regelungen der Arbeiter und Angestellten z.B. über Arbeitszeit, Schichten etc. verfassungsrechtliche Hoheitsfunktionen des Staates berührt würden. In einer Studie heißt es dazu: „Verfassungsrechtliche Probleme stel-

len sich vielmehr dann, wenn durch Regelungen der Differenzierungskriterien im Bezahlungssystem mittelbar die Art und Weise der Ausführung öffentlicher Aufgaben geregelt wird.“ Der liberale Baum sondiert also die Möglichkeiten der Unterhöhlung des Tarifrechts im öffentlichen Dienst, um über Dienstverordnungen dann die Verfügung über Zeit, Intensität und Einsatz der Arbeitskraft der Beschäftigten im öffentlichen Dienst auszudehnen.

Weil Baum liberal ist, ist er auch für die weitere Entrechtung der Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst. Weil der Bürger nämlich vom Staat Dienstleistungen erwarten kann, muß dafür gesorgt werden, daß er diese besonderen Dienstleistungen auch erhält. Weil diese Dienstleistungen aber besonderer Art sind, müssen sie durch besondere Staatsbeamte ausgeführt werden. Kurzum, der liberale Baum ist für die Förderung der preußi-

schen Beamtentugenden, natürlich gerade nicht, um Privilegien der Beamten zu sichern, sondern Freiheitsrechte der Bürger. Während sich Baum als Öffner des öffentlichen Dienstes nicht nur für billige Arbeitskraft, sondern für Freiheitliche Gesinnungen hervortut, ist erstens durch das Bundesverfassungsgericht längst geregelt, daß eine Änderung des besonderen Beamten- und Dienstrechtes verfassungswidrig ist, und zweitens, daß die Regierung zwar für Abschaffung der Regelnachfrage sein kann, die verfassungsmäßige Verantwortung für die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes aber sowieso beim Einstellungsbeamten liege, und davon könne ihn keine Regierung befreien. In der einschlägigen Zeitschrift „Die Öffentliche Verwaltung“ wird deshalb auch schon gewitzelt, daß aus der Abschaffung der Regelnachfrage beim Verfassungsschutz die regelmäßige Einzelnachfrage folgen wird.

Kohl: Vorwände gesucht

CDU-Kohl belebt in der Öffentlichkeit die Vorstellung, politische Bewegungen seien aus „friedlichen Demonstrationen“ und „Gewalttätern“, die jene mißbrauchten, um Gewalt und nichts als Gewalt zu tun, zusammengesetzt. Kohl verlangt Gesetze, um den „Gewalttätern das Handwerk zu legen“. — Diese Vorstellung wurde bereits in den 60er Jahren mit großem Aufwand unter die Leute gebracht. Sie diente damals ausschließlich zur ideologischen Deckung von Polizeiangriffen auf Aktionen z.B. gegen Vietnamkrieg oder Notstandsgesetzgebung. Die stereotype Begründung für Polizeibrutalitäten aller Sorten wurde damals die „Verfolgung eines Gewalttäters in der Menge“. Ziemlich bald begriffen viele, daß Knüppel, Tränengas, Polizeihund-Einsätze sich genau gegen die vielen Tausend richteten, die derartiges zu spüren bekamen, und der unentwegt verfolgte „Gewalttäter“ ein hierfür bloß an den Haaren herbeigezogener Vorwand war. Kohl will eine Änderung des Demonstrations- und Versammlungsrechts? Vor allem sucht der Mensch Vorwände für verschärfte Polizeiunterdrückung des politischen Kampfes, streng rechtsstaatlich, wie selbstverständlich.

Geldsammlung „Demonstrationsschäden“

Die Aktionseinheit gegen die Verurteilung von V. Hurre, J. Noth und H. Rosenbaum zur Zahlung von 43000 DM angeblicher Demonstrationsschäden (mit Zinsen) bei den Straßenbahnaktionen 1975 ruft zu einer Geldsammlung auf. Der Aufruf wird inzwischen u.a. unterstützt von Jusos, DKP, Grünen, KBW, BWK. Das Konto verwalten Anwälte der Anwaltsinitiative: Volksbank Heidelberg, BLZ 67290000, Kto.Nr. 120707400, Kennwort „Demonstrationsschäden.“

AKW-Gegner gegen Kriminalisierung

80 AKW-Gegner aus Hildesheim wandten sich nach der Brokdorf-Demonstration in einer Erklärung gegen die Strafverfolgung von 240 Demonstranten: „... Alle Leute, die sich im konsequenten Kampf gegen AKW's, Zerstörung von

Wohnraum, Militarismus befinden, sind durch Kriminalisierung und menschenvernichtende Knäste bedroht. Diese Illegalisierungs- und Einschüchterungskampagnen nehmen wir nicht hin ... Solidarität mit den Betroffenen heißt für uns: Veröffentlichung aller Kriminalisierungsversuche; Öffentlichkeit herstellen über die Haftbedingungen der Gefangenen in den Knästen der BRD; daß wir uns in unserem Kampf gegen menschenvernichtende Lebensbedingungen nicht einschüchtern und verunsichern lassen.“

Weltbank verteuert Entwicklungskredite

Von 9,25% auf 9,6% hat die Weltbank die Kreditzinsen angehoben, die Anfang 1980 noch bei 7,9% gelegen hatten. Mit den „billigeren“ Weltbank-Krediten, deren Umfang beschränkt und an Projekte und Kontrollen gebunden sind, nisten sich die westlichen Imperialisten in den Volkswirtschaften der Entwicklungsländer ein, um später umso rabiat zu plündern. Hauptkapitalgeber der Weltbank ist die BRD, Hauptschuldner sind Brasilien, Mexiko und Indonesien.

BRD-Kapitalexport steigt rasant

Die sprudelnden Kapitalprofite der letzten Jahre und die Aufwertung der DM haben die Auslandsinvestitionen der BRD-Imperialisten enorm in die Höhe getrieben. Die Direktinvestitionen haben sich von 1968 (3,6 Mrd. \$) bis 1979 (36 Mrd. \$) verzehnfacht und sind jährlich um fast 20% gestiegen. Seit 1978 ist das Tempo noch rasanter: über 30% Zuwachsrate jährlich. Bevorzugter Tummelplatz der BRD-Monopole sind die USA, wo sie gegen US- und japanische Konkurrenz einen erheblichen Anteil an diesem Riesenmarkt erobern wollen. Der Anteil der Direktinvestitionen in Entwicklungsländern ist leicht gesunken auf 27%. Die Bundesregierung betont jedoch in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 1981, daß sie Druck machen wird zum Schutz und zur Erleichterung von Investitionen in Entwicklungsländern. Insgesamt kontrolliert die BRD inzwischen fast 10% aller imperialistischen Auslandsinvestitionen. — Deutlich zurück liegt der BRD-Imperialismus



Die Vertreter der 9000 Inuits in Neufundland an der kanadischen Ostküste protestieren gegen die Übungsflüge der BRD-Luftwaffe in dieser Provinz. Seit 1980 haben sechs Phantom-Kampfflugzeuge dort Tiefübungsflüge mit Überschallgeschwindigkeit aufgenommen, 1981 sollen es zwölf werden. Die BRD nimmt sich dieses Recht aufgrund ihrer NATO-Mitgliedschaft. Sie bedroht damit die Existenzgrundlage der Inuits, die den Karibu-Herden (Bild rechts) folgen und vom Fleisch der Tiere leben. Die Phantom-Flugzeuge, die sogar noch die vorgeschriebene Mindesthöhe von 80 m unterschreiten, scheuchen die Herden immer wieder auf. Nachdem weiße kanadische und US-Jäger den Karibu-Bestand ohnehin schon fast ausgerottet haben, fürchten die Inuits jetzt, daß die letzten Herden das Gebiet verlassen werden.

in der Jagd nach den Rohstoffvorkommen anderer Länder. Die beherrschende Stellung des US- und des britischen Imperialismus ist hier nicht gebrochen, und auch die japanischen Konkurrenten sind nicht untätig. Mit tatkräftiger Förderung des Bundes soll das anders werden: „Die Bundesregierung unterstützt die Diversifizierung der Rohstoffversorgung und strebt deshalb die Intensivierung ihrer guten Beziehungen zu wichtigen Bergbauländern wie Australien und Kanada an. Für die Sicherung und Verbesserung der Versorgung setzt sie zudem insbesondere das Explorationsförderungsprogramm und das außenwirtschaftliche Gewährleistungsinstrumentarium ein.“

Nordirland: Neuer Hungerstreik

Am 1. März begann ein republikanischer Gefangener einen neuen Hungerstreik im britischen Maze-Gefängnis in Nordirland. Weitere folgen in diesen Tagen. Die britische Regierung hat die im letzten Hungerstreik im Dezember gegebenen Zusagen allesamt nicht eingehalten, obwohl die Gefangenen so weit wie möglich kooperativ waren. Z.B. ließen sie sich von ihren Angehörigen Privatkleidung bringen, die der Gefängniskleidung ähnlich war. Aber die britische Regierung will die Aktion der Gefangenen brechen. Schon jetzt hat sie sich eine gesamtirische Unterstützung bisher ungeahnten Ausmaßes für die IRA eingehandelt.

Konsum sinkt beschleunigt

Um die Preissteigerung bereinigt, ist der Einzelhandelsumsatz im Januar gegenüber dem Vorjahresmonat um 4–5% gesunken, besonders stark bei solchen „Luxus“-produkten wie Uhren und Sportartikeln. Der Umsatz des Lebensmittel-einzelhandels liegt real unter dem vom Januar 1979.

Daimler-Benz zimmert US-LKW-Konzern

Für über 225 Mio. \$ wird Daimler-Benz die LKW-Produktion des Freightways-Konzerns mit drei LKW-Werken in den USA und einem in Kanada übernehmen, dazu verschiedene Zubehörwerke und ein Vertriebsnetz mit 210 Händlern in den USA. Freightways produzierte 1980 11000 LKWs. Daimler-Benz kontrolliert damit 10% des US-Marktes für Schwerlastwagen über 15 t und auch den US-Vertrieb des schwedischen Volvo-Konzerns. Kurz vor dem Abschluß steht auch der Kauf der bankrotten White Motors, die bei Schwerlastwagen einen Marktanteil von 5% hat. Schon vor Jahren hat Daimler-Benz die US-Firma Euklid aufgekauft, die Baufahrzeuge und Baumaschinen herstellt. Im US-Staat West Virginia steht ein Montagewerk für Daimler-LKWs. Der Bau eines Montagewerkes für Omnibusse ist geplant, weil der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in den USA bei fehlender US-Konkurrenz große Geschäfte verspricht.

Lohnbewegung Metall Wer hat Angst vorm Flächenstreik?

Selbst bei vergleichsweise guter Gesamtkonjunktur war die IG Metall in der Vergangenheit oft gezwungen, sich ausreichende Tarife durch wochenlangen Streikeinsatz vieler Zehntausend zu erkämpfen. Die Taktik der „neuen Beweglichkeit“, durch deren praktische Entfaltung derart strapaziöse Aktionen vermieden werden sollen, ist nun einige Wochen in Erprobung. Die Ergebnisse sind eher zweischneidig. Ein Fortschritt mag sein, daß die IG Metall ihre Forderung nicht nur in der betrieblichen Sphäre begründet, sondern auch in der Öffentlichkeit; ein anderer, daß die Belegschaften der metallverarbeitenden Industrie ihre Bereitschaft zum Kampf unter der Bedingung relativ hohen persönlichen Risikos demonstrieren. Aber war die Berechtigung der Forderung der IG Metall nicht beim überwiegenden Teil der Bevölkerung sowieso schon anerkannt, und gab es wirklich auch nur einen Kapitalisten, der die Befähigung der Belegschaften der metallverarbeitenden Industrie zum Streik bezweifelt hätte?

Selbstverständlich sind politische Umstände denkbar, unter denen große Teile der Arbeiterbevölkerung gegen die Berechtigung einer Lohnbewegung durch bürgerliche Propaganda aufgebracht werden konnten, unter denen die Kapitalisten Anlaß haben, die Streikfähigkeit einer Gewerkschaft zu bezweifeln, und unter denen also Aktionen, wie sie gegenwärtig durchgeführt werden, nicht nur Berechtigung hätten, sondern ein direktes Ziel: Einen Umschwung in der öffentlichen Meinung herbeizuführen und die Kapitalisten über ihre Fehlbeurteilung der Kampfkraft und des Kampfwillens der Belegschaften aufzuklären. Aber eine solche Situation besteht gegenwärtig im wesentlichen nicht.

Die Kapitalisten, das zeigt ihr ganzes Verhalten, würden sich gegenwärtig nicht scheuen, ihre ganze Klasse verhaßt zu machen. Nicht, solange sie Aussicht hätten, der Arbeiterbewegung im offenen Kampf um erhobene Forderungen eine unübersehbare, nicht zu beschönigende Niederlage beizubringen. Die Devise der untergehenden römischen Sklavenhalter „Mögen sie mich nur hassen, wenn sie mich nur fürchten“ ist den untergehenden Monopolbourgeois nicht fremd, sondern aus dem Herzen gesprochen. Der Einfall, die Kapitalisten würden aus Furcht vor ideologischen Verlusten die Chance auslassen, der Arbeiterbewegung eine Niederlage beizubringen, ist gefährlich naiv.

Die IG Metall ist die bestorganisierte

In allen Bundesländern verhandelt die Industriegewerkschaft Metall mit den Unternehmern über neue Tarifverträge. Es geht um den Verdienst der Beschäftigten in der Metallindustrie.

Die IG Metall fordert – in den einzelnen Tarifgebieten unterschiedlich aufgeteilt – rund 8 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Diese Forderung voll zu erfüllen, wäre gerecht. Die Beschäftigten in der Metallindustrie hätten dann 1981 ein kleines bißchen mehr Geld zur Verfügung als im vergangenen Jahr. Das würde gleichzeitig ihren Lebensstandard geringfügig verbessern und die Wirtschaft ankurbeln.

Die IG Metall weiß, daß Forderungen kein Ultimatum sein dürfen. Gewerkschaft und Unternehmer müssen darüber verhandeln. Das Ergebnis muß ein Kompromiß sein, der von beiden Seiten akzeptiert werden kann.

Trotzdem wird es in den nächsten Tagen und Wochen Warnstreiks geben. Warum?

Die Unternehmer wollen eine „neue Lohnpolitik“ durchsetzen. Sie soll sich nicht mehr an dem ausrichten, was Arbeiter, Angestellte und Auszubildende zum Leben brauchen. Sie soll nicht mehr die Preissteigerungsrate berücksichtigen.

Die Unternehmer haben schon im letzten Herbst überall ultimativ erklärt: 2,5 bis 3 Prozent mehr Lohn und Gehalt und keinen Pfennig mehr!

Für eine Frau in der Lohngruppe 2 (Tarifgebiet Hessen) sind das zum Beispiel rund 33 DM im Monat mehr. Brutto! Und für einen Facharbeiter in Lohngruppe 6 im selben Tarifgebiet rund 40 DM, ebenfalls brutto.

Eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 3 Prozent würde bedeuten: Bei schon jetzt fast sechs Prozent Preissteigerung in diesem Jahr würden Arbeiter und Angestellte in der Metallindustrie 1981 weniger Einkommen zur Verfügung haben als 1980.

Damit kann sich kein Gewerkschafter abfinden. Die Einkommen von Arbeitern

und kampfkraftigste der DGB-Gewerkschaften. Sie wird den Rückhalt, den ihr Kampf in der Arbeiterbevölkerung findet, und die Kraft, die ihre gut organisierten Belegschaften demonstrieren, nur festigen, wenn sie ihre Propaganda der Berechtigung ihrer Sache verbindet mit der Propaganda von Maßnahmen, die ausreichen, um aus dieser Berechtigung eine gesellschaftliche Tatsache zu gestalten. Ratschläge, besonders in schwierigen Situationen, sind billig. Aber das Verlangen von inzwischen doch schon vielen Belegschaften, eine Urabstimmung anzusetzen und dadurch dem Kampf einen soliden Rahmen zu schaffen, entspricht der Logik der Sache. Wenn sich diese Logik der Sache herausstellt, dann wird die IG Metall hoffentlich sich entschließen können, was wirklich Neues zu tun: Nämlich auf die Kampfführung in Muster-Bezirken zu verzichten und eine bundesweit gleichzeitige Urabstimmung anzusetzen.

und Angestellten müssen mindestens gesichert werden.

Die Unternehmer erklären zwar, daß sie verhandeln wollen. Aber sie haben in etwa 30 Verhandlungen in allen Tarifgebieten an ihrem Angebot von 2,5 Prozent festgehalten, um es dann in den letzten Tagen auf jene 3 Prozent zu erhöhen, die sie schon im vergangenen Herbst als „Höchstgrenze“ überall verkündet hatten.

Aus diesen Gründen wird es in zahlreichen Betrieben zu Warnstreiks kommen. Sie sollen die Unternehmer wieder an den Verhandlungstisch bringen. Mit einem Angebot, über das man ernsthaft verhandeln kann.

Was dort passiert, geht Sie persönlich an. Auch wenn Sie nicht in der Metallindustrie beschäftigt sind.

Denn wenn die rund fünf Millionen Familien, die von den Einkommen der Metallbeschäftigten leben müssen, weniger Geld zur Verfügung haben als im vergangenen Jahr, wenn diese Familien wegen der Preiserhöhungen weniger kaufen können als 1980, schlägt das auf die ganze Wirtschaft zurück.

Weniger verkaufte Waren bedeuten geringere Produktion und in kurzer Zeit noch mehr Arbeitslose. Das merkt dann auch Ihr Kaufmann an der Ecke. Und am Ende dessen Verkäuferinnen und Verkäufer. Spätestens, wenn er einige entlassen würde.

Sie sehen: Die Tarifbewegung in der Metallindustrie geht auch Sie etwas an. Daran sollten Sie in den nächsten Tagen und Wochen denken.

Dies ist eine Information der IG Metall. Weitere folgen.

IG Metall



Personenkraftwagen

Nachhaltiger Einbruch bei den Neuzulassungen

Die Umschlagzeiten der Personenkraftwagen verlangsamten sich weiter. Das ergibt sich aus den Mitteilungen des Kraftfahrtbundesamtes in Flensburg über die Neuzulassungen im Januar 1981. Danach ging die Zahl der Neuzulassungen von PKWs um 15,5% gegenüber dem Januar 1980 auf 168069 zurück. Der Spitzenwert der Zulassungen wurde in den letzten Jahren jeweils in den Monaten März und April erreicht. 1979 überschritt dieser Spitzenwert knapp 400000, 1980 sank er auf etwa 330000 ab, mit dem Ergebnis der Zulassungen im Januar deutet sich ein weiteres Absinken auch für dieses Jahr an. Modelle mit den höch-

sten Zulassungsziffern waren: Opel Kadett (14775 Zulassungen im Januar 81), Ford Escort (9720) und VW Golf (9713). Der Golf Diesel erreichte eine Zulassungsziffer von 4758.

Auch die Besitzumschreibungen von PKWs nahmen im Januar ab: um 11,7% gegenüber dem Vorjahr auf 357000. Wie die Deutsche Automobil Treuhand GmbH mitteilte, ging der Gebrauchtwagenumsatz bereits im vergangenen Jahr um 6% zurück.

In krassm Gegensatz zu dieser Entwicklung auf dem PKW-Markt steht die Situation im Einsatz von Krafträdern. Neben den Sonderfahrzeugen weisen allein die Krafträder eine Steigerung der Zulassungen gegenüber dem Vorjahr auf: Im Januar 1980 wurden 3102 Krafträder neu zugelassen, im Januar dieses Jahres waren es 4937 oder 59,2% mehr. Mit 2315 Stück hat die gesetzliche Zulassung von „Leichtkrafträdern“ in der Hubraumklasse 50 – 80 cm³ und einer Höchstgeschwindigkeit von 80 km/h seit Januar 1981 einen ausschlaggebenden Anteil.

Der nachhaltige Rückgang bei den PKW-Zulassungen führt zwangsläufig zu einer Ver- und Überalterung des benutzten Fahrzeugmaterials. Dies mag sich auch bereits in dem Absinken des Preisniveaus auf dem Gebrauchtwagenmarkt auf das Niveau des Jahres 1978 ausdrücken. Damit ist ein weiterer relativer Anstieg der Kosten für die Instandhaltung des Fahrzeugmaterials absehbar: Auf dem unteren Ende der Lohnskala beschleunigt das den Zwang zum „Umsatteln“, z.B. auf die „Leichtkrafträder“. Diese Entwicklung ist für die Lohnabhängigen nicht bloß teuer, sondern auch gefährlich: Schlechteres und leichteres Fahrzeugmaterial ist auf den Anstieg der Unfallverletzten um 2,7% auf rund 500000 '80 nicht ohne Auswirkung geblieben.

Kapitalexport Staatsapparat finanziert Jagd nach Rohstoffen

Am 27.2. unterzeichnete die westdeutsche Kupferexplorationsgesellschaft AG (Metallgesellschaft AG und Degussa) einen Vertrag mit der Regierung von Papua-Neuguinea, der ihr, zusammen mit US- und australischen Gesellschaften, die Ausbeutung reichhaltiger Gold- und Kupfererzvorkommen ermöglicht. Der Abbau des Golderzes wird 1984, des darunterliegenden Kupfererzes 1989 aufgenommen. Bei einer Tagesproduktion von 5000 t ist das Kupfererzvorkommen nach 25 Jahren erschöpft. Bereits heute ist die ehemalige Kolonie des Deutschen Reiches der größte Kupfererzlieferant der BRD.

Der Vorgang ist symptomatisch. Die westdeutschen Imperialisten, die selbst nur über geringe Rohstoffvorkommen verfügen und vor allem nicht über Vorkommen an strategischen Rohstoffen, die sich die Rohstoffe also vorwiegend als Käufer auf dem Weltmarkt beschaffen müssen, versuchen mit aller Gewalt, sich direkten Zugang zu fremden Quellen zu verschaffen. Den Kapitalisten, die in dieses ebenso profitable wie risikoreiche Geschäft einsteigen – allen voran die Metallgesellschaft und Preussag –, können dabei auf die durch den Staatsapparat konzentrierten Finanzmittel zurückgreifen. Eigens, um ihre Tätigkeit zu fördern und um sie des weiteren gegen politische und wirtschaftliche Risiken zu versichern, hatte das Bundeswirtschaftsministerium erstmals 1971 ein Rohstoff-Explorationsförderungsprogramm verabschiedet.

Allein in der ersten Phase bis 1978

wurden den Kapitalisten 430 Mio. DM zugeschoben, mit denen diese 13 neue Erzvorkommen erschlossen. Zwei davon wurden inzwischen abgebaut. In der zweiten Phase bis 1982 wird das Programm kräftig aufgestockt. Von den für 1980 57,5 Mio. DM bereitgestellten Geldern erhielten insgesamt 23 Gesellschaften zusammen 41,6 Mio. DM an kostenlosen Zuschüssen, davon 35 Mio. DM für „Auslandsexplorations“ (dazu u.a. noch kostenlose Hilfe durch die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe).

Mit diesen Geldern jagten die 23 Gesellschaften in 21 Ländern nach den kostbaren Mineralien, v.a. in Nordamerika (42% der Zuschüsse), Asien und Australien (jeweils 14%) und Afrika (10%). 1980 wurde auch das Entwicklungsländer-Steuergesetz zwecks weiterer Erleichterung des Kapitaalexports in Rohstoffprojekten geändert.

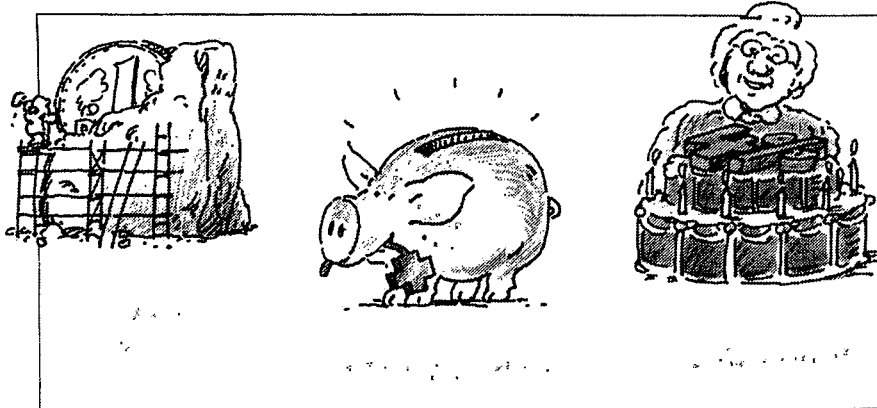
„Neue Lohnpolitik“

Hinter Wunderland-Versprechungen Kurs auf weitere Verelendung

„Betrifft 1981 – Löhne, Preise, Arbeitsplätze in der Firma ‚Bundesrepublik Deutschland‘“ ist die Aufmachung einer Broschüre des Instituts der Deutschen Wirtschaft, mit der die Kapitalistenverbände für ihre „neue Lohnpolitik“ werben. Firma ‚Bundesrepublik Deutschland‘ – dabei wohl gemerkt nur die Gebietsbeschreibung in Anführungsstrichen – ist bereits eine Herausforderung, bei der Erinnerungen an Goebbels „ein Volk, ein Reich, ein Führer“ nicht fern liegen. 26 Mio. Mitarbeiter hat die ‚Firma‘, damit ist auch klar, wer zu sagen hat. Das Geschäftsinteresse gilt, die Gewerkschaft gehört zu den „Handlungs-

bevollmächtigten“ der Firma: Das ungefähr ist die Vorstellung der Kapitalistenverbände für den Rahmen der „neuen Lohnpolitik der 80er Jahre“.

Und in diesem Rahmen kommen die Kapitalisten gleich zur Sache. „Probleme der Firma“: Flaute '81, Arbeitslosigkeit, Inflation, Verluste auf den Weltmärkten, wegschmelzende Währungsreserven. Und alle diese „Probleme“ bestehen bloß in einem einzigen Übel: „Genau das ist das Problem. In der Firma ‚Bundesrepublik Deutschland‘ wäre, was die Arbeitskosten angeht, in der Tat alles in Ordnung, wenn den 825 Milliarden Arbeitskosten eine gleich hohe Produktionsleistung ent-



! Die neue, kostenbewußte Lohnpolitik dagegen bringt mehr Preisstabilität, mehr Kaufkraft, mehr Arbeitsplätze, mehr Auslandsaufträge, mehr Schutz für den Sparer und Chancen für einen Aufschwung.

**Alles in allem-
Jedemal plus!**

Mitteilung

der Geschäftsleitung

An alle Mitarbeiter

Beitr.: Dringend erforderliche Kostenstabilisierung

Die schwierige Absatzlage, mit der unsere Firma 1980 zu kämpfen hatte, wird sich vorerst nicht ändern. Unsere Kunden sind nicht bereit, weitere Preissteigerungen hinzunehmen. Wir können es uns deshalb nicht leisten, mit höheren Fertigungskosten zu arbeiten.

Für das Jahr 1981 sind folgende Veränderungen im Maschinenpark unserer Firma geplant:

1. Aus technischen und wirtschaftlichen Gründen müssen einige Fertigungsanlagen ausgemustert werden.

2. Als Ersatz werden modernere, leistungsfähigere Anlagen angeschafft. Auch einige Erweiterungen sind vorgesehen.
3. Der grösste Teil unseres Maschinenparks bleibt weiter in Betrieb.

Durch den Austausch der veralteten Fertigungsanlagen durch neue Aggregate werden wir in einigen Betrieben unserer Firma den Ausstoss je Beschäftigtenstunde um 20 bis 50 Prozent erhöhen können, ohne dass dadurch die Arbeitsintensität zunehmen müsste. An den noch wirtschaftlich arbeitenden, früher angeschafften Maschinen wird der Ausstoss je Beschäftigtenstunde unverändert bleiben. Über alle 1981 arbeitenden Anlagen gerechnet, können wir mit einer um 2,5 Prozent höheren Produktionsleistung je Betriebsstunde rechnen.

Das heisst: Löhne und Gehälter können 1981 um 2,5 Prozent angehoben werden, ohne dass sich dadurch die Produktion der Firma verteuern würde. Die Orientierung an der Produktivität der Gesamtfirma ist notwendig, damit auch jene Arbeitnehmer, deren Arbeitsplätze nicht modernisiert werden, an den Lohn- und Gehaltssteigerungen teilhaben können.

sprechen würde. Das ist jedoch – und das ist kein Vorwurf an den einzelnen Arbeiter und Angestellten – nicht der Fall.“

Hätten also die Gewerkschaften in den letzten Jahren bereits die Verteuerung der Lebenshaltung bei ihren Lohnforderungen aus dem Spiel gelassen – so wie es die abgebildete unverfrorene „Mitteilung der Geschäftsleitung“ für 1981 gebietet –, gäbe es auch keine „Probleme“. Für die Kapitalisten sicher weniger, denn sie hätten einiges mehr im Sack, auf Kosten eben des rapider abgesunkenen Lebensstandards der Arbeiter. Aber die „Mitarbeiter der Firma“ können ja ihren Fehler in diesem Jahr noch gutmachen, und dann entsteht ein wahres Wunderland voll Milch und Honig:

„Stabile „Preise“: wird auf 2,5% abgeschlossen, „würde das den Preisanstieg bis zum Jahresende 81 sogar auf etwa 2,5% halbieren“. Also keine „Stabilität“, sondern das ganze Jahr über höhere Teuerungsraten gegenüber dem Vorjahr als Zuwachs im Durchschnittslohn. Zum Abschluß des neuen Tarifzeitraums, am Jahresende, dann Gleichstand der „Raten“. Selbst wenn man sich auf diese Betrachtung einläßt, ist der Trick klar: Der Konsum-

verzicht, den die Regierung fordert, wird hier als „Stabilität“ zum Programm der 80er Jahre gemacht.

„Vorteile für Sparer“: Auf den „Sparkonten“ der Lohnabhängigen befinden sich im Durchschnitt ein bis zwei Monateeinkommen. Wodurch mögen sie wohl „größer“ werden, durch 2,5% weniger Inflationsrate vielleicht zum Jahresende oder durch 8% Lohnerrhöhung?

„Plus für Rentner“: Nachdem die Regierung schon unverfroren die Bruttolohnbezogenheit der Renten außer Kraft gesetzt hat, soll mit der „neuen Lohnpolitik“ der Lohn offenbar „Renten-angepaßt“ (4%) werden.

„Mehr Exportchancen“: Wenn sich die westdeutschen Arbeiter an die Wünsche ihrer „Geschäftsleitung“ halten würden, wären sie sicher bald das beste Beispiel für die „Geschäftsleitungen“ der anderen „Firmen“. Der Preis, den die Arbeiter aller Länder in diesem Konkurrenzkrieg zahlen müßten, liegt auf der Hand.

„Weniger Entlassungen“: Diese „Versprechung“ ist mehr als unver-schämt. Nach der „Mitteilung der Geschäftsleitung“ – „... den Ausstoss je Beschäftigtenstunde um 20 bis 50%

erhöhen ...“ – ist klar, was dahinter steht.

„Chance für Aufschwung“: Lassen sich die „Mitarbeiter“ auf diese Leimruten ein, rechnen die Kapitalisten auf einen ordentlichen Zuwachs ihrer Profite. Das „gemeinsame Boot“ steht nicht zur Diskussion. Der Hunderter als Drachen – Symbol für das Vordringen des westdeutschen Kapitals auf den Weltmärkten. Unumstößliches Gesetz dieser weiteren Anhäufung des gesellschaftlichen Reichtums in den Händen der Kapitalisten ist die weitere Anhäufung des Elends in den Arbeiterhaushalten.

Die „neue, kostenbewußte Lohnpolitik“ der Kapitalistenverbände ist keineswegs „neu“: Bereits 1966/67 propagierte der Sachverständigenrat dieses Konzept der Lohnsenkung, und auch zunächst nicht ohne Erfolg. 1967 wurde 1,9% mehr Lohn und Gehalt zusammen mit einem Ausgleich von 3,1% für die Einführung der 40-Stunden-Woche von der IGM abgeschlossen, 1968 4%, 1969 zunächst 3%, und erst im Herbst dieses Jahres gelang es durch die große Streikbewegung, einen Teil des Lohnverlustes aufzufangen.

Arbeitszeit

40-Stunden-Woche nur auf dem Papier

Die Lambsdorff-Frechheit vom letzten Sommer, daß in Westdeutschland zu wenig gearbeitet wird, war Auftakt für die großangelegte Propagandaoffensive der Kapitalisten gegen den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse. Ein Zielpunkt der Kampagne: Einreißung der Beschränkungen des Arbeitstages, Ausdehnung der Arbeitszeit über das Niveau der Konkurrenz.

Aus den Erhebungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) im verarbeitenden Gewerbe geht hervor, daß die BRD-Imperialisten gegenüber wichtigen Konkurrenten keineswegs schlecht dastehen, was die durchschnittliche Länge der von ihnen einge-

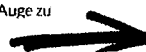


Zweifelloso erfordert die Aufgabe, mit aller Energie die Stabilität der hausgemachten Kosten zu erreichen, von vielen ein Umdenken

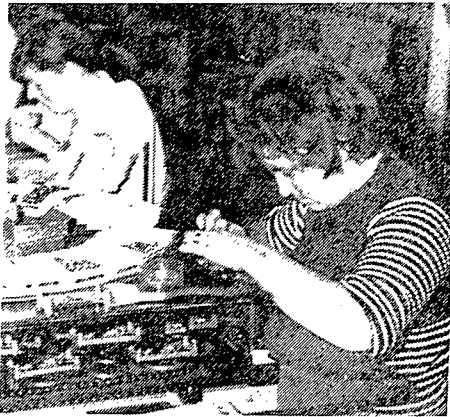
Das sollte aber allen denen nicht schwerfallen, die ernsthaft prüfen,

☛ welche Nachteile es bringt, wenn man auf ausgetretenen Wegen und mit Forderungen weitermacht, die über die Jahre hinweg zur Gewohnheit wurden,

☛ welche Vorteile zu erwarten sind, wenn man den Mut hat, der wirtschaftlichen Wirklichkeit ins Auge zu sehen.



saugten wöchentlichen Arbeitszeit an. Zwar sank – vor allem durch Tarifabschlüsse der Gewerkschaften – die bezahlte Wochenarbeitszeit seit 1970 um zwei Stunden auf 41,8 Stunden, aber von der Durchsetzung der 40-Stunden-Woche kann keine Rede sein, zumal wachsende Teilzeitarbeit und Kurzarbeit in dem Zeitraum die Zahlen eher beschönigen. In den USA, dem wichtigsten Konkurrenten des BRD-Imperialismus, war 1979 die bezahlte Wochenarbeitszeit eineinhalb Stunden kürzer als in der BRD, erheblich kürzer war sie auch in Schweden und Belgien. Allerdings ist in den USA



BRD: Bestimmungen gegen Nacharbeit für Frauen mit am schlechtesten

die durchschnittliche bezahlte Wochenarbeitszeit seit 1970 praktisch nicht gesunken unter dem Druck der rabiatischen Lohnsenkungen und der riesigen industriellen Reservearmee. Die Streuung der *individuellen* Arbeitszeiten dürfte aufgrund der Ausdehnung der Teilzeitarbeit, fehlender Arbeitsgesetze in vielen Bundesstaaten und des Fehlens von Tarifverträgen für zig Millionen Lohnarbeiter weit größer als in der BRD sein.

In Frankreich und Japan hat die Arbeiterklasse eine Senkung der tatsächlich geleisteten Wochenarbeitszeit (ohne bezahlten Urlaub oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall z.B.) von 1970 auf 1979 um drei Stunden auf 40,8 Stunden bzw. um 2,7 Stunden auf 40,6 Stunden durchsetzen können. Die unterschiedliche Erhebungsbasis erschwert den Vergleich, doch dürfte die *bezahlte* Wochenarbeitszeit in diesen Ländern höher liegen. In Großbritannien ist unter dem Druck der Krise die tatsächlich geleistete Wochenarbeitszeit nach wie vor hoch: 1979 bei 43,2 Stunden für männliche Arbeiter.

Mit Bajonetten und Gewerkschaftsunterdrückung haben die Imperialisten in Südafrika und Südkorea die Schranken des Arbeitstages nahezu vollständig eingerissen: Bei 48 bzw. 52 Stunden liegt hier die tatsächliche Wochenarbeitszeit, wobei ein Großteil der Lohnarbeiter mehr als 60 Stunden arbeitet.

Freiburg

Lothar Späth's „Neuer Kurs“ gegen Hausbesetzer

Am 3.3. wurde in Freiburg ein seit mehreren Monaten leerstehendes Haus in der Moltkestraße besetzt. Einen Tag später kommt es zu einem Polizeiüberfall, das Haus wird geräumt. OB Keidel erklärt, auch im Schwarzwaldhof – der seit mehreren Monaten besetzt ist – könne eine Räumung stattfinden, das sei aber nicht aktuell. Gegen diese Räumung kommt es abends zu einer Demonstration mehrerer hundert Menschen, etliche Schaufenster gehen dabei zu Bruch. Die Polizei beginnt, verstärkt durch Einheiten aus ganz Baden-Württemberg, mit der Umstellung des Schwarzwaldhofes, der bis zum Abend des 4.3. vollständig abgeriegelt wird.

Am Donnerstag morgen wird der Schwarzwaldhof mit der Begründung geräumt, daß „wegen der schweren Sachbeschädigungen der letzten Nacht“ eine Durchsuchung erfolgen müsse. 72 Besetzer werden festgenommen. Diese Aktion wird bereits von Staatssekretär Ruder vom Innenministerium geleitet, nicht mehr vom Freiburger Polizeipräsidenten Maier. Aus der Nur-Durchsuchung wird eine Räumung. Schon einige Tage zuvor hatte Ministerpräsident Späth gedroht, das Land werde keine Hausbesetzungen mehr hinnehmen, in Freiburg wird diese „neue Politik“ umgesetzt.

Inzwischen war klar, daß die Räumung des Schwarzwaldhofes nicht eine

Reaktion auf die Aktionen am Mittwochabend war, sondern per Absprache zwischen Späth, Ruder, Justizminister Eyrich und Bundesinnenminister Baum von langer Hand vorbereitet wurde. Bis dahin gibt es über 100 Festnahmen, über 20 Verletzte, nächtliche Absperrungen ganzer Häuserzeilen, Razzien, Festnahmen ohne irgendwelche Rechtsgrundlage.

Am 6.3. nehmen zwischen 8000 und 12000 an einer Demonstration teil unter den Forderungen „Sofortige Freilassung aller Inhaftierten!“ und „Rückgabe des Schwarzwaldhofes!“. Inzwischen befinden sich an die 4000 Polizisten, Grenzsicherer und das Sondereinsatzkommando Göppingen in Freiburg. Wütende Knüttelüberfälle auf dem Rückmarsch der Demonstration in die Innenstadt sollen demoralisieren, zahlreiche werden verletzt, trotzdem kann die Demonstration im wesentlichen geschlossen zu Ende gebracht werden. Am Abend wird die Gaststätte Reichsadler – Treffpunkt einiger Demonstranten – von Polizei gestürmt, weitere werden festgenommen, das gesamte Viertel umstellt. Nach einer weiteren Demonstration am Samstag sowie einem Straßenfest am Sonntag werden 34 Festnahmen bekannt, 200 Ermittlungsverfahren laufen. Vor der Demonstration am Dienstag, dem 10.3. (12000 Teilnehmer) kommt es zu der schon lang notwendig gewordenen Vereinheitlichung durch



Vor dem Schwarzwaldhof. Die Demonstranten fordern: Freigabe des Schwarzwaldhofs

Bildung einer Aktionseinheit.

Mehr als 40 Gruppen und Organisationen beteiligen sich daran, u.a. die Bewohner des Schwarzwaldhofes, die ADW, der u-AStA, BWK, KBW, Bunte, Grüne, Jusos, Judos, KB, DKP, SB, 13 Fachschaftsräte der Uni u.a. Die Aktionseinheit beschließt eine Großdemonstration am 13.3. in Verbindung mit einem bundesweiten Aktionstag unter den Forderungen: „Abzug der Landespolizeitruppen! Aufhebung der Freiburger Polizeiverordnung vom 5.3.81 (die jedermann das Betreten des Schwarzwaldhofes verbietet)! Freigabe des Schwarzwaldhofes als Wohnraum und Kulturzentrum! Sofortige Freilassung *aller* Festgenommenen in Freiburg und Nürnberg! Keine weiteren Verhaftungen, keine Strafverfolgungen! Annullierung sämtlicher Daten des Erkennungsdienstes! Wir wenden uns gegen die menschenfeindliche Wohnraumpolitik, die Profitsanierung und die Zerstörung der Städte! Wir wenden uns gegen die zunehmende Kriminalisierung der ganzen Bewegung! Wir fordern eine sofortige öffentliche Stadtratssitzung in der Stadthalle!“

Des weiteren beginnt die Aktionseinheit mit einer Unterschriftensammlung zur Herbeiführung einer Bürgerversammlung gemäß §20 der Gemeindeordnung, auf der die Polizeiverordnung, die Maßnahmen der Ortspolizeibehörde, die zukünftige Nutzung des Schwarzwaldhofes, die Probleme bei der Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum in ausreichender Qualität und Quantität erörtert werden sollen.

Am 12.3. meldet die „Stuttgarter Zeitung“, die Landesregierung plane den baldigen Abriß des Schwarzwaldhofes. Das Innenministerium teilt mit:

„Wir sind an einer Lösung interessiert, die die Polizei nicht dazu zwingt, das Gebäude längere Zeit zu schützen.“ Die SPD-Freiburg lehnt einen Abriß zum jetzigen Zeitpunkt ab, tritt für einen „Kompromiß“ ein, ein Jugendhaus. Sie unterstützt inzwischen eine Gemeinderatssitzung zum Thema Schwarzwaldhof.

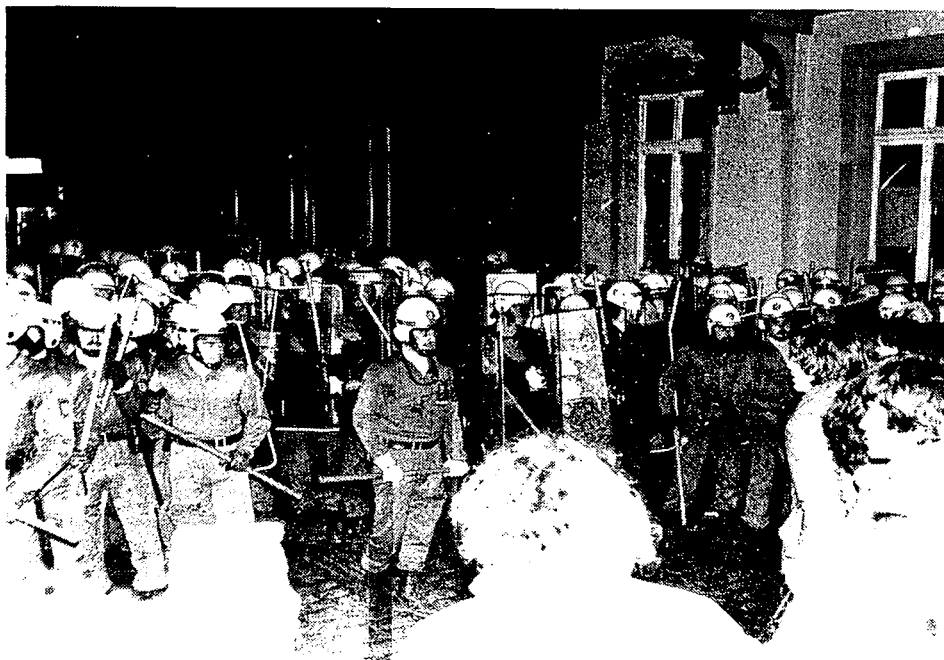
Ein frühzeitiger Abriß würde die Situation verschärfen. Die Reaktion könnte die Initiative wieder vollends an sich reißen. Das würde ihr die Möglichkeit verschaffen, nach einem bewußt



Diskussion in der Innenstadt

einkalkulierten Gemetzel das wahrzumachen, was Strauß fordert: Verschärfung des Demonstrationsrechts, Ausrüstung der Polizei nach dem Vorbild der britischen Bürgerkriegsarmee in Irland. Gleichzeitig wäre die jetzt beginnende Aufweichung der Fronten bei den bürgerlichen Parteien dahin.

Einstweilen gilt die Devise: Vor der Bürgerversammlung läuft nichts!



Freitag, 6.3.: Die Polizei versucht, der Demonstration den Rückweg in die Innenstadt zu versperren

Niederlande Milliardenraub an den Sozialversicherten

„Das Messer muß jetzt wirklich angesetzt werden!“ Unter diesem Schlachtruf und assistiert von der bürgerlichen Presse, die seit Wochen kein anderes Thema so auswalzt, nimmt die Zweite Kammer des niederländischen Parlaments die „Reform“ des „Systems der Sozialen Sicherheit“ in Angriff. Hier und dort wird schon geschnitten, und noch in diesem Jahr soll die erste Großoperation durchgeführt werden.

Das Kindergeld für Jugendliche bis 23, die an ein bis zwei Tagen pro Woche eine (Schul-)Ausbildung erhalten, wird gestrichen. Erst 1972 war es auch auf diese Jugendlichen ausgeweitet worden: Der bürgerliche Staat mußte der Tatsache Rechnung tragen, daß der Lohn der Arbeiterfamilie für die Berufsausbildung ihrer Kinder nicht reicht. Den Kapitalisten wurde die Lohnsenkung auf diese Weise erleichtert. Mit der Kürzung ab dem 1.4. verlieren die betroffenen Familien 1981 ca. 30 Mio. hfl (1 hfl \approx 0,93 DM).

Einig ist das Parlament auch, daß die Zahlungen an arbeitslose Schulabgänger – für einen 21jährigen bisher 982 hfl/Monat – um 150 bis 200 hfl gekürzt werden. Die „Wartezeit“ für die gekürzten Zahlungen beträgt zukünftig sechs Monate. Die Arbeiterbevölkerung wird so um jährlich mindestens 80 Mio. hfl geschröpft.

Aber nicht nur auf die Schulabgänger wird der Druck, jede beliebige Arbeit zu jedem beliebigen Lohn anzunehmen, verschärft. Bisher erhielt Arbeitslosengeld – in Höhe von 80% des Lohns unter Berücksichtigung des Urlaubs geldes –, wer innerhalb der letzten 12 Monate 65 Tage gearbeitet hat, zukünftig nur, wer 130 Tage gearbeitet hat. Ca. 50000 bei einer derzeitigen Arbeitslosenrate von 6,7% erhalten damit statt des Arbeitslosengeldes Sozialhilfe, verlieren ihren Anspruch und werden stattdessen jeder Willkür ausgesetzte „Hilfs“empfänger. Das Gesetz tritt am 1.4 in Kraft und erspart der Bourgeoisie 1981 120 Mio. hfl, zukünftig jährlich 400 bis 500 Mio.

Angesichts eines anderen vorbereiteten Gesetzes nehmen sich diese Kürzungen geradezu bescheiden aus. Sozialhilfe und Sozialversicherungszahlungen sollen ab dem 1.7.1981 eingefroren werden. Bisher wurden sie zweimal jährlich zusammen mit dem gesetzlichen Mindestlohn erhöht. Bereits bei einmaliger Aussetzung der Erhöhung verliert z.B. ein verheiratetes Rentnerehepaar über 200 hfl. Praktisch wird die Grundlage dafür gelegt, die Renten und anderen Sozialversi-

cherungszahlungen von der Lohnentwicklung abzukoppeln und damit zusätzlich einen Druck auf den Lohnstandard selbst zu schaffen. Eingefroren werden sollen auch die Löhne im Öffentlichen Dienst – 4 Mrd. hfl will die Bourgeoisie durch beide Maßnahmen aus der Reproduktion der Arbeiterbevölkerung streichen.

Schon wird die Absicht laut, den Anspruch auf Sozialversicherungszahlungen ganz zu streichen, sofern die Familie überhaupt über irgendein Einkommen verfügt. Käme Sozialminister Albeda damit durch, hätte der westdeutsche Ehrenberg neuen Anlaß für EG-„Harmonisierung“.

Türkeibesuch Abgeordnete waschen Hände in Unschuld

In diesem Monat wollen die in der OECD zusammengeschlossenen imperialistischen Hauptgläubiger der Türkei, BRD und USA, Großbritannien und Frankreich, über die wirtschaftlichen Bedingungen der weiteren Ausbeutung der Türkei entscheiden. Die Imperialisten haben die Türkei in eine Auslandsverschuldung von über 18 Mrd. \$ Ende letzten Jahres getrieben. Mit ihren Zins- und Tilgungsforderungen erpressen die Imperialisten die Türkei, mit Hilfe der von ihnen inszenierten Machtübernahme der Militärjunta versuchen die Imperialisten, die türkischen Volksmassen ihrem Diktat zu unterwerfen.

Durch die Forderung nach Einstellung der imperialistischen Militär- und wirtschaftshilfe, erhoben u.a. im Hungerstreik türkischer Patrioten in der BRD und in Stellungnahmen von Gewerkschaftsorganisationen, und konfrontiert mit dem Aufruf zur Demonstration in Frankfurt am 14. März, entschlossen sich die BRD-Imperialisten, mit einem Täuschungsmanöver zu antworten. Eine profilierte Parlamentsdelegation machte sich Anfang des Monats zur „Untersuchung“ auf den Weg in die Türkei. Mertes und Hoffmann von der CDU, Corterier und Voigt von der SPD und Schuchardt (FDP) gehörten der Kommission an. Die Ergebnisse standen schon vorher fest: „die Türkei ist ein entscheidendes Element der Sicherheitspolitik“, General Evren habe selbst einzelne Verletzungen von Menschenrechten zugegeben und Verfolgung zugesichert, und schließlich hätten selbst „Vertreter der Opposition“ und des linken Flügels der Gewerkschaften, des Disk-Verbandes, sich für die Notwendigkeit der Machtübernahme durch die Militärs erklärt. Mertes und Corterier bemerkten zynisch, man

müsse „freilich auch das andere Verständnis von Menschenrechten und Folter in dem vom Islam geprägten Land“ bedenken.

Kurz davor war zu anderen Zwecken eine IWF-Kommission in der Türkei unterwegs. Die Kommission äußert sich mehrfach befriedigt über die Folgen der Machtübernahme durch die Militärs. Insbesondere das Verbot von Streiks habe bewirkt, daß seit dem 12. September ununterbrochen gearbeitet würde, heißt es in dem von einer türkischen Zeitung veröffentlichten internen Bericht. Jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, „die Wettbewerbsfähigkeit“ der türkischen Wirtschaft zu steigern. Es sei z.B. unerträglich, daß türkisches Kupfer doppelt so teuer wie auf dem Weltmarkt sei. Insbesondere müsse endlich mit der „Mißwirtschaft“ in den Staatsbetrieben Schluß sein. Sie umfassen mit etwa 700000 Beschäftigten etwa 40% der türkischen Industrie.

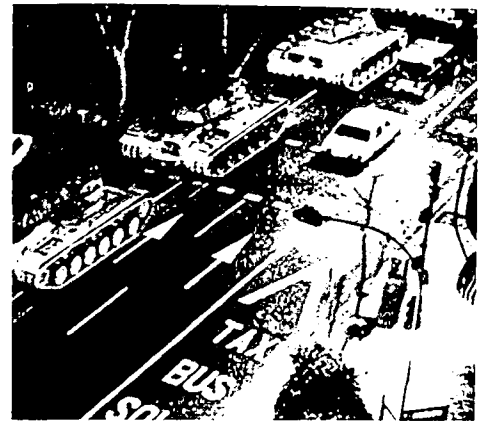
Als Forderungen der Imperialisten zeichnen sich nach diesem Bericht für die laufenden Kreditverhandlungen ab: Senkung insbesondere der Preise für türkische Rohstoffe, Halbwaren und Vorerzeugnisse auf und unter das Weltmarktniveau durch weitere Lira-Abwertung und Steigerung der Ausbeutung; weitere Erleichterung der Kapitalanlage in der türkischen Wirtschaft, vor allem durch Liquidierung der staatlichen Industriebetriebe.

Spanien Die Generäle haben Bedingungen gestellt

Allmählich schält sich heraus, zu welchen Bedingungen die spanische Generalität den mit der Parlamentsbesetzung und der Erklärung des Ausnahmezustands in Valencia bereits angelaufenen Putsch in Verhandlungen mit dem König wieder abgeblasen hat.

– Indem die faschistischen Armee- und Polizeioffiziere auf ihren Posten bleiben, ist die Möglichkeit für einen künftigen Putsch offengehalten. Nur 24 Offiziere sind bisher vor Militärgerichten angeklagt, weit mehr waren direkt an der Verschwörung beteiligt. Die frühere Verurteilung des Putschisten Tejero zeigt, daß man eine „Bewährungsfrist“ auch auf einem hohen Kommandoposten absolvieren kann.

– Die – keineswegs weitgehenden – Autonomieregelungen für die nationalen Minderheiten sollen zumindest teilweise wieder zurückgenommen werden. Selbst KP-Sekretär Carillo sah sich veranlaßt, zur „Achtung der Fahne“ der Monarchie zu mahnen.



Panzer in Valencia

– Eine Koalitionsregierung mit parlamentarischer Mehrheit, die dem Druck der Militärs auf einen stramm reaktionären Kurs etwas weniger ausgesetzt wäre, darf nicht gebildet werden. Nachdem die Fraktion der regierenden UCD ein Angebot der Sozialisten, in die Regierung einzutreten, beklatscht hatte, hat Premier Calvo Sotelo das für „nicht opportun“ erklärt.

In der Nacht des Putsches sind nirgends Massenaktionen durchgeführt worden. Der Aufruf zum Generalstreik am Tag danach scheint nur in Katalonien und Euzkadi breit befolgt worden zu sein. Das rächt sich: Die bürgerlichen Parteien konnten die riesigen Massendemonstrationen für Demokratie unter Parolen wie „für die Institutionen, für den König“ stellen.

Kurz vor dem Putsch hatte der Militärattaché in Ankara über die „Erfahrungen“ der türkischen Generäle nach Madrid berichtet: Entscheidend sei die Unterstützung der USA und der EG-Länder. US-Außenminister Haig, sonst keineswegs zurückhaltend bei Einmischung in Angelegenheiten anderer Länder, hatte zu dem Putschversuch nur den lakonischen Kommentar, das sei eine „innere Angelegenheit“ Spaniens. Eine „innere Angelegenheit“, bei der sich auch etwas nachhelfen ließe, versteht sich.



Tejero im Parlament

Mittelstreckenraketen

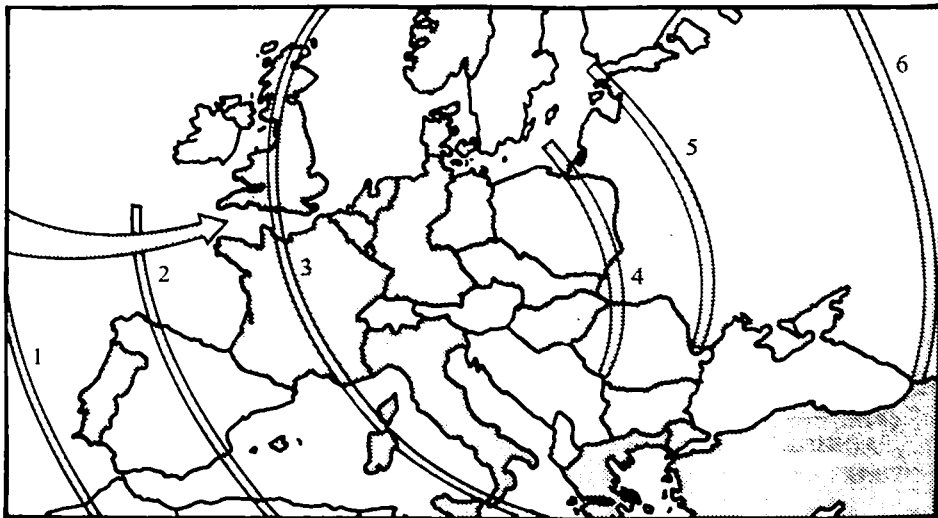
Die Losung „Entspannungspolitik im Rahmen der bestehenden Militärblöcke“ führt unweigerlich in die Sackgasse

Der Widerstand gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in der BRD ist, so kraftlos er vor und nach dem NATO-Beschluß auch schien, inzwischen recht rege. Verschiedene Organisationen rufen für den 4. April – die Nukleare Planungsgruppe der NATO tagt in Bonn – zur Demonstration in der Bundeshauptstadt auf. Für den Mai wollen das „Komitee für Frieden und Abrüstung“ und andere Organisationen in mehreren Städten regionale Demonstrationen gegen die Stationierung durchführen, so wahrscheinlich in Ramstein/Pfalz und am 16. Mai in Mönchengladbach, zwei Zentren der bisherigen sowie voraussichtlich auch der neuen US-Nuklearwaffen in der BRD. In fast allen Städten finden derzeit die verschiedensten Veranstaltungen statt.

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke zeigte sich auf der „Internationalen Wehrkunde-Tagung“ Ende Februar dann auch besorgt: „Ich nehme es sehr viel ernster als die Opposition, was inzwischen an Widerstand gegen Rüstung und Nachrüstung entstanden ist.“ Das ist nicht einfach dahergeredet. Als Sozialdemokrat hat Ehmke ein ausgeprägtes Gespür dafür, daß die Frontbildung in den Gewerkschaften die Bedingungen für die Durchsetzung des NATO-Mittelstreckenraketenbeschlusses verändert hat, daß sie erst die breite Widerstandsbewegung ermöglicht hat. Vor allem: Seitdem mehrere Gewerkschaftstage die Bundesregierung zur Rücknahme des NATO-Beschlusses aufgefordert haben, ist die Schmidt-sche sozialchauvinistische Versöhnungspolitik angeschlagen. Die Gewerkschaftsbewegung konnte und wollte der Logik: Aufrüsten für die Friedenspolitik, die Kriegsvorbereitungen anspannen zwecks Entspannen, nicht folgen.

Allerdings enthalten die Beschlußfassungen der Gewerkschaften ebenso wie die jetzt in der politischen Öffentlichkeit folgenden Initiativen neben dem vernünftigen und richtigen Standpunkt gegen die Mittelstreckenraketenstationierung auch Problematisches: Fast immer wird die „Abrüstung in Ost und West“ gefordert, fast immer „Entspannungspolitik im Rahmen der bestehenden Militärblöcke“. Dieser Mangel muß jetzt behoben werden, denn die Politik der UdSSR, das Moratoriumsangebot der KPdSU, zeigt, daß in der Logik der bestehenden Mili-

Reichweiten der Mittelstreckenraketen



1) SS-20; 2) SS-5; 3) SS-4; 4) Pershing Ia; 5) Pershing II; 6) Cruise Missile. Quelle: Österreichische Militärische Zeitschrift Heft 2 1980.

tärblöcke tatsächlich die Ansicht „Sicherheit durch Aufrüstung“ kaum zu widerlegen ist. – In seinem Rechenschaftsbericht an den 26. Parteitag der KPdSU hatte Breschnew der NATO folgendes Angebot unterbreitet:

„Wir schlagen eine Vereinbarung darüber vor, bereits jetzt ein Moratorium für die Stationierung neuer Raketenkernwaffen mittlerer Reichweite der NATO-Länder und der UdSSR festzulegen, das heißt, diese Mittel – natür-

lich einschließlich der vorgeschobenen Kernwaffen der USA in diesem Gebiet – quantitativ und qualitativ auf dem vorhandenen Stand einzufrieren. Das Moratorium könnte in Kraft treten, sobald die Verhandlungen zu dieser Frage beginnen, und es könnte gültig bleiben, bis ein ständiger Vertrag über die Begrenzung oder noch besser die Reduzierung dieser Kernmittel in Europa abgeschlossen ist.“ (Zitiert nach „Unsere Zeit“ v. 26.2.81)

Die von den deutschen Imperialisten entwickelte V1 ist ein Vorläufer der Cruise Missile. „Aus Stellungen in Frankreich wurden gegen London (im 2. Weltkrieg) 8564 V1 eingesetzt; 1006 gingen vorzeitig verloren; die übrigen forderten 6814 Tote und 17981 Schwerverletzte. Am 8.9.1944 begann der Angriff mit V2. Von 1359 Abschüssen gegen London waren 1190 erfolgreich; sie hatten einen Verlust von 2724 Toten und 6467 Schwerverletzten zur Folge. Bis Kriegsende wurden 8691 V1 und 1610 V2 auf Antwerpen, 3141 V1 gegen Lüttich und 151 V2 gegen Brüssel abgefeuert.“ (Österreichische Militärische Zeitschrift 5/79) Das britische Rüstungsministerium erklärte: „Das Aufkommen eines durch Funk gesteuerten Langstrecken-Düsengeschosses hat für die Kriegsführung der Zukunft ungeheure neue Möglichkeiten eröffnet.“ Bild oben: V1 wird zur Abschlußrampe transportiert; unten: V1 stürzt auf London.



Das vorgeschlagene Moratorium würde den Status quo auf dem Gebiet der Mittelstreckenraketenstationierung einfrieren. Alles andere als „Beendigung des Wettrüstens“ oder „Entspannung“ wäre die Folge:

Die Sowjetunion verfügt, keineswegs erst seit gestern, über nukleare Mittelstreckenraketen. Die SS-4 Skandal wurde 1959 in Antwort auf die US-Atomwaffen in Westeuropa stationiert, die SS-5 Skean wenig später. Seit dieser Zeit besitzt die SU die Fähigkeit, die wichtigsten Nordsee- und Atlantikhäfen und damit die Anlandeplätze für den US- und britischen Nachschub zu bedrohen. Bis 1977 haben sich die westlichen Imperialisten daran wenig gestört. Inzwischen aber hatten die Sozialimperialisten die SS-20 in ihr Arsenal aufgenommen, die ihren Vorgängern nicht einfach nur an Reichweite, Sprengkopffzahl, Sprengkraft und präziser Lenkung überlegen ist. Mit der SS-4 oder SS-5 würden die Sozialimperialisten, um den US-Nachschub über den Atlantik einzudämmen, dichtbevölkerte Gebiete, große Hafen- und Industriestädte atomar vernichten. Sie müßten dabei jedoch nicht nur unabsehbare ideologische und politische Erschütterungen in Osteuropa in Rechnung stellen, sondern auch die Kriegsentschlossenheit auf der anderen Seite fürchten. Dies gilt umgekehrt genauso, wenn die NATO, um die Nachschubwege der Roten Armee zu unterbrechen, mit den in der BRD bereits stationierten Pershing Ia halb Polen in eine atomverseuchte Trümmerlandschaft verwandelt. Mit der SS-20 können die Sozialimperialisten ihr Ziel auf dem Atlantik erreichen.

95% der US-Ausrüstung wird im Kriegsfall per Schiff nach Europa transportiert. Die Sowjetunion wird unvermeidlich ihre Nordmeerflotte weiter aufrüsten, um die USA zur Bildung großer Schiffskonvois zu zwingen. Die SS-20 fänden damit ein ausreichendes Ziel; ihre Lenkung ist, wie gesagt, präzise und ihre Flugeschwindigkeit hoch genug, daß ein Ausweichen des Konvois nicht möglich ist. Das ideologische Risiko wäre bei einem solchen Angriff erheblich vermindert, da er für die Zivilbevölkerung fast ohne Auswirkung bleibt. Die Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen sinkt damit. Bereits die Bedrohung durch die SS-20 wirft für die USA und ihre Verbündeten also erhebliche Nachschubprobleme auf, die bei Vernichtung mehrerer solcher Schiffskonvois fast unlösbar werden.

Angesichts dessen werden die US-Imperialisten ihren Druck verschärfen, einen so großen Teil ihres Kriegsmaterials vorab in Westeuropa und vor allem in der BRD zu deponieren, „damit nur die Verbände zugeflogen werden müssen“, wie Apel bemerkte.

Die westdeutsche Bourgeoisie hält die „deutsche Frage“ offen

„Deutschland dreigeteilt? Niemals!“ Wer erinnert sich nicht? Unter den CDU-Bundesregierungen prasselte die revanchistische Propaganda täglich und ganz ungehemmt auf die Schülerköpfe nieder.

Am 12.2.81 hat nun die Konferenz der Kultusminister sich auf „Grundsätze für die Darstellung Deutschlands in Schulbüchern und kartographischen Werken für den Schulunterricht“ geeinigt. Man ist den alten „Grundsätzen“ treu geblieben: Als Grenzen „Deutschlands“ werden den Schülern auch weiterhin die „Grenzen des Deutschen Reiches vom 31.12.1937“ eingetrichtert. Statt der polnischen und sowjetischen Städtenamen sollen sie die alten deutschen lernen – wozu, wenn nicht, weil Gdansk dereinst wieder zu Danzig, Wroclaw wieder zu Breslau, Kaliningrad wieder zu Königsberg werden sollen? Die Grenze zur DDR wird als „besondere Grenze“ gekennzeichnet, damit der „Wiedervereinigungs“anspruch bekräftigt.

Aber steht nicht, wie die DKP der Kultusministerkonferenz vorwirft, dieser Beschluß „sowohl im Gegensatz zu den von der Bundesrepublik mit der DDR und der VR Polen und der UdSSR abgeschlossenen Verträgen“? Kann es mithin reichen, die Bundesregierung auf die Einhaltung dieser Verträge zu verpflichten?

Mit dem „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ (12.8.1970) haben beide Vertragspartner, also auch die BRD, u.a. unterzeichnet:

„– Sie verpflichten sich, die territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten;

– sie erklären, daß sie keine Gebietsansprüche gegen irgend jemand haben und solche in Zukunft auch nicht erheben werden;

– sie betrachten heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich, wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages verlaufen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.“

Entsprechende Artikel beinhalten ebenso der in der Folge abgeschlossene Vertrag mit der Volksrepublik Polen (18.11.1970) und der Grundlagenvertrag mit der DDR (21.12.1972). Danach schiene die Rechtslage klar, hätte die BRD die Grenzen anerkannt und den Anspruch auf „Wiedervereinigung“, auf Wiederherstellung des „Deutschen Reiches“ in den Grenzen von 1937 aufgegeben. Dem ist jedoch nicht so!

Erstens dachte dieselbe SPD/FDP-Regierung, die diese Verträge unterzeichnete, überhaupt nicht daran, einen Antrag auf Streichung bzw. Ände-

Dabei bleibt es nicht. An der Zahl der Panzer ist der Warschauer Pakt, wie Breschnew jetzt selbst erklärte, der NATO überlegen. Diese quantitative Überlegenheit ist allerdings durch qua-



Stalingrad: Kapitulation der 6. Armee

litative Überlegenheit der NATO-Panzerwaffe stark relativiert. Überdies rüsten die BRD-Imperialisten, die 50% der NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa stellen, mit der Beschaffung von 1800 Leopard 2 zur drittstärksten

Panzermacht der Welt auf. Sie würden diese Anstrengungen noch mehr forcieren, als ohnehin schon geplant ist. Da die NATO außerdem über eine hochwertige Panzerabwehrwaffe verfügt und ihre Luftwaffe so ausbaut, daß die Sowjetunion auf absehbare Zeit keinerlei Aussicht hat, im Kriegsfall die Lufthoheit herzustellen, kann die UdSSR den Vorteil auf dem Gebiet der Mittelstreckenraketen kaum zu einem erfolgversprechenden Angriff auf Westeuropa nutzen. Unter den gegebenen Bedingungen wäre der Ausgang eines Krieges in Mitteleuropa für beide Militärblöcke mehr als fraglich.

Allerdings verschafft der Vorteil der SS-20 der UdSSR Handlungsspielraum an ihren Flanken, vor allem an ihrer Südwest-Flanke. Im Rahmen ihrer Einkreisungspolitik gegen die Sowjetunion haben die US-Imperialisten die Türkei in die NATO gepreßt. Um sich den Weg ins Mittelmeer freizumachen,

rung der Präambel des Grundgesetzes in den Bundestag auch nur einzubringen. Also heißt es dort nach wie vor: „Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Zweitens übergab die BRD sowohl der UdSSR als auch der DDR am Tage der Vertragsunterzeichnungen einen „Brief zur deutschen Einheit“ mit ihrer Vertragsinterpretation: „... daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier und Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.“ Die UdSSR und die DDR haben diesen Brief ohne Protest angenommen, die BRD erklärte ihn darauf für „völkerrechtlich wirksam“.

Drittens weigert sich die BRD nach wie vor, den 1950 zwischen der DDR und Polen geschlossenen „Görlitzer Vertrag“, mit dem die DDR die Grenze zu Polen bestätigt, anzuerkennen. Für ihren Vertrag mit Polen behält sie sich vor: „Eine solche Erklärung konnte sie aber nur für sich abgeben; einen gesamtdeutschen Souverän, den es noch nicht gibt, ... kann sie nicht binden.“ (Scheel am 3.12.1970)

Viertens schließlich hat die BRD in alle drei Verträge fast gleichlautende Artikel hineinplazieren können: „Dieser Vertrag berührt nicht die von ihnen früher abgeschlossenen zweiseitigen und mehrseitigen Verträge und Vereinbarungen.“ Nicht „berührt“ sind danach v.a. die „Pariser Verträge“, die 1954 zwischen der BRD, den USA, Großbritannien und Frankreich abgeschlossen wurden:

„Artikel 7 (2) Bis zum Abschluß der

friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich demokratische Verfassung ähnlich wie in der Bundesrepublik besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist.“

Hinsichtlich ihrer Absichten also lassen die westdeutschen Imperialisten

immer anstreben: die Wiederherstellung des „Deutschen Reiches“, zumindest in den Grenzen von 1937. (Das Münchener Abkommen von 1938, das die Annektion eines Teils der CSR besiegelte, hat die BRD erst 1973, 28 Jahre nach Kriegsende, für nichtig erklären müssen.) Es versteht sich aber, daß ein solcher „Friedensvertrag“ *nur* durch einen erneuten Krieg erzwungen werden kann. Die



keine Zweifel: Solange zumindest die DDR nicht einverleibt ist, wollen sie und ihre Verbündeten über einen Friedensvertrag nicht verhandeln. Der dann (fast) „gesamtdeutsche Souverän“ wäre gegenüber Polen und der UdSSR an und durch nichts „gebunden“, und ein „Friedensvertrag“ würde dann nur noch bestätigen, was sie

Arbeiterbewegung kann der westdeutschen Monopolbourgeoisie unter keinen Umständen gestatten, die „deutsche Frage offen“ zu halten. Sie muß durch einen Friedensvertrag mit den Siegermächten gezwungen werden, die bestehenden Grenzen anzuerkennen, und zwar, bevor „vorneverteidigt“ wird.

das gegenwärtig von der 6. US-Flotte beherrscht und ein lebenswichtiger Verbindungsweg für die westlichen Imperialisten ist, wird die Sowjetunion versuchen, die Türkei zu überrumpeln. Der Landweg ist ihr durch das Kaukasus-Gebirge so gut wie versperrt, mit einer starken Schwarzmeerflotte und großen Landungsoperationen aber kann ihr die Überrumpelung der Türkei gelingen.

Mit den Cruise Missiles, die sie ab 1983/84 in Westeuropa stationieren will, deckt die NATO das Schwarzmeer ab und kann so die Schwarzmeerflotte in Schach halten. Einen Angriff ihrer Schwarzmeerflotte würde die Sowjetunion wahrscheinlich mit deren Vernichtung und womöglich der Vernichtung ihrer großen Werftkapazitäten an der Schwarzmeerküste zu bezahlen haben. Ohne die Cruise Missiles kann die NATO einen sowjetischen Angriff auf die Türkei nur mit ihrem

Angriff in Mitteleuropa beantworten, wobei, wie gesagt, nicht nur der Ausgang fraglich wäre, sondern überhaupt, ob sie die Volksmassen in Westeuropa in einen solchen Angriff unter



Postdamer Konferenz 1945

solchen Bedingungen treiben können.

Für die Sowjetunion also zählt sich ihr Moratoriums-Angebot in jedem Fall aus: Stimmt die NATO zu, kann sie sich auf die Türkei konzentrieren. Stimmt die NATO nicht zu, hat der

Parteitag der KPdSU mit seinen 5000 Delegierten den Sozialimperialisten ein starkes moralisches Mandat geschaffen, um den sowjetischen Volksmassen noch größere Opfer für noch größere Rüstungsanstrengungen abzapfen.

Im Kampf gegen die Mittelstreckenraketenstationierung in der BRD kann dieses Angebot, das vielen auf den ersten Blick vielleicht „vernünftig“ erscheint, nur schaden. Die sozialchauvinistische Parole, daß Aufrüstung die Grundlage von Entspannung ist und die Mittelstreckenraketen wirksame Friedenswaffen sind, kann mühelos daran anknüpfen. Mit ähnlicher Begründung hat die westdeutsche Bourgeoisie ja auch als erstes NATO-Mitglied den Vorschlag postwendend abgelehnt. Sie bleibt die treibende europäische Kraft für die Stationierung der Mittelstreckenraketen. Denn:

Mit der Stationierung der Pershing II- und Cruise Missile-Mittelstrecken-

Neutronenbombe — von wegen sauber

Geplanter Einsatz: als Gefechtsfeldkernwaffe gegen Panzerverbände auch in dichtbesiedelten Gebieten, in den Gefechtsköpfen der Kurzstreckenrakete „Lance“ (max. Reichweite 130 km) bzw. als 203 mm-Neutronengranate.

Geplante Einsatzgröße: 0,5 – 10 Kilotonnen (KT) (1 KT heißt, daß die gesamte bei der Explosion freigesetzte Energie so groß ist wie bei der Explosion von 1000 t Dynamit).

Funktionsweise: Die herkömmliche Gefechtsfeldkernwaffe („Atomgranate“) ist eine Kernspaltungsbombe. Die Vernichtungsenergie aus der Spaltung von schweren Atomkernen wie Uran oder Plutonium in leichtere Bruchstücke. Bei den Neutronenwaffen der 60er Jahre wurde die Neutronenstrahlung durch ein spezielles Mantelmaterial etwas erhöht.

Die neuere Neutronenwaffe ist eine Kernfusionsbombe. Die Vernichtungsenergie stammt aus der Vereinigung von Kernen des schweren Wasserstoffs zu Heliumkernen. Dieser Vorgang wird mit einer Kernspaltungsbombe gezündet, da er nur bei Temperaturen von über 10 Mio.°C abläuft.

Zusammensetzung der Explosionsenergie: „Atomgranate“ 0,5 – 30 KT (Angaben nach Finckelnburg (1)): 3% als Gammastrahlung, 3% als energiereiche (schnelle) Neutronenstrahlung, 83% als Druckwelle und Hitzestrahlung, 11% verteilt über einen langen Zeitraum als radioaktive Strahlung der Spaltprodukte („Fall

Out“) und der durch die Neutronenstrahlung erzeugten radioaktiven Kerne („Sekundärstrahlung“). Neutronenwaffe 0,5 – 10 KT (Angaben nach Feigl (2)): ca. 80% als schnelle Neutronen, wenige % als Druckwelle und Hitze, keine %-Angabe über die durch die intensive Neutronenstrahlung erzeugte Sekundärstrahlung, nur daß diese „bereits nach wenigen Stunden weitgehend“ abgeklungen sei.

Das ist nur die halbe Wahrheit. Feigl, wie alle Befürworter der Neutronenwaffe, verschweigen, daß das schnelle Abklingen nur für die anfängliche sehr hohe, tödliche Intensität der Sekundärstrahlung gilt. Die Neutronen erzeugen aber ebenso eine große Zahl langlebiger Sekundärstrahlen in den bestrahlten Gebäuden und im Erdreich, die über Jahre eine intensive, wenn auch nicht sofort tödliche Strahlung abgeben.

Reichweite der Wirkungskomponenten: „Atomgranate“ 10 KT: Druckwelle zerstört Panzer bis max. 350 m, Gebäude bis zu 1200 m Entfernung. Neutronenstrahlung macht Panzerbesatzung bis 700 m Entfernung kampfunfähig. Für den ungeschützten Menschen ist die Neutronenstrahlung bis 1 km tödlich, die Hitzestrahlung über mehrere km. Neutronenbombe 1 KT: Druckwelle erzeugt umfangreiche Schäden an Gebäuden bis 350 m, Neutronenstrahlung macht Panzerbesatzung auf 700 – 1000 m Entfernung kampfunfähig, ist tödlich für den ungeschützten Menschen bis 1500 m.

Absorption der Neutronenstrahlung: Neutronen sind ungeladene Kernbausteine. Schnelle Neutronen durchdringen Eisenpanzerungen und Betonwände mit relativ geringer Abschwächung. Schnelle Neutronen verlieren ihre Energie im Stoß mit Atomkernen, und zwar umso mehr, je leichter der gestoßene Kern ist. Der größte Energieübertrag geschieht beim Stoß mit einem Wasserstoffkern. Die abgebremsten Neutronen werden schließlich von Atomkernen eingefangen. Das Ergebnis ist ein „angeregter“ Kern, der unter Aussonderung von radioaktiver Strahlung wieder zerfällt. (Sekundärstrahlung)

Wirkung auf den Menschen: Wasserstoffatome spielen für die Gestalt und Funktion der Moleküle in den lebenden Organismen eine große Rolle. Werden sehr viele Wasserstoffatome durch Neutronen herausgeschossen, verliert das Molekül seine Funktionsfähigkeit und seine Gestalt, das Eiweißmolekül „denaturiert“, es ist sozusagen tot. Bei sehr hoher Bestrahlungsdosis führt der Funktionsausfall sehr vieler Moleküle in wenigen Minuten zum Totalausfall oder zum Tod des Menschen. Bei etwas geringerer Bestrahlung führt die Zerstörung des Gewebes in einigen Tagen zum Tod durch die gestörten Funktionen oder durch innere Vergiftung durch das abgestorbene Gewebe. Mit abnehmender Bestrahlungsdosis verlagern sich die Schädigungen von den kurzfristig sichtbaren auf die langfristig wirkenden, u.a. Schädigung der Erbmasse.

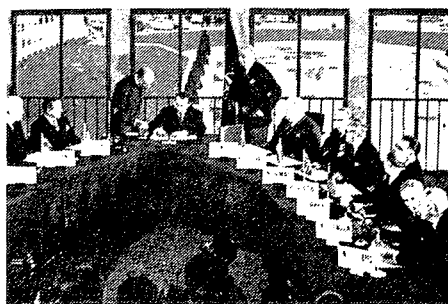
(1) W. Finckelnburg, Einführung in die Atomphysik, Springer, Berlin

(2) H. Feigl, Zur Entwicklung der Neutronenwaffe, Europ. Wehrkunde 9/1977

raketen ist die NATO imstande, die gesamte operative Planung der Sowjetunion über den Haufen zu werfen. Die „Südflanke“ der NATO ist gedeckt, der Weg durch die Mitte wird leichter. Die sog. „erste strategische Staffel“ des Warschauer Paktes – in der DDR, Polen und Ungarn – kann ohne schnelle Verstärkung nicht standhalten. Die UdSSR kann aber ihre „zweite strategische Staffel“ nicht mehr in Westrußland aufstellen. Sie wird auf die ganze Breite der Front gedrängt. Die Weichen für eine erfolgreiche „Vorneverteidigung“ wären damit gestellt.

Die westdeutsche Bourgeoisie fordert für die risikobeladene Stationierung heute deutlich ihren Lohn. Sie will auf keinen Fall die ganze US-Kriegsmacht „im Hause“ haben. „Ein deutscher Patriot, in welcher Partei er auch immer ist, wird doch nicht den gewachsenen Handlungsspielraum der

Bundesrepublik in Frage stellen wollen“, rief Ehmke im Bundestag aus. „Wir sind keine Satelliten; wenn man uns zu etwas haben will, dann muß man darum unsere Interessen mit be-



BRD unterzeichnet NATO-Vertrag

rücksichtigen ...“ Die CDU, nicht minder patriotisch, verdeutlicht „unsere Interessen“: „Der Wille zur friedlichen Stabilisierung zwischen West und Ost darf nicht eine Verewigung der so-

wjetischen Herrschaftssysteme in der DDR und in Osteuropa bedeuten. Die Bürger dieser Länder gehören infolge gemeinsamer Geistesgeschichte und gemeinsamer Wertvorstellungen geistig zu uns, zum Westen.“

Die westdeutsche Arbeiterbewegung trägt eine hohe Verantwortung. Kann sie verhindern, daß die „deutsche Frage“ den Ausgangspunkt für den dritten imperialistischen Weltkrieg bildet? Der Kampf gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen ist notwendig, aber reicht nicht. Überhaupt ist fraglich, ob dieser Kampf erfolgreich sein kann, wenn die zur Aufrüstung treibenden Interessen nicht in die Schranken gewiesen werden. Nicht „Entspannungspolitik im Rahmen der Militärblöcke“ kann dabei also die Lösung sein, sondern: Austritt der BRD aus der NATO, Abschluß eines Friedensvertrages, der diesen Austritt besiegelt. – Weder die BRD noch die Sieger-

mächte des zweiten Weltkrieges – die Signatarmächte des Potsdamer Abkommens: die USA, Großbritannien, die UdSSR, später auch Frankreich – machen irgendwelche Anstalten, einen solchen Friedensvertrag abzuschließen.

Die Sowjetunion hatte seinerzeit mehrere Initiativen ergriffen. 1954 hatte ihr damaliger Außenminister Molotow Frankreich, Großbritannien und die USA aufgefordert, gemeinsam „die Bemühungen fortzusetzen, die auf eine befriedigende Lösung der Deutschlandfrage im Einklang mit den Grundsätzen der Aufrechterhaltung des Friedens und der nationalen Freiheit sowie auf die Wahrung der Rechte aller anderen europäischen Staaten gerichtet sind ...“ Bis zum Abschluß des Friedensvertrages und bis zur Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage sollten die Besatzungstruppen allseits abgezogen werden. – Die Imperialisten hatten diesen Vorschlag scheitern lassen, weil seine Verwirklichung die BRD aus dem Aufmarschplan gegen die Sowjetunion und die Volksrepubliken herausgebrochen und die Aussichten auf Expansion gen Osten erheblich geschmälert hätte.

Auch nach dem Antritt Chruschtschows hat die Sowjetunion noch einige Male im Zusammenhang mit Vorschlägen zur „europäischen Friedenskonferenz“ auf Abschluß eines Friedensvertrages gedrungen – bis 1969. Danach verlor sich ihr Interesse. Ebenso wenig wie die US-Imperialisten und aus ähnlichen Gründen wollen die Sozialimperialisten einen Friedensvertrag, der sie zwingt, ihre Positionen in einem Teil ihrer Interessenssphäre zu räumen.

Die entschiedensten Gegner eines demokratischen Friedensvertrages aber sind die westdeutschen Imperialisten selbst. Die Einverleibung der DDR und die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 würde ihre strategische Lage für das Ringen um die Vorherrschaft in Europa, für den Kampf um Weltherrschaft, schlagartig verbessern. Versuchen sie nicht bereits jetzt, die kleineren Nachbarstaaten in ihre strategischen Absichten einzuspannen? Hat nicht Schmidt Belgien wirtschaftliche Pressionen angedroht, wenn die Zustimmung zur Stationierung nicht bald erfolgt?

Wenn die Arbeiterbewegung den breiten Widerstand gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen nutzt, um eine öffentliche Meinung für einen demokratischen Friedensvertrag zu schaffen, zu der sich die bürgerlichen Parteien in der BRD und zur der sich dann auch die Siegermächte verhalten müssen, wird eine wichtige Schlacht im Kampf gegen den imperialistischen Krieg geschlagen sein.

Zum „Krefelder Appell“ an die Bundesregierung

Von Prof. Dr. Abendroth über General a.D. Bastian hin zu Pfarrer Zobelitz treten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen auf. Sie unterstützen den ‚Krefelder Appell‘, der die Bundesregierung auffordert, ihren Beschluß zur Stationierung der Mittelstreckenraketen zurückzunehmen. Auch die Mitglieder der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag Thüsing und Hansen unterstützen den Appell. Aus liberalen Kreisen meldet sich der Ex-Judo-Vorsitzende Strässer, ebenfalls unterstützend. Das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, auf dessen Wirken der Krefelder Appell zurückgeht, hat einigen Einfluß gewinnen können. Die Deutsche Kommunistische Partei DKP, auf deren Wirken wiederum das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit zurückgeht, hat im Krefelder Appell gewisse Zugeständnisse gemacht; die Wendung ‚gegen das Wettrüsten in Ost und West‘ läßt auch in DKP-Kreisen Zweifel an der friedensstiftenden Absicht der sozialimperialistischen Aufrüstung zu. Welches politisches Wetter war imstand, Philosoph, General, christlichen Hirten, Revisionisten und reformistischen Berufspolitiker unter ein Dach zusammenzutreiben? Was bewegt Kräfte, deren gewöhnlicher Beruf Predigt von Klassenversöhnung, Klassenzusammenarbeit, ja Klassenunterdrückung ist, sich in einer sehr wichtigen Frage zu den Interessen der Bourgeoisie quer zu legen?

Nachdem auf dem letzten Parteitag der SPD die Delegierten mit großer Mehrheit sich für die Stationierung von Mittelstreckenraketen aussprachen, konnte man befürchten, die politische Arbeiterbewegung, die heute hauptsächlich in den Gewerkschaften wirkt, würde durch den sozialdemokratischen Parteiapparat überfahren werden. Die Arbeiterbewegung verstand sich jedoch zu wehren und setzte sich auf den Gewerkschaftstagen der IG Metall, der ÖTV, der HBV und der IG Druck und Papier erfolgreich zur Wehr. Selbstverständlich wirkten an der fortschrittlichen, gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen gerichteten Beschlußfassung Sozialdemokraten, DKP-Mitglieder, kurzum politisch organisierte Arbeiter und Gewerkschafter verschiedener Richtungen mit. Daß derartige Beschlüsse jedoch

gefaßt werden konnten, zeigt, daß in der Arbeiterklasse Westdeutschlands und Westberlins eine starke politische Strömung besteht, die von der SPD nicht mehr repräsentiert wird und deren politisches Gesichtsfeld sich weitet. Die Beschlüsse dieser Gewerkschaftstage, deren Delegierte rund vier Millionen Mitglieder vertraten, blieben nicht Makulatur. Die IG Metall antwortete auf die Rüstungsexportabsichten der Bundesregierung und zeigte sich von der Propaganda ‚sichere Arbeitsplätze durch Rüstungsexport‘ unbeeindruckt.

Auf dieser wirklich nicht nur breiten, sondern auch bereits ziemlich festen Grundlage kann das ‚Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit‘ tätig werden, und es wird auch verständlich, daß die Opposition gegen den Mittelstreckenraketenbeschluß so weit ins liberale, ja ins bürgerliche Lager getrieben werden kann. Kehrseite dieser Erfreulichkeit bleibt allerdings, daß diese Opposition keinen Millimeter weiter reicht, als durch politische Äußerungen der Arbeiterbewegung erzwungen werden kann. Treuherzig steht im ‚Krefelder Appell‘, die Bundesregierung solle ‚im Bündnis künftig eine andere Haltung einnehmen‘.

Dem DGB-Bundeskongreß liegt ein erweiterter Antrag der IG Metall für den Absatz 26 der Präambel des DBG-Grundsatzprogrammes vor, der hoffentlich beschlossen wird und sich objektiv gegen das NATO-Bündnis richtet: „... Die Gewerkschaften fordern das Verbot der Entwicklung, der Herstellung, der Lagerung, der Weitergabe und der Anwendung atomarer Waffen und anderer Massenvernichtungsmittel sowie neuer Waffentechnologien. Ziel der Gewerkschaften bleibt die allgemeine und kontrollierte Abrüstung.“

Das politische Wesen der BRD-Monopolbourgeoisie treibt unter dem strategischen Schutzschirm der USA und in der Spannung zwischen den Blöcken um. Ein derartiger Beschluß würde wahrscheinlich rasch zu Forderungen nach Austritt aus der NATO und politischer Bereinigung der Folgen des zweiten Weltkrieges hinlenken. Wenn in Beschlußfassungen der Gewerkschaften so oft die ‚Normalisierung der Beziehungen und die Anerkennung der derzeitigen Grenzen der beiden deutschen Staaten‘ gefordert wird, ist eine gute Entwicklung angelegt.

AEG plant Senkung der Betriebsrenten

Der Elektrokonzern AEG will die Betriebsrenten senken. Sie sollen zukünftig nicht mehr nach der intern durchgesetzten Ruhesgeldordnung, sondern nach dem Betriebsrentengesetz berechnet werden. Die leitenden Angestellten sollen von der Kürzung, die mehrere hundert DM ausmacht, ausgenommen werden. Der Betriebsrat fordert dagegen keine Ausnahmen und keine Anwendung dieses Gesetzes, zusätzlich keine Änderung der Ansprüche derjenigen, die in den nächsten fünf Jahren Rentner werden, und Anrechnung der erworbenen Anteile, auch wenn noch keine Ansprüche bestehen.

GdP gegen Einsätze bei Hausbesetzung

Der Landesvorstand der Jugendgruppe der Gewerkschaft der Polizei Baden-Württemberg hat sich gegen den Einsatz bei Hausbesetzungen gewandt: „Die Schwierigkeiten der Wohnraumnot werden von uns erkannt. Wir verwahren uns jedoch dagegen, daß dringende erforderliche politische Entscheidungen durch Polizeieinsatz ersetzt werden. Anstatt sich mit einer Beschneidung

Gegen die Stellenkürzungspläne der Länderregierungen, gegen Lohnpause und geringere Einkommenserhöhungen hat die Gewerkschaft ÖTV Kundgebungen in mehreren Städten durchgeführt (Bild: Der ÖTV-Vorsitzende Kluncker vor 400 Vertrauensleuten am 3.2.1981 in Wuppertal). Angegriffen wurde der Vorschlag des nordrhein-westfälischen Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Farthmann, die Einkommen um 80 bis 100 DM zu erhöhen, weil bloß eine geringere Haushaltsbelastung geplant und der Anschein eines Angebots erweckt werde.

des Demonstrationsrechts zu befassen, sollten sich die Verantwortlichen mehr um die Beseitigung der Ursachen bemühen.“ Weiter kritisieren sie den Schichtdienst und die Sondereinsätze bei Demonstrationen, Personen- und Objektschutz. Familie und Gesundheit litten darunter. Die Möglichkeit, Überstunden durch Freizeit abzugelten, bestehe nicht. 40 Überstunden monatlich sind die Regel. Der Vorstand der Gewerkschaft der Polizei fühle sich daher „mit den gesamten Problemen der Arbeitnehmerschaft verbunden“.



Neuseeland: Kampf um Streikrechte

Mit Streiks in fast allen Industriezweigen antwortete der Neuseeländische Gewerkschaftsbund in der letzten Februarwoche auf den Versuch der neuseeländischen Regierung, das Streikrecht außer Kraft zu setzen. Die Angestellten des Flughafens von Auckland hatten den Luftverkehr lahmgelegt, um höhere Löhne durchzusetzen. Dadurch war der Luftverkehr im ganzen Land empfindlich getroffen. Die Luftfahrtgesellschaft versuchte, Streikbrecher zu heuern, um den Streik zu unterlaufen. Die Regierung ließ die Streikposten der Gewerkschaft festnehmen und verhängte gegen sie Geld- bzw. Gefängnisstrafen. Der Neuseeländische Gewerkschaftsverband rief daraufhin zu Proteststreiks im ganzen Land auf und forderte die Änderung des Streikrechts. Am 24. und 25. Februar wurden die Verkehrsverbindungen durch Streiks der Busfahrer, des Fähr- und Bahnpersonals weitgehend lahmgelegt, und u.a. in der für den Export wichtigen Fleischverarbeitenden Industrie standen die Maschinen still. Die Regierung, die mit einer „Protestdemonstration“ von 30000 die Streikenden zu demoralisieren versuchte, mußte die Überprüfung der Streikgesetze beschließen.

Betriebsrat gegen Beurteilungsbögen

Um die übertariflichen Zahlungen zu senken, will der Süddeutsche Verlag die Beschäftigten in fünf Gruppen neu einstufen. Herauskommen soll nicht nur Senkung der Leistungszulagen für die unteren

Lohngruppen, sondern auch eine Aufstockung um 20 DM für die höchste Gruppe. Die Voraussetzungen sollen durch einen Beurteilungsbogen ermittelt werden. Als Merkmale sollen u.a. gelten für die Stufe 1: „Erforderliche Qualität der Arbeit wurde meist gerade erreicht ... arbeitete nicht aus eigenem Antrieb“, für Stufe 3: „Das Arbeitstempo entsprach in vollem Umfang den Anforderungen ... war regelmäßig mit Interesse bei der Arbeit“, für Stufe 5: „Qualität der Arbeit ging auch bei starker Arbeitsbelastung weit über die gestellten Anforderungen hinaus ... außerordentlich einflussreich“. Der Betriebsrat will die Belegschaft aufrufen, die Beurteilungsbögen in einer Abstimmung abzulehnen.

Überstunden wegen Alkoholsteuer

Mit der Erhöhung der Branntweinsteuer am 1. April soll auch der von der Kosmetikindustrie verwendete Rohstoff Isopropylalkohol mit 6 DM pro Liter besteuert werden. Die Kapitalisten konzentrieren jetzt ihre Produktion auf alkoholhaltige Produkte. Bei Schwarzkopf in Westberlin wird zur Zeit durch Steigerung der Produktion mit Arbeitern aus westdeutschen Werken, kurzfristigen Einstellungen und zehn Sonderschichten an Samstagen für die nächsten Monate vorproduziert. Im April sollen ganze Abteilungen, in denen die Produktion und Abfüllung von Haarsprays, Haarfestigern und Deosprays stattfindet, stillgelegt werden. Arbeiter von Leihfirmen und mit Fristverträgen sollen entlassen werden. Mit Kurzarbeit wird gedroht.



Am Montag, dem 9. März, legten die britischen Regierungsbeschäftigten die Arbeit nieder. Ungefähr drei Viertel der Beschäftigten folgten dem gemeinsamen Streikaufruf von neun Gewerkschaften, die etwa 500000 Beschäftigte vertreten. Der Luftverkehr wurde lahmgelegt, Werften, Rüstungsbetriebe, soziale Einrichtungen und die Regierungsgebäude blieben leer. Das Bild zeigt Streikposten, die einen sowjetischen Botschaftswagen auf der Fahrt zu Premierminister Thatcher kontrollieren. Die Regierungsbeschäftigten verlangen 15% mehr Lohn und Angleichung an die Lohnverhältnisse in der Industrie. Ungefähr drei Viertel verdienen nach offiziellen Angaben weniger als in vergleichbaren Beschäftigungen der Industrie. Mit gezielten Streiks - u.a. der Beamten in den Rechenzentren des Finanzamtes, der Zollbüros und des Verteidigungsministeriums - soll der Streik fortgesetzt werden.

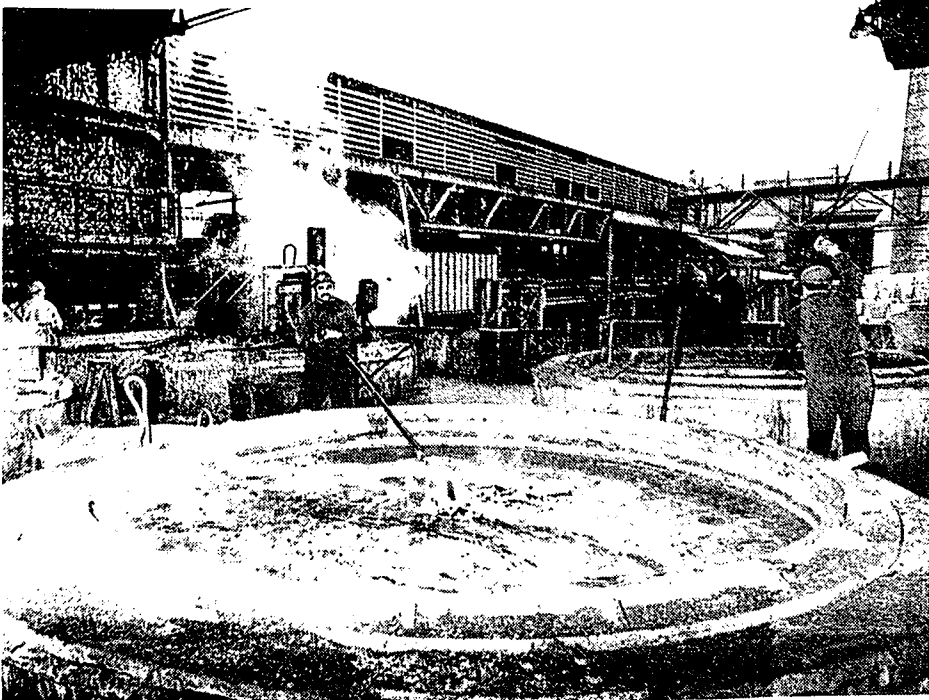
Schichtarbeit

Untersuchung der IG Chemie-Papier-Keramik über die Auswirkungen

Seit dem 1.3.1979 führt die IG Chemie-Papier-Keramik das Projekt Schichtarbeit (PROSA) durch. In das Projekt einbezogen sind 68 Betriebe aus nahezu allen Branchen im Organisationsbereich. Bei einem durchschnittlichen Schichtarbeiteranteil von 39% liegen die Bereiche Kautschuk, Kunststoff, Glas und Papier mit einem Anteil von mehr als 60% an der Spitze. Nach Abschluß der schriftlichen Befragung von 5448 Schichtarbeitern und Nichtschichtarbeitern in 24 Betrieben und der Auswertung durch eine Projektgruppe beim Hauptvorstand der IG CPK findet seit November 1980 eine Rückkoppelung der Ergebnisse in Bezirke, Verwaltungsstellen und Betriebe

mehr als die Hälfte aller Befragten. Für mehr als 80% der Schichtarbeiter sind der Samstag und/oder Sonntag Teil der regelmäßigen Arbeitszeit. Das Durchschnittsalter der Schichtarbeiter beträgt 40 Jahre, sie arbeiten durchschnittlich seit 14 Jahren Schicht.

Vielleicht liegt es an der Förderung des Projekts Schichtarbeit im Rahmen des Programms „Humanisierung der Arbeitswelt“ des Bundesministeriums für Forschung und Technologie, daß sich die Projektgruppe in puncto Beseitigung der Schicht- und insbesondere Nachtarbeit, wo keine technische Notwendigkeit besteht, durch gesetzliches Verbot auffallend zurückhält. Denn Argumente dafür führt die Pro-



statt. In Niedersachsen wurden in den vier Betrieben Norddeutsche Steingut, Benecke, Polygram und Metallgesellschaft/Synthomer Chemie Langelsheim Befragungen durchgeführt. Demnächst werden Auswertungsveranstaltungen der gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörper in den beteiligten Betrieben stattfinden.

Bei der schriftlichen Befragung hat die Projektgruppe Betriebe mit dem umstrittenen, vollkontinuierlichen 12-Stunden-Schichtsystem stärker berücksichtigt. In den 24 Betrieben arbeiten 65% der Befragten in Schichten, 14% sind ehemalige Schichtarbeiter, und nur 21% haben noch nie in Schichten gearbeitet. 71% der Schichtarbeiter müssen auch nachts arbeiten, das sind

jektgruppe selbst zahlreiche ins Feld. Folgende Dinge sind festgestellt worden: „Es ist eine Leugnung der Tatsachen, alle körperlichen und physischen Beschwerden aufs Rauchen oder eine ungesunde Lebensweise zurückzuführen. Unsere Ergebnisse zeigen deutliche Zusammenhänge zu den Belastungen am Arbeitsplatz und zum Schichtrhythmus. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden.“ Z.B. leiden an Schlafstörungen 42% der befragten Schichtarbeiter und 27% der ehemaligen, gegenüber 18% der Nichtschichtarbeiter. Und ferner: „Die bisherige Schichtarbeitsforschung hat – in der Regel – die Auswirkungen von Schichtarbeit isoliert untersucht. Bei industriellen Arbeitsplätzen treten je-

doch meistens mehrere Belastungen, z.B. Lärm, Zeitdruck, Hitze *gleichzeitig* (Unterstreichungen im Original) auf (Mehrfachbelastung). Wer die Belastungen von Arbeitnehmern richtig einschätzen will, muß die Kombinationswirkung verschiedener Belastungsfaktoren berücksichtigen.“ (Zitate aus der Kurzfassung des Gesamtergebnisses der Problemanalyse.)

Insbesondere Schichtarbeiter unterliegen einer starken Mehrfachbelastung. Bei der Synthomer Chemie und Metallgesellschaft Langelsheim geben die Arbeiter folgende Belastungen am Arbeitsplatz an (in Klammern die Bundesauswertung / Reihenfolge Schichtarbeiter, ehemalige und ohne Schicht): Lärm 53% (60%), 29% (44%), 23% (41%); Hitze: 41% (38%), 17% (26%), 18% (27%); giftige/gefährliche Arbeitsstoffe: 62% (40%), 46% (23%), 46% (23%). Ferner beurteilen die Arbeiter die personelle Besetzung der Anlagen als knapp ausreichend: 55% (53%), 54% (49%), 35% (42%); eindeutig zu wenig: 27% (19%), 13% (15%), 17% (14%). Gegen solche unerträgliche Mehrfachbelastung fordern Belegschaft und Betriebsrat der Metallgesellschaft Langelsheim seit letztem Jahr u.a. eine Betriebsvereinbarung zur Bleiarbeit. Auf der Auswertungsveranstaltung des VLK am 28.3. stehen diese Fragen an.

Bauindustrie

4%-Abschluß Bau plus Rahmentarifvertrag

Letzte Woche hat die große Tarifkommission der IG Bau Steine Erden einer Lohnerhöhung von 4% zugestimmt und fordert die Mitgliedschaft auf, das Ergebnis anzunehmen. Vorderhand mögen die 4% wenig sein, sie treffen aber mit drei unterschiedlichen Erhöhungspaketen aus dem Rahmentarifvertrag vom 1.1.81 (siehe Politische Berichte 2/81) und der Erhöhung des 13. Monatsgehalts zusammen, die man wie folgt beschreiben kann.

Es gibt Bauarbeiter, die nur die 4% kriegen; das sind diejenigen, die immer schon 5 DM Verpflegungszuschuß und auch Fahrtkostenerstattung erhalten haben, wenn die Entfernung mindestens 6 km beträgt. Die Lohnerhöhung macht bei ihnen ca. 50 DM netto vom Ecklohn (13,95 DM) aus. Ein anderer Teil bekommt 4% Tariflohnerhöhung plus ca. 100 bis 110 DM Verpflegungszuschuß. Dieser ergibt sich aus der Neuregelung der Rahmentarifvereinbarung von 5 DM je Arbeitstag, wenn die Abwesenheit von der Wohnung aus beruflichen Gründen mehr als 10 Stunden beträgt. Netto erbringt dies für diese Gruppe eine Erhöhung von ca. 150 DM. Die dritte Gruppe der Bauar-

	Stundenl. bis 31.3.81	Erhöhung in DM	ab 1.4.81 pro Monat	Erhöhung pro Monat
I Werkpolier	15,38	0,61	2766,27	105,53
II Bauvorarbeiter	14,10	0,57	2537,91	98,61
III Spezialbaufacharbeiter	13,38	0,53	2406,43	91,69
IV Gehob.Baufacharbeiter	12,28	0,49	2209,21	84,77
V Baufacharbeiter	11,94	0,48	2148,66	83,04
VI Baufachwerker	11,47	0,46	2063,89	79,58
VII Bauwerker	11,07	0,44	1991,23	76,12

beiter kann bis auf ca. 300 DM netto kommen. Diese setzen sich zusammen aus ca. 50 DM Lohnerhöhung plus 100 DM Verpflegungszuschuß plus ca. 150 DM Fahrtkostenerstattung. Letztere ist wiederum eine Neuregelung im Rahmentarifvertrag und beträgt zum Beispiel bei 20 Arbeitstagen und 20 km Anfahrt zur Baustelle 130 DM oder 6,50 DM pro Tag. Aufgrund wechselnder Baustellen ist die Fahrtkostenerstattung nicht immer gesichert. Es ist außerdem problematisch aufgrund dieser Tatsache, herauszufinden, wieviele Bauarbeiter nun was an Erhöhung bekommen.

Dazu gibt es beim 13. Monatsein-

kommen im November eine Erhöhung von 60 auf 75 Stundenlöhne und 1982 von 75 auf 90 (d.h. 1,25 Stundenlöhne pro Monat oder 0,8%).

Die üblichen Leistungszulagen im Baugewerbe werden nur auf den Tariflohn gezahlt. Die ca. 200 DM Zulagen aus Wege- und Fahrtkostenerstattung wirken aber als Nettolohnerhöhung.

Dem Vergleich mit der Forderungslage der IG Metall kann dieses Ergebnis standhalten. In den einzelnen Ortsverbänden finden außerdem noch Beratungen statt. Die Erklärungsfrist für Lohn und 13. Monatseinkommen läuft bis zum 26.3.1981.

IG Druck

Streik zur Durchsetzung eines Betriebsrates

Dannstadt. Die Landesnachrichten im ARD von Rheinland-Pfalz berichteten am 6.3., daß die Fa. Knull Druck in Dannstadt bei Ludwigshafen für zwei von insgesamt sechs Entlassenen den Lohn weiterzahlen muß. Bei dreien stünden noch die Entscheidungen aus. Das ist der 2. Bericht innerhalb von 14 Tagen über die Auseinandersetzungen bei Knull Druck.

Anlaß für die Kündigungen waren die Vorbereitungen der Beschäftigten für die Wahl eines Betriebsrates. Zehn der insgesamt 20 Beschäftigten sind in der IG Druck organisiert. Seit ca. zwei Jahren wird neben der Wahl eines Betriebsrates außerdem ein Anschlußtarifvertrag gefordert, weil P. Knull nicht Mitglied im Kapitalistenverband ist. Die Durchsetzung eines Anschluß-

tarifvertrages ist an das Vorhandensein eines BR gebunden. Nachdem Knull im Februar bekannt gab, daß er die BR-Wahlen erst in einem halben Jahr gestatten will, bestanden die organisierten Beschäftigten auf der sofortigen Durchführung. Am 19.2. gab die IG Druck mit den Betroffenen eine Pressekonferenz, auf der der Landesbezirksvorsitzende Klaus Schrinner mitteilte, daß seine Gewerkschaft die Wahl des BR notfalls mit gerichtlichen Schritten durchsetzen und auch die Kündigungen nicht hinnehmen werde. Einen Tag später verkündete Knull in einer Gegendarstellung, „wieder Ordnung in den Betrieb zu bringen“. Die Kündigungen seien wegen Auftragsrückgang erfolgt, zum Anschlußtarifvertrag sei er nicht verpflichtet. Gleich-

zeitig hatte er beim Arbeitsamt neue Arbeitskräfte angefordert.

Seit dem 23.2. streiken die Gewerkschaftsmitglieder für die Durchsetzung der Forderungen: Anerkennung der einschlägigen Tarifverträge, Rücknahme der ausgesprochenen Kündigungen, Aufhebung der ausgesprochenen Hausverbote und eigene Interessenvertretung im Betrieb. Am Mittwoch wurde dazu ein Flugblatt von ihnen in Dannstadt verteilt. Das Weiterverteilen ließ Knull per einstweiliger Verfügung verbieten. In der letzten Ausgabe des Vorderpfalz-Boten (Hrsg. Knull) sind von insgesamt acht Seiten zwei Seiten Hetze gegen die Streikenden, 1½ Seiten handschriftlich, 1 Seite per Schreibmaschine geschrieben, der Rest Anzeige.

Gerade für die Arbeiter in kleinen Betrieben ist die Durchsetzung der tariflichen Regelungen sehr notwendig, aber mit großen Anstrengungen verbunden. In Rheinland-Pfalz/Saar haben 33,5% der betriebsratsfähigen Druckbetriebe tatsächlich einen Betriebsrat. 1978 gab es:

Betriebe	Beschäftigte
100	1 – 9
61	10 – 19
51	20 – 49
22	50 – 99
10	100 – 199
7	200 und mehr

2891 (32%) von insgesamt 9013 Beschäftigten arbeiten in Betrieben von bis zu 49 Beschäftigten. In den sieben größten Betrieben waren es zusammen 3201 Beschäftigte.

Klammt in Speyer mit 500 Beschäftigten ist einer davon. Aus diesem Betrieb nahmen fünf Arbeiter an einer Schulung der IG Druck im Bezirk teil. Die insgesamt 34 Teilnehmer verabschiedeten eine Resolution und sammelten 267 DM, zwei von ihnen forderten den BR-Vorsitzenden von Klammt zur Unterstützung der Streikenden auf. Innerhalb von knapp 4 Tagen konnten den Dannstadter Kollegen 650 DM überbracht werden. Gesammelt wurde auf der Grundlage der von den Streikenden aufgestellten Forderungen. Hauptthema der Sammelaktion war das Recht auf gewerkschaftliche Betätigung. In der Fertigmacherei spendeten 100% einer Schicht, in der Gegenschicht spendeten zwei gewerkschaftlich organisierte Kollegen nach Diskussion. Vier Arbeiter von Klammt standen Streikposten. Ebenso eine Kollegin vom Verlag Neustadt a.d.W., wo auch erst im Dezember 1980 ein Obmann nach langem Kampf durchgesetzt werden konnte. Auf Initiative eines Arbeiters von Klammt konnten in Springen auf einer zentralen IG Druck Schulung 605 DM gesammelt werden.



Beschäftigte der Firma Knull-Druck GmbH mit Gewerkschaftsfunktionären

Jugendarbeitsschutz DGB Donauwörth greift Verstöße an

Augsburg. Der Bezirksjugendring Schwaben hat im Februar die laufenden Verstöße in Bayern gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz angegriffen. Der Kreisvorsitzende des DGB Donauwörth, Mitglied im Bezirksausschuß des Bezirksjugendrings Schwaben und im Jugendarbeitsschutzausschuß beim Gewerbeaufsichtsamt, hat den Höchstädter Landtagsabgeordneten Josef Grünbeck (FDP) – der, wie berichtet, sich für die Ausdehnung des Arbeitstages von Jugendlichen auf neun Stunden einsetzt – wegen Verstößen gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz angezeigt.

In welchem Ausmaß das Jugendarbeitsschutzgesetz übertreten wird, beweist der „Jahresbericht der Gewerbeaufsichtsbehörden des Freistaates Bayern für das Jahr 1979“, der Mitte 1980 erschienen ist.

In dieser Hochglanzbroschüre wird insbesondere die „Überwachung des Jugendarbeitsschutzgesetzes“ hervorgehoben. Der Bericht ist ein Zeugnis,



Der bayerische Arbeits- und Sozialminister Pirkel zeichnet einen Beamten der Gewerbeaufsicht mit der Verdienstmedaille aus.

mit welcher unglaublicher Brutalität es Kapitalisten gestattet ist, die Arbeiterjugend auszubeuten und ihre Gesundheit zu ruinieren, bis die Behörde einschreitet.

So wird berichtet, daß zwei Lehrlinge in einer Metzgerei bis zu 18 Stunden täglich und bis zu einer Wochenarbeitszeit von 80 Stunden arbeiten mußten, daß Beschäftigung während der Nachtzeit bis zu sechs Stunden in einem Zeitraum von drei Monaten die Regel war.

Ein Bäckermeister beschäftigte einen 17jährigen Jugendlichen in mindestens 50 Fällen 9 bis 11 Stunden. Der Arbeitsbeginn lag zwischen Mitternacht und 4 Uhr. Auch an den Berufsschultagen mußte der Lehrling von 3 bis 6 Uhr früh arbeiten.

Bei einer Sonderaktion im Oktober 1979 kontrollierte die Gewerbeaufsicht 3,3% der Betriebe, wobei bemerkenswert ist, daß darunter 5604 Betriebe mit unter 20 Beschäftigten waren, aber nur 17 Betriebe mit über 1000 Beschäftigten.

Bei weniger als der Hälfte der Kleinbetriebe kam es zu Beanstandungen wegen Verstößen gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz, bei den 17 Großbetrieben allein zu 15 Beanstandungen.

Das Bayerische Sozialministerium plant die Verlängerung des Arbeitstages für Jugendliche auf 8½ Stunden. Ausnahmen für die Festlegung, daß Jugendliche nur zwischen 7 und 20 Uhr beschäftigt werden dürfen, gibt es bereits viele.

Das Sozialministerium fordert darüber hinaus „wegen Gefahr der Nichterreichung des Ausbildungszieles“ Ausnahmen u.a. für Metzgereien, Bäckereien, das Metallhandwerk. „Durch die Ausbildung in zwei Schichten (könnte) sehr oft die doppelte Anzahl von Ausbildungsplätzen zur Verfügung gestellt werden“, das sind die Vorstellungen des Sozialministeriums, wie Schichtarbeit z.B. im Einzelhandel für Jugendliche eingeführt werden könnte.

Der Bezirksjugendausschuß Schwaben wendet sich in einer Resolution „energisch gegen die Bestrebungen der Staatsregierung, die gesetzlichen Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes zur täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit durch weitere Ausnahmeregelungen durch die Hintertür wieder aufzuheben.“

TU München Aktionen der Studenten gegen Mittelkürzungen

München. Am 10. und 11. Februar hatten die Landschaftspflegestudenten in Freising-Weihenstephan, einer Abteilung der Technischen Universität München, mit Vorlesungsboykott, Alternativenveranstaltungen und Sandwichdemonstrationen gegen die Ausbildungsbedingungen in ihrem Studiengang protestiert. In erster Linie wurde eine ausreichende Ausstattung mit Räumen, Lehrpersonal und -mitteln gefordert.

Am 25. Februar folgten ca. 300 TU-Studenten einem Aufruf der Fachschaften Architektur und Bau/Vermessung und besetzten mehrere Stunden einen Übungsraum im Stammgebäude der Universität. Es war bekannt geworden, daß das Rektorat den FB Bauingenieurwesen nötigen wollte, 35% aller Zeichentische ersatzlos zu streichen, da das Kunstgeschichtliche Institut (FB Architektur), das bisher



„Wissenschafts-Stopf in“: Münchener TU-Studenten besetzen Übungsraum

Räume außerhalb der TU angemietet hatte, in das Stammgebäude verlegt werden sollte.

Gleichzeitig wurde enthüllt, daß diese Maßnahmen Bestandteil weitgehender Einsparungspläne des Maier-Ministeriums und des Bayerischen Rechnungshofes an der TU sind: Der Ausbau der nach Garching ausgelagerten Ausbildungseinrichtungen soll gestoppt werden; der Neubau des Theresianums (FB Maschinenwesen), das 1979 abgerissen worden war, ist auf Eis gelegt; Institute, die bisher in angemieteten Räumen außerhalb des Stammgeländes untergebracht waren, sollen dorthin zurückverlegt werden.

Während sich seit 1976 die Anzahl der TU-Studenten um 20% auf 16103 (Wintersemester 79/80) erhöhte, blieben Fläche und Anzahl der Hörsaalplätze nahezu konstant. Wie die Angaben der Tabelle belegen, sind fast alle Fächergruppen selbst nach den Berechnungsgrundlagen der Kapazitätsverordnungen völlig überbelegt.

Das Kultusministerium sucht die beabsichtigten Kürzungen der Bundesmittel für den Hochschulbau als zusätzlichen Hebel zu nutzen, um den Ausbau der seit 1970 in Bayern neugegründeten Universitäten in erster Linie zu Lasten der Münchener Studenten durchzusetzen.

Der AStA der TU hat bisher Vorlesungsboykott und Aktionstage für das Sommersemester ins Auge gefaßt.

Studienplätze und Studierende TU München, WS 79/80

Fächergruppe	Studienplatzzahl	Studierende
Wirtsch.- und Gesellschafts.-Wiss.	421	580
Mathematik, Naturwissenschaft.	2835	3318
Agrar-, Forst-, Ernähr.-Wiss.	1185	2612
Ingenieurwiss.	4435	7323
Sport	982	517
Medizin	- *	1140
Gesamt	11100	15490

* nicht bekannt

Hamburg

Schülerzeitungen heizen den Schulpolitikern kräftig ein



Am 26.2. streikten 50000 Schüler in Hamburg gegen den Senatsentwurf eines Schulentwicklungsplanes. 27 Schulen sollen geschlossen werden, noch mehr Unterricht ausfallen. Begründet wird alles mit sinkenden Schülerzahlen. 25000 Schüler demonstrierten vor der Schulbehörde. Die Landes-

vertreterversammlung der GEW Hamburg unterstützt die Kampfmaßnahmen der Schüler und stellt selbst erneut ihre Forderungen zur Verbesserung der Unterrichtssituation auf. Die CDU fragt den Schulsenator jetzt nach Disziplinarmaßnahmen gegen streikende Schüler.

Die Schülerpresse ist immer Bestandteil der demokratischen Schülerbewegung gewesen und ist es auch heute. Große Teile dieser Bewegung in den letzten 15 Jahren haben die Zeitungen als Instrument für ihre Agitation und Propaganda geschaffen. Schon die Titel spiegeln die Interessen der Schüler an Erkenntnis und ihre Absicht zum Widerstand wider: „Sinnflut“, „Tarrantel“, „Pulverfaß“, „Wühlmaus“, „Notenblatt“, „Funke“, „Pupille“.

Hamburgs Bürgermeister Klose hatte zum 24.2. alle Schülerzeitungsredakteure ins Rathaus zu einem „Gespräch“ eingeladen. Verbote von Schülerzeitungen in den letzten Monaten hatten ihn offenbar aufgeschreckt, denn in mehreren Stadtteilen schlossen sich inzwischen Redaktionen verschiedener Schülerzeitungen zusammen,

verbotene Artikel wurden nachgedruckt.

Im überfüllten Kaisersaal demonstrierte ein Teil der Schüler ihre Forderungen nach Beseitigung jeglicher Zensur „zu freizügiger Artikel“, indem sie alle Kleider fallen ließen und sich zu Klose auf den Tisch setzten. Gleichzeitig hatten die Schüler ihm ihre Forderungen nach völliger Beseitigung jeglicher Zensur, Streichung der Behörden-Richtlinien und nach Finanzierung der Zeitungen durch den Staat übergeben.

Die Richtlinien legen fest, daß jede Zeitung zwei Tage vor Erscheinen dem Schulleiter zur Genehmigung vorgelegt werden muß. Verboten wird sie, „... wenn nach seiner Überzeugung in dieser Schülerzeitung Persönlichkeitsrechte von Mitgliedern der Schule oder Ju-

gendschutzbestimmungen verletzt werden ...“ Auf dieser Grundlage wurden z.B. Berichte von Schülern über sexuelle Erfahrungen oder Berichte über prügeln Lehrer verboten. Noch vor zwei Jahren enthielten die Richtlinien einen Abschnitt, der alle Veröffentlichungen in Schülerzeitungen, die „den Schulfrieden“ hätten stören können, verboten hat. Dieser Abschnitt wurde dann wegliberalisiert. Erhalten blieb, daß über die finanzielle Abwicklung gegenüber der Schulleitung Rechenschaftspflicht besteht. Inzwischen erscheinen deshalb immer mehr Zeitungen vor dem Schultor und umgehen so die Genehmigung durch den Schulleiter. Die Forderungen der Schülerredakteure werden von der Schülerkammer Hamburg, dem ASTA und der DGB-Jugend unterstützt.

„... Ein Junge hatte aber auch mal richtig Angst davor, daß ich seinen Schwanz streicheln könnte. Irgendwie werde ich immer sehr traurig wenn das Rumschmusen so krampfhaft wird ... Dann habe ich mit 16 oder so ein Aufklärungsbuch gelesen wo auch was über Petting drinstand. Da hatte ich gerade einen Freund mit dem ich schon lange zusammen war, und ich dachte, ich müßte es einmal ausprobieren ... weil wir einigermaßen oft rumgeschmust haben, habe ich es dann

doch mal gebracht seinen Pimmel zu küssen und fand es natürlich überhaupt nicht eklig schmeckend ... Die Wicse habe ich mir aus dem Haar gewaschen und den Mund gespült, weil wir ... ins Theater wollten ...“ (Hertz-welle). „... hat sich an unserer Schule eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich mit dem Thema „Kantine“ und ... Ernährung der Schüler befassen wird. Dies scheint wie das BAFöG ein heisses Eisen zu sein, (...) „meldeten sich sofort 12 Schüler ... „Ferner wurde diskutiert, ob man die Forderung ...

nach Bezahlung auf Staatskosten überhaupt durchsetzen kann ...“ (Funke).

„In unserem ... Gymnasium fehlen 10 Fachlehrer. Auf den Hamburger Arbeitsämtern stehen arbeitslose Lehrer Schlange ... Durch den häufigen Unterrichtsausfall können die Jugendlichen ihr gestecktes Lernziel unmöglich erreichen ... Die Vermittlung des Wissens erfolgt durch Lehrer, und was wenn diese Lehrer fehlen? ...“ (Sinnflut).

Der Funke

26. Landesweiter Feb. Schulstreik 16.00 Demo

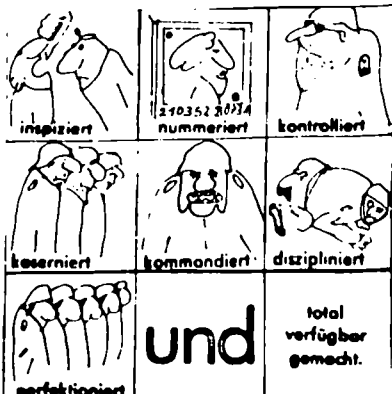
Bosenbinderhof



Der Funke ist eine Zeitschrift für Schüler und Lehrer. Sie enthält Informationen über die Schulsituation, die Rechte der Schüler und Lehrer, sowie die Meinung der Schüler. Der Funke ist eine Initiative der Schüler und Lehrer. Sie ist eine Plattform für die Meinung der Schüler und Lehrer. Der Funke ist eine Initiative der Schüler und Lehrer. Sie ist eine Plattform für die Meinung der Schüler und Lehrer.

Sinnflut

nr. 2



PLATTFORM

Infozeitung für Hamburger Schüler
Herausgegeben von der Demokratischen Jugendpresse Hamburg

für Schüler umsonst

Schulsituation Zivildienst und SO Zensur ohne Ende

„SCHRIBT DIE LEHRER SCHULFELDARBEITEN, PUNKTUNGEN, DIE ADREßATUR?“



Bundesgerichtshof Neue Maßstäbe für Strafprozesse

Heidelberg. Mit Beschluß vom 18.2.1981 hat der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofes (BGH) das Urteil von 22 Monaten Gefängnis ohne Bewährung gegen Rechtsanwalt Härdle bestätigt, indem er die Revision als unzulässig verwarf. Rechtsanwalt Gerhard Härdle war vom Landgericht Heidelberg unter Vorsitz von Richter Gutmacher am 29.5.1979 wegen Landfriedensbruch, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und angeblicher Falschaussage zu 22 Monaten Haft verurteilt worden.

Für die Einstellung des Verfahrens sprachen sich u.a. 315 Anwälte und Assessoren aus, die Bundeskonferenz der Rechtsreferendare und Rechtspraktikanten und die Rechtsanwaltskammer Karlsruhe rügte damals in ihrem Beschluß die Verhandlungsführung und insbesondere die Vorgehensweise des Landgerichts gegen die Rechte der Verteidigung.

„Die Entscheidung des BGH ist von weittragender und allgemeiner Bedeutung für verschiedene wesentliche Verfahrensfragen und bisher noch garantierte Verteidigungsrechte ...“, erklärten die Verteidiger in der Presseerklärung vom 28.2.1981.

– Mehrere Male hatte das Landgericht die gesetzliche Ladungsfrist von einer Woche nicht eingehalten, die Ladung erfolgte erst einen Tag vor der Hauptverhandlung oder am Tag der Hauptverhandlung, die Aussetzung des Verfahrens zum Zwecke der Vorbereitung der Verteidiger wurde abgelehnt.

Die BGH-Entscheidung: „Die Ablehnung der ... Aussetzungsanträge läßt Ermessensfehler schon deshalb nicht erkennen, weil den Rechtsanwälten wegen der Unterbrechung zwischen den Sitzungstagen der insgesamt etwa viermonatigen Hauptverhandlung die Möglichkeit einer ergänzenden Vorbereitung gegeben war ...“

– Das Landgericht verlangte die schriftliche Einreichung von Fragen an einen Zeugen und machte davon die Befragung abhängig.

Die BHG-Entscheidung: „Daß der Vorsitzende die Befragung bei der erneuten Vernehmung von der vorherigen Mitteilung der Fragen abhängig gemacht hat, dient der Begegnung eines zu befürchtenden nochmaligen Mißbrauchs des Fragerechts und ist deshalb nicht zu beanstanden ...“

– Das Landgericht lehnte die Beweisangebote ab mit der Begründung, es stünde nicht fest, daß der Zeuge zu dem Beweisthema überhaupt etwas sagen könnte, oder einfach wegen Uner-

reichbarkeit der Zeugen. Die BGH-Entscheidung: „Die Zurückweisung dieser Beweisangebote ... entsprach bei Abwägung des Gebots einer reibungslosen und beschleunigten Durchführung des Verfahrens einerseits und der beim Verhalten des Angeklagten und seiner Verteidiger zu erwartenden Bedeutungslosigkeit der Zeugenaussagen andererseits ...“ Das BGH überschreitet im Fortlauf noch seine Kompetenzen, indem es in seiner Entscheidung einen vom Landgericht erklärten Beweisangebot zum Beweismittlungsantrag erklärt. Insgesamt geht der BGH nur auf vier Fünftel der 2000-seitigen Revisionsklage ein.

Die Verteidiger von Rechtsanwalt Härdle erklären deshalb in einer Pressemitteilung, daß sie in Anbetracht der krassen Rechtsverstöße des BGH und denen, die es sanktioniert, Verfassungsbeschwerde einlegen werden. Eine Aktionseinheit gegen das Urteil von Rechtsanwalt Härdle hat sich in Heidelberg erneut gebildet.

Böse-Prozeß Vorverurteilung mehr als deutlich!

Freiburg. Am 4.2.1981 hat die zuständige VII. Kammer des Landgerichts Freiburg entschieden, das unter Folter zustandegekommene „Geständnis“ des Krankenpflegers R. Böse in dem laufenden Revisionsverfahren zu verwerten. Damit ist ein entscheidender Teil des BGH-Auftrages erfüllt.

Den Krankenpfleger R. Böse für den Tod von inzwischen sieben Patienten von insgesamt 20 auf der Intensivstation 1975 Verstorbenen verantwortlich zu machen und abzuurteilen, war erklärtes Ziel seit der Festnahme 1975. Es wurde die „Sonderkommission Böse“ eingerichtet, die einzig interessierte: ein Geständnis.

Dazu wurde erpreßt, gedroht, beschimpft, alles unter Ausnutzung von Ermüdung, um schließlich das Geständnis protokollieren zu können, daß Böse bei Patienten auch ohne ärztliche Anordnung Herzmittel verordnet habe. Die gesamte Beweisaufnahme des Freiburger Landgerichts brachte 1978 jedoch nicht den gewünschten Erfolg. Das unter Folter zustandegekommene „Geständnis“ konnte nicht verwertet werden. Insbesondere die Aussagen seiner Kollegen bezeugten, daß R. Böse „ein pflichtbewußter, den Patienten menschlich zugewandter Pfleger“ sei. Das Gericht mußte festhalten, daß trotz des Personalmangels, trotz Überbelastung des Personals etc. R. Böse „bis zuletzt auch nicht außer Kontrolle geraten ist“, nachdem er schon als geisteskrankter Mörder in der

Öffentlichkeit dargestellt worden war.

Die nicht bestrittenen Foltermethoden, wie die Beschimpfungen als „eiskalter Mörder“, werden zu „bedauerlichen Entgleisungen“ oder als gerechtfertigt in Anbetracht der „Schwere der Vorwürfe“ erklärt, getreu dem Auftrag des BGH. Mit dem Beschluß, das „Geständnis“ zu verwerten, ist das Gericht einen Schritt vorangekommen, R. Böse als Mörder, der sieben Menschen mit Herzmitteln umgebracht hat, zu verurteilen. Deshalb werden jetzt auch Ärzte aus Tübingen zu unerwarteten Herzinfarkten im Jahre 1973 gehört! Und von den Gutachtern, die jetzt an der Reihe sind, erwartet das Gericht die „wissenschaftliche“ Absicherung, daß R. Böse Patienten mit zu hohen Dosen Herzmitteln umgebracht hat.

Aber die Verurteilung muß nicht gelingen. Die Verteidiger von R. Böse liefern den Beweis, daß zwei weitere Patienten, die R. Böse nicht zur Last gelegt werden, offensichtlich an Überdigitalisierung gestorben sind. Diejenigen, die sich gegen den Prozeß zusammengeschlossen haben, wissen inzwischen auch mehr: man weiß, daß bei alten Menschen (alle Böse zur Last gelegten Patienten waren alt) die normale Dosis von Herzmitteln die Vergiftungsrate von durchschnittlich 10–25% auf 35–50% steigert. Man weiß auch, daß alle Patienten, die R. Böse ermordet haben soll, mit Herzmitteln behandelt wurden, ohne daß eine Digitalisbestimmung im Blut vorgenommen wurde – weil zu teuer – obwohl diese Bestimmung zur Steuerung der Therapie die Häufigkeit von Vergiftungen von ca. 14 auf 6% senkt.

Verschiedene Organisationen verbreiten diese Kenntnisse. Die Fachschaften Jura und Medizin rufen zu einer Aktionseinheit auf.

Asbest Eternit-Kapitalisten gegen Verbot

Westberlin. Die erste asbestverarbeitende Fabrik wurde in Deutschland 1870 registriert. Fast ebenso alt ist die Erkenntnis, daß das Fasermaneral Asbest Krankheit und Tod bei denen verursachen kann, die mit ihm in Berührung kommen. Bereits um 1900 wies der Engländer Murray vor einer britischen Entschädigungskommission nach, daß ein 35-jähriger Arbeiter an nichts anderem als Asbeststaub gestorben sein konnte. Seine Lunge war vollgestopft mit Asbestnadeln, wie die Obduktion ergeben hatte. Eine Anerkennung der Asbestose als Berufskrankheit wurde in Deutschland erst 36 Jahre nach dieser medizinischen Erstbeschreibung durchgesetzt. Bei asbestbe-

dingtem Lungen-, Bauch- und Rippenfellkrebs dauerte es bis zur entschädigungspflichtigen Anerkennung 10, 23 und 39 Jahre.

Die heute geltenden Arbeitsschutzbestimmungen bieten keineswegs die notwendige Sicherheit, um Erkrankungen auszuschließen. Nach vorsichtigen Schätzungen des DGB sterben jährlich viele Tausende an Asbestkrankheiten.



Tonnenweise wird Asbeststaub durch Verwitterung von Asbestprodukten frei.

Gäbe es zuverlässige Zahlen über berufsbedingte Asbestkrankheiten, so würden diese an der Spitze aller Berufskrankheiten rangieren. Die Forderung nach Verbot der Asbestverarbeitung hat durch das Eingreifen der Industriegewerkschaften auf dieser Linie und die Durchsetzung gesetzlicher Verarbeitungsverbote in anderen Ländern breiten Rückhalt bekommen. Bundesinnenminister Baum mußte vor der Öffentlichkeit für ein Verbot der Asbestverarbeitung eintreten. Die Kapitalisten reagierten darauf mit der Drohung, Zehntausende zu entlassen. Der Betriebsführer des Westberliner Eternit-Hauptwerkes Lehmann forderte: Wenn nicht Baum die Dinge wieder ins rechte Lot bringe, dann müsse der Bundeskanzler sprechen. Die Verbotsandrohung müsse zurückgenommen oder zumindest relativiert werden.

Ehrenberg hat inzwischen vor einer Asbesthysterie gewarnt und damit zu verstehen gegeben, daß er gegen ein Verbot ist. Der DGB hat dagegen seine Position noch einmal bekräftigt. In einem an Ehrenberg gerichteten Schreiben stellt DGB-Vorstandsmitglied Muhr ein 17-Punkte-Programm zur Bekämpfung asbestbedingter Krebsgefahren am Arbeitsplatz auf. Darin wird unter anderem gefordert: schrittweises Verbot von Asbest; zwingender Ersatz von Asbest durch ungefährliche oder weniger gefährliche Stoffe; Ausschluß jeglicher Staubeinwirkung durch verfahrenstechnische Maßnahmen; Senkung des Grenzwertes für Asbeststaub um das Zehnfache gegenüber der geltenden Regelung.

Westberlin Gewerkschaftsforderungen zu den Wahlen

Während die bürgerlichen Parteien noch über ihren Wahlplattformen brüten, wurde in den Gewerkschaften damit begonnen, Interessen und Forderungen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gegenüber den Parteien und dem neu zu wählenden Abgeordnetenhaus zu formulieren.

Die Forderung, Personalstellen für Schulen, Krankenhäuser etc. sowie die notwendigen Sachausgaben für die Verbesserung der Reproduktionsbedingungen der Lohnabhängigen aus den Steuern der Kapitalisten zu zahlen, wird erhoben. Die ÖTV fordert in einer Broschüre, den mit dem Nachtragshaushalt Westberlin beschlossenen Stellenstopp im Öffentlichen Dienst zurückzunehmen und dafür die Senkung der Gewerbesteuern wieder aufzuheben. Die GEW unterstützt diese Forderung ebenfalls und hat berechnet, daß allein durch Kürzung von Gewerbesteuer und Abschaffung der Lohnsummensteuer im Jahr 1981 ein Defizit von 400 Mio. DM entsteht, mehr als der gesamte Nachtragshaushalt überhaupt ausmacht. Die ÖTV fordert weiter Zwangsbewirtschaftung des Wohnungsmarkts, Einspruchsrecht der Betriebsräte bei der Organi-



Warnstreiks der IGM bei KWU

sierung des betrieblichen Gesundheitswesens und gesetzliche Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der Lohnabhängigen.

Die IG Druck und Papier hat auf der Bezirksversammlung Moabit/Charlottenburg u.a. die Forderungen nach Ganztagschulen, Inspektionsrecht der Gewerkschaften in den Schulen, Finanzhoheit der Kommunen und Rücknahme des NATO-Nachrüstungsbeschlusses aufgestellt und den DGB aufgefordert, ein gewerkschaftliches Programm zu den Senatsneuwahlen noch vor dem 1. Mai zu veröffentlichen.

Metallkapitalisten wollen den Tarif über die Lohnverhandlungen retten

Die Metallarbeiter stehen jetzt mitten im Tarifkampf, die IG Metall will mit „neuer Beweglichkeit“ die Kapitalisten zu einem Angebot über der Inflationsrate zwingen. Für die niedersächsischen Metallarbeiter stellt sich die Lage noch mal komplizierter. Die im September letzten Jahres neu aufgenommenen Manteltarifverhandlungen konnten noch nicht zum Abschluß gebracht werden und sind seit dem 15. Dezember unterbrochen.

Die IG Metall hatte einen Durchbruch vor, der den niedersächsischen Manteltarifvertrag an die Vereinbarungen von Nordwürttemberg-Nordbaden und bei VW heranbringen sollte und der sich hauptsächlich gegen die Intensivierung und den erhöhten Verschleiß der Arbeitskraft in deren Folge richtet. Das geht aus dem Forderungskatalog hervor. Gefordert wird:

- Ein garantierter Mindestakkordlohn von 130%.
- Eine Mindesterholzeit für Akkordarbeiter von 6 Minuten und Mindestbedürfniszeit von 3 Minuten je Stunde.
- Mindestarbeitsakte von 1,5 Minuten.
- Bezahlung des Akkorddurchschnittslohns für Zeitlöhner, die in Abhängigkeit von Akkordlöhnern arbeiten.
- Keinerlei Zeitvorgaben für Zeitlöhner.
- Erhöhung der Mehrarbeitszuschläge für die 1. und die 2. Stunde von 25% auf 40%.
- Zahlung einer Spätschichtzulage (14 – 20 Uhr) von 15%.
- Erhöhung der Nachtschichtzulage (20 – 6 Uhr) von 12,5% auf 30%.
- Angleichung der Reisekostenerstattung und der Kündigungsfristen zwischen Arbeitern und Angestellten.
- Wegfall der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung für die ersten drei Krankheitstage.

Der zur Zeit gültige Tarifvertrag von 1969 war bereits am 30.09.73 gekündigt worden, in Nordwürttemberg-Nordbaden waren damals die wesentlichen der oben genannten Forderungen mit großen Streiks durchgesetzt worden. In Niedersachsen konnte seitdem, jeweils im Zusammenhang mit laufenden Lohnverhandlungen, die Verlängerung der Urlaubsdauer, die Erhöhung der Urlaubsvergütung von 30% auf 50%, Kündigungsschutz für Arbeiter und Angestellte über 55 Jahre im Manteltarif verankert werden.

Daß die damals unerledigt gebliebenen Forderungen jetzt im September



wieder gestellt wurden, war durchaus kein willkürlicher Einfall der Bezirksleitung der IG Metall. Schon auf den Betriebsversammlungen im Jahre 1979 wurden von Betriebsräten Forderungen nach zusätzlichen Erholpausen für Akkordarbeiter erhoben als Ausgleich für die gestiegene Arbeitsintensität, sowie die Sicherung des Akkordlohnes von 130%. Umwälzungen in der Produktion und Durcheinanderwürfeln der Belegschaften hatte die Front der Belegschaften, die hartnäckig einen Akkordstandard von 130% und höher verteidigten, immer häufiger durchbrochen, und das Fehlen tariflicher

Vereinbarungen machte sich schmerzhaft bemerkbar. Zusätzlichen Auftrieb erhielt diese sich herausbildende Bewegung durch den VW-Tarifvertrag vom Frühjahr 1979, der einen Standardakkordlohn von 134% vorschreibt und für Akkordlöhner zusätzliche Erholungspausen von drei Minuten je Stunde vorsieht.

So verwundert es auch nicht, daß die IG Metall schnell Unterstützung erhielt. Nachdem der Kapitalistenverband in den ersten Verhandlungen keine Angebote machte, kam es zu einer Welle von Protestresolutionen von Betriebsräten und Vertrauensleuten und

„Fachleute“ – über den Akkordlohn

Unternehmerverband

„Die Akkordsätze sind so festzusetzen, daß der Arbeiter bei Normalleistung und einwandfreier Arbeit den Akkordrichtsatz (= Stundenlohn des Zeitlöhners!, d. Verf.) verdient. Der Arbeiter im Akkordlohn kann je nach seinen Leistungen einen höheren oder niedrigeren Verdienst erzielen. – Der Akkordlohn (= 100% = Zeitlohn, d. Verf.) muß gewährt werden, es sei denn, daß die Minderleistung in der Person des Arbeiters begründet ist. – In Zweifelsfällen hat der Arbeiter den Nachweis zu erbringen, daß die Minderleistung nicht in seiner Person begründet ist. (Die) Normalleistung kann erfahrungsgemäß von jedem, in erforderlichem Maße geeigneten, geübten und voll eingearbeiteten Arbeiter auf die Dauer und im Mittel der Schichtzeit erbracht werden...“ (Stellungnahme des Metallarbeitgeberverbandes in

den Lohnrahmentarifverhandlungen Nordwürttemberg-Nordbaden 1973)

Arbeitsstudien à la Bosch GmbH

„Ziel einer solchen Studie ist es, eine Arbeitsmethodenverbesserung durch weitgehende Ausschaltung solcher Elemente zu erreichen, die nicht unmittelbar zum Arbeitsfortschritt beitragen“, schreibt die Bosch MTM Information. Dazu gehören „suchen, finden, wählen, prüfen, überlegen, vorrichten, vermeidbarer Aufenthalt, unvermeidbarer Aufenthalt, Erholungspausen, halten“.

Arbeitswissenschaft

„Es hat sich gezeigt, daß Arbeitsstudienleute mit ausreichendem Beurteilungsvermögen durch Schulung und durch Übung im kritischen Beobachten und Vergleichen menschlicher Leistungen eine anschauliche Vorstellung von der Normalleistung gewinnen können.“ (aus: „REFA-Methodenlehre“)

Vergleich der Manteltarife in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und VW

Manteltarifvereinbarungen Nds.

Zuschläge:

Mehrarbeit 1. u. 2. Stunde	= 25%
für jede weitere Stunde	= 40%
Nachtarbeit 20 bis 6 Uhr	= 12,5%
Mehrarbeit zwischen 22 und 6 Uhr	= 50%
Sonntagsarbeit von 6 bis 6 Uhr	= 50%
Feiertagsarbeit, 1. Ostertag,	
1. Pfingstag, 24.12. u. 31.12.	
ab 16 Uhr, 1.1., 1.5., 17.6.,	
25./26.12., (wenn Sonntag)	= 100%
Feiertagsarbeit, (Arbeitstag)	= 125%

Akkordentlohnung

Die Festsetzung der einzelnen Akkorde hat so zu erfolgen, daß, unter Zugrundelegung der Normalleistung, sich ein Verdienst errechnet, der dem tariflichen Grundlohn entspricht (Akkordgrundlohn = 100%)

Unter Normalleistung versteht man jene allgemeingültige Leistung, die von geeigneten Arbeitnehmern nach erfolgter Einarbeitung, genügender Übung und unter den im Betrieb bestehenden Verhältnissen ohne Gesundheitsschädigung auf die Dauer erreicht werden kann...

VW-Manteltarifvereinbarungen

Zuschläge

bei Mehrarbeit Mo bis Fr	= 40%
bei Nachtarbeit	= 30%
bei Nachtschichtarbeit	= 50%
Samstags/Sonntags	= 50%
Feiertagsarbeit (arbeitsfreie Tage)	= 100%
Feiertagsarbeit (Arbeitstag)	= 150%
Nachtschicht nach Feiertagen mit Lohn/Gehalts-Weiterzahl.	= 50%

Arbeitsakte

Bei Fließ-, Fließband- und Taktarbeit hat die Arbeitsgestaltung vorrangig darauf gerichtet zu sein, den Arbeitsinhalt angemessen zu gestalten. Bei Neugestaltung von Fließsystemen wird das Unternehmen den Arbeitsinhalt pro Zyklus auf 1,5 min. planen.

Akkordentlohnung

Die VW Standardleistung (100%) entspricht der bisherigen tariflichen Akkordgruppendurchschnittsleistung (134%).

Die Arbeitsmethoden werden so festgelegt, daß sie biologisch und sozial zumutbar sind und dabei die VW-Standardleistung erreicht werden kann.

Manteltarifvertrag NRW und Lohnrahmentarifvertrag

Zuschläge für Mehr-, Nacht-, Schichtarbeit sowie Reisezeit

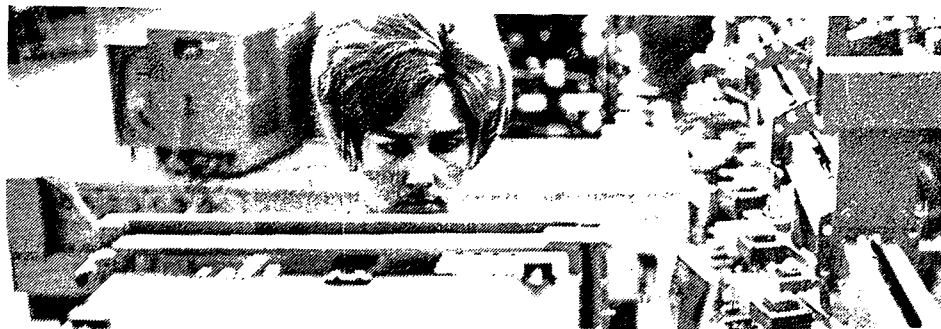
1. Der Zuschlag beträgt für
 - a. die beiden ersten täglichen Mehrarbeitsstunden = 25%
 - von der dritten täglichen Mehrarbeitsstunde an = 50%
 - b. Spätarbeit = 15%
 - c. Nachtarbeit = 25%
 - d. Nachtarbeit, soweit sie Mehrarbeit ist = 50%
 - e. Sonntagsarbeit = 70%
 - f. Arbeit am 1.1., 1. Ostertag, 1. Mai, 1. Pfingsttag, 1. Weihnachtstag = 150%
 - g. Arbeit an allen übrigen gesetzlichen Feiertagen = 100%
 - h. Spätarbeit am 24.12. von 17 bis 24 Uhr sowie Nachtarbeit in der dem 1. Weihnachtstag und dem Neujahrstag unmittelbar vorausgehenden Nacht = 150%

Verbot von Zeitvorgaben für Zeitlöhner

§9 Lohnrahmenabkommen: Zeitlohn liegt vor, wenn – außer den allgemeinen betrieblichen Arbeitsvorschriften und allgemeinen Planungsgrößen – keine Bestimmungsgrößen vorgegeben werden. Zeitlöhner erhalten je nach Leistung eine Leistungszulage, die in Prozenten auszuweisen ist. Diese Leistungszulagen müssen im Durchschnitt der Lohngruppe 2 bis 6 und 7 bis 10 mindestens 16% betragen.

Mindestlohn bei Prämienlohnarbeit

Der Arbeitnehmer hat bei Prämienlohnarbeit zusätzlich etwaiger tariflicher Zulagen mindestens Anspruch auf den tarifvertraglich festgelegten Zeitlohn je Arbeitsstunde.



Arbeitsakte dürfen 1,5 Minuten nicht unterschreiten. In anderen Tarifgebieten ist das schon lange erreicht. Das trifft auch für weitere Forderungen zu, über die nun schon über 6 Jahre mit den Kapitalisten vergeblich verhandelt wird.

Kundgebungen an den Verhandlungs-orten. Am 17.11. und am 24.11.80 wurden in über 20 Betrieben Warnstreiks durchgeführt, am 9.12. rief die IG Metall in 60 Betrieben zu Warnstreiks auf, dem folgten über 36000 Metallarbeiter. Das waren etwa 15% der Metallarbeiter des Tarifgebietes. Die Kapitalisten mußten eine abschlußreife Formulierung über einen Mindestarbeitstakt von 1,5 Minuten und einige Nebenpunkte zugestehen, prinzipiell erklärten sie sich bereit, eine Vereinbarung über höhere Schichtzuschläge und über Erholzeiten und Mindestbedürfniszeiten zu schließen. Gerade in den Punkten jedoch, auf denen die Belegschaften in Resolutionen besonders bestanden, nämlich Mindestakkordlohn von 130% und keine Vorgabe für Zeitlöhner, wollten die Kapi-

talisten nicht nachgeben. Ein Nachstoßen mit Streiks war also erforderlich. Derweil lief die Propaganda von Kapitalisten bis Lamsdorf gegen die kommenden Lohnverhandlungen. Die IG Metall mußte entscheiden, ob sie einen großen Kampf zur Verwirklichung von Lohn- und Manteltarifforderungen wagt. Die bisherigen Warnstreiks waren gerade auch von den Frauenak-kord-Betrieben der Elektroindustrie geführt worden, während der Verhandlungen wurde bei SMAG (Salzgitter) eine Betriebsvereinbarung über 130% Festakkordlohn und bei Pumpen-Loewe (Lüneburg) über eine zusätzliche Spätschichtzulage von 10 DM pro Schicht durchgesetzt.

Zum Verhandlungstag am 15.12.80 rief die IG Metall nicht zu Streiks auf, prompt zogen die Kapitalisten ihre vor-

her gemachten Angebote zurück. Die IG Metall brach die Verhandlungen ab. Die Tarifkommission beschloß zwei Tage später die Lohnforderung von 8%.

In der IG Metall Niedersachsen wird jetzt darüber nachgedacht, ob diese Entscheidung klug war. Zu Beginn der ersten Lohnverhandlungen erklärte Bezirksleiter Buhl: „Die Manteltarifverhandlungen dürfen während der laufenden Lohn- und Gehaltsverhandlungen nicht eingefroren werden.“ Die Argumente für die Manteltarifforderungen sind auch Argumente und handfeste Gründe für die Lohnforderung, es spricht vieles dafür, beides jetzt auszufeuchten; anders wäre auch die Wirkung der bisherigen Warnstreiks verpufft. Darum ist auch eine baldige Entscheidung nötig.

Bedürfnis- und Erholzeit

Manteltarif Niedersachsen § 14 (3) „Unter Normalleistung versteht man jene allgemeingültige Leistung, die von geeigneten Arbeitnehmern nach erfolgter Einarbeitung, genügender Übung und unter den im Betrieb bestehenden Verhältnissen ohne Gesundheitsschädigung auf die Dauer erreicht werden kann, wenn die in der Vorgabezeit berücksichtigten Zeiten für persönliche Bedürfnisse und gegebenenfalls auch für Erholung eingehalten werden.“ (5) „In der festgesetzten Stückzeit (Vorgabe) muß ein ausreichender Zuschlag für sachliche und persönliche Zeitverluste und gegebenenfalls auch für Erholung enthalten sein, der je nach dem Arbeitsstück und der Art der Bearbeitung, der Werkstattverhältnisse, der Werkzeuge und der Maschinen zu berechnen ist.“

Akkordpausen bei VW

Tarifvertrag über die Grundsätze der Entlohnung:

„§7 **Persönliche Bedürfniszeit.** Die Zeit für persönliche Bedürfnisse beträgt 3 Minuten in der Stunde und wird mit dem VW-Standardlohn bezahlt. Sie ist nicht Bestandteil des Zeitfaktors und wird gesondert abgerechnet.“

§8 **Erholungszeit.** Erholzeit ist die Zeit, die als Ausgleich für arbeitsbedingte Ermüdung während der Arbeitszeit zu gewähren ist. Sie ist nicht Bestandteil des Zeitfaktors ... Die Erholzeit beträgt ab 1.9.79 3 Minuten in der Stunde für die Mitarbeiter im Leistungslohn. Ab 1.9.81 ... erhalten die ... Mitarbeiter eine Erholzeit von insgesamt 5 Minuten in der Stunde.

Vorgesehene Erholungszeit wird je nach Fertigungsablauf und Fertigungskapazität durch festgelegte Erholungspausen und/oder Einsatz von zusätzlichem Personal gewährt. Die Lage der Erholungspausen ist durch Pausenplan zwischen Unternehmungsleitung und Betriebsrat der einzelnen Werke zu vereinbaren.“

Streß

Streß ist eine Reaktion des Organismus, um besondere Leistungsanforderungen zu bewältigen. Gesteuert durch das vegetative Nervensystem und

durch Hormonausschüttungen werden Herz, Lunge und Muskelapparat angeregt und Energiespeicher im Körper freigesetzt. Der Verdauungsapparat hingegen wird „abgeschaltet“. Tritt hernach ausreichende Erholung ein, kann der Organismus umschalten und wieder Reserven aufbauen. Bei Dauerstreß jedoch gehen die anregenden Hormonausschüttungen nicht vollständig auf das Normalmaß zurück; der Organismus bleibt auf Leistung geschaltet – organische Schäden sind die Folge.



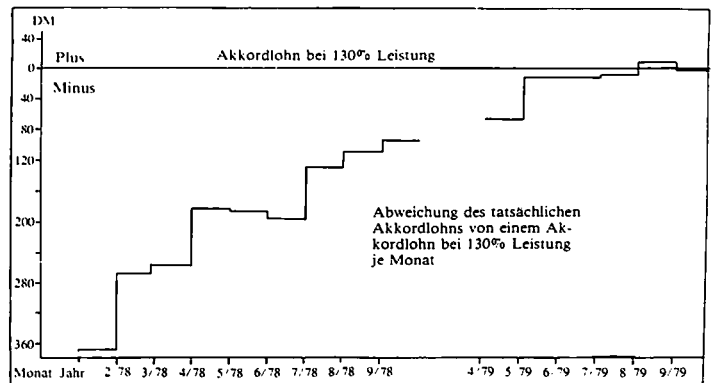
Streß im Akkord

Der Arbeitswissenschaftler Levi ließ 12 Fakturistinnen zwischen 18 und 31 Jahren abwechselnd 4 Tage unter Zeitlohn- bzw. Stücklohnbedingungen arbeiten und die Adrenalin/Noradrenalinausscheidungen messen (Hormonausscheidungen). Außerdem wurde das subjektive Befinden erhoben und die Arbeitsleistung gemessen. Das Ergebnis: Unter Stücklohn stieg die Arbeitsleistung auf das Doppelte, 50% der Arbeiterinnen klagten über Zeitdruck, Müdigkeit, Schulter- und Rückenschmerzen und Unwohlsein, bei allen aber lag die Hormonausscheidung deutlich und gleichmäßig höher als bei den Zeitlöhnerinnen. (Deppe, „Industriearbeit und Medizin“) Es fand sich unter Stücklohnbedingungen (Akkord) bei allen eine Streßreaktion, obwohl nur die Hälfte dies subjektiv empfanden. Nebenstehendes Schaubild zeigt die Streßreaktion bei geistiger Arbeit unter Zeitdruck. Nach Arbeitsende dauert die Erholungszeit wesentlich länger, als wenn ohne Zeitdruck gearbeitet wurde. Leistungsreserven mußten mobilisiert werden, die sich erst nach Arbeitsende ersetzen ließen.

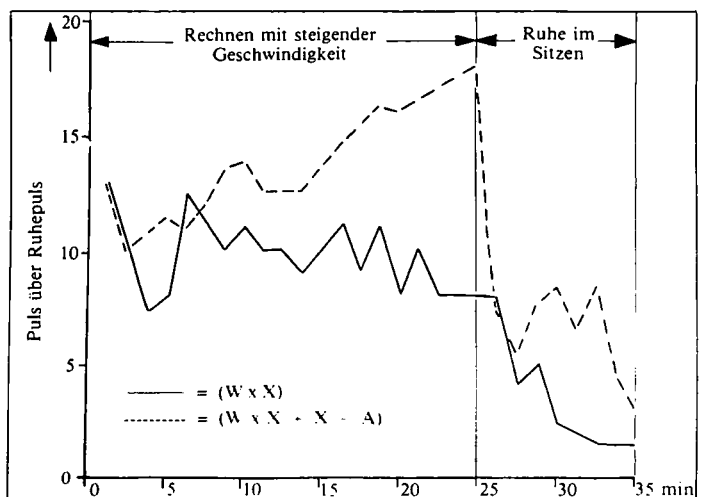
Arbeitsteilung und Vorgabezeit bei der Relaisfertigung

Arbeitsgang	Lohngr.	Rüstmin.	Vorg. Z. pro 1000 Stück
Kammrelais N			
nachjust. m. Gewicht.	1	6	1580 min
Relais temperiert.	1	—	100 min
Schraube nachziehen.	1	—	110 min
Magnetsystem verkerben Spule m. Joch.	1	10	321 min
Kammrelais mont.	1	2	329 – 761 min
Kammrel. N einhängen			
Basisplatte.	1	5	90 min
verkerben Anker.	1	10	79 min
verkerben Anker			
von Hand.	1	5	153 min
Platte festkleben.	1	10	711 min
Kammrelais just.	1	1	480 – 1000 min
Relais dicht einlegen.	1	1	60 min

Kurze Arbeitstakte erfordern einseitig überhöhte Muskel- und Nervenanspannung. Bei der Relaisfertigung (siehe Tabelle) müssen z.B. 1000 Schrauben in 110 Minuten nachgezogen werden, also alle 6,6 Sekunden eine.



Die Akkordarbeiterin bei Siemens, Braunschweig, hat ein Jahr Einarbeitungszeit gebraucht, bevor sie annähernd 130% Akkordleistung erreicht (letzte Monate fehlen im Schaubild). Im April 79 erneute Verluste durch Einarbeitung in eine andere Akkordarbeit. Beides zeigt die Höhe der Arbeitsintensität.



Verhalten der Pulsfrequenz bei kontinuierlichem Ansteigen der Rechengeschwindigkeit von 7,5 auf 21 Aufgaben pro Minute innerhalb von 25 Minuten. Nur bei der schwierigeren Rechenaufgabe, $W \times X + X - A$ statt $W \times X$, entsteht Zeitdruck, der Puls steigt dort kontinuierlich an.

US-Regierung gegen Seerechtskonvention

Die Intervention des US-Außenministeriums, die neue US-Regierung wolle die US-Position gründlich überprüfen, hat die Arbeiten an der US-Seerechtskonvention, die im nächsten Jahr unterzeichnet werden soll, in Frage gestellt. Die am letzten Montag in New York begonnenen Abschlußberatungen von 163 Nationen über den Vertragstext sollten ursprünglich Ende April abgeschlossen sein. Hintergrund des US-Schwenks: Die im Meeresbergbau engagierten US-Konzerne Lockheed, US Steel, Kennecott Copper und die Ölfirmen wollen alle Beschränkungen der Tiefseexploration durch die Konvention zu Fall bringen: die Kontrolle des Meeresbodens durch eine internationale Behörde, Vergabe von Schürfungsgebieten zu gleichen Teilen an Industrie- und Entwicklungsländer, Technologietransfer an die Behörde. Dabei hatten die USA in den bisherigen Verhandlungen ihre Interessen weitgehend sichern können – nahezu uneingeschränkte Ausbeutung des US-Kontinentalschelfs, Beschränkung der Territorialgewässer auf 12 Meilen, freie Durchfahrt durch alle Meerengen. Deshalb hatte das Pentagon

Brasilien: Prozeß gegen Gewerkschafter

Wegen „Aufrufs zum kollektiven Ungehorsam“ hat ein brasilianisches Militärgericht am 25.2. in Sao Paulo zehn Gewerkschafter zu Haftstrafen zwischen zwei und dreieinhalb Jahren verurteilt. Die Angeklagten hatten im letzten Frühjahr einen 41tägigen Streik der 250000 Metallarbeiter der Vorstädte von Sao Paulo geleitet, wo die imperialistischen Autokonzerne ihre Werke haben. Die Forderungen waren Lohn-erhöhung, Kündigungsschutz und Recht auf Vertrauensleute. Die Regierung erzwang den ergebnislosen Abbruch des



Streiks, indem sie die gewählten Gewerkschaftsvorstände absetzte und verhaftete. Zu dreieinhalb Jahren verurteilt wurde jetzt u.a. der frühere Vorsitzende der Metallarbeitergewerkschaft von Sao Bernardo (Sitz von VW do Brasil)

Luis Inacio da Silva, genannt Lula. Der bekannteste brasilianische Gewerkschaftsführer ist zugleich Vorsitzender der 1980 gegründeten Partei der Werktätigen PT. Vor dem Prozeß, an dem Angeklagte und Verteidiger wegen Einschränkungen der Verteidigerrechte und der Öffentlichkeit nicht teilgenommen haben, besuchte Lula Anfang 1981 verschiedene westeuropäische Gewerkschaften. IGM-Vorsitzender Loderer erklärte bei einem Treffen (Bild), den „deutschen Multis“ müsse klargemacht werden, daß die Arbeiter in ihren Tochterbetrieben „nicht wie der letzte Dreck behandelt werden dürfen“.

bislang die Konvention unterstützt. – Schützenhilfe konnten die USA von der BRD bekommen. Die Bundesregierung will ebenfalls auf Revision dringen.

Vermittlung im Krieg Iran-Irak

Die islamische Gipfelkonferenz hatte eine Kommission eingesetzt, um im Krieg zwischen Iran und Irak zu vermitteln. Am 5.3. hat die Kommission unter Vorsitz des guineischen Präsidenten Sekou Touré nach Besuchen in Teheran und Bagdad einen Vorschlag

gemacht: Waffenstillstand ab 12.3., schrittweiser Rückzug Iraks ab 20.3., Aufstellung einer Friedenstruppe aus nicht-arabischen islamischen Staaten an der Grenze. Während Irak die iranische Führung aufgefordert hat, „die Chance zu ergreifen, die ihr die islamische Mission zur Herstellung des Friedens bietet“, hat Iran den Vorschlag abgelehnt. Waffenstillstand und Rückzug müßten gleichzeitig beginnen, und Irak müsse sich wieder an das Algierer Abkommen von 1975 halten. Der Konflikt darüber hatte den Krieg ausgelöst.

Lehrerstreik im Westjordanland

Mit einem Generalstreik haben die Lohnabhängigen im Westjordanland am letzten Dienstag den Streik unterstützt, den die 7200 palästinensischen Lehrer seit Jahresbeginn führen. Die Lehrer fordern den gleichen Lohn, der in Israel gezahlt wird, bisher verdienen sie nur die Hälfte. Die zionistische Kolonialverwaltung weigert sich zu verhandeln. Ihre Rechnung: Die Hungerlöhne treiben die palästinensischen Lehrer in die arabischen Nachbarstaaten, wo sie besser verdienen können, und das arabische Schulwesen in den besetzten Gebieten (200000 Schüler) wäre so auszutrocknen.

Zimbabwe: Neues Wirtschaftsprogramm

„Eine egalitäre sozialistische Gesellschaft unter demokratischen Bedingungen“ ist das Ziel des langfristigen Wirtschaftsprogramms Zimbabwes, erklärte der Minister für Wirtschaftsplanung und -entwicklung Chidzero am 25.2. Das Programm sieht u.a. vor: höhere Agrarinvestitionen und effektivere und gerechtere Landverteilung und -entwicklung; gerechtere Verteilung des Besitzes, mehr Kontrolle und Mitbestimmung in der Wirtschaft durch Staatsbürger und den Staat; Förderung arbeitsintensiver Wirtschaftsunternehmen und Technologien; Ausbau der Sozialleistungen für untere Einkommensgruppen. Auslandsinvestitionen in Teilbereichen der Wirtschaft sind möglich, unter Beteiligung Zimbabwes an den Firmen.

GB: Große Kämpfe gegen Rassenunterdrückung

6000 schwarze Jugendliche demonstrierten am 2. März in London gegen den Rassismus. Als das Polizeiaufgebot von mehr als 2000 Mann die Demonstration angriff, setzten sich die Jugendlichen zur Wehr, warfen Flaschen auf die Polizisten und räumten laut Presseberichten einige Juweliersgeschäfte in der Innenstadt leer. 23 wurden verhaftet. Anlaß der Demonstration war die Verschleppung der Polizeier-

mittlungen wegen eines Brandanschlags auf ein Haus in einem von Einwanderern bewohnten Slum im Londoner Süden. In dem Haus feierten junge Schwarze eine Party. 13 kamen bei dem Brand ums Leben.

Premierministerin Thatcher brauchte fünf Wochen, bis sie sich zu einem Wort des Bedauerns über den Massenmord durchringen konnte. Mit ihrem Staatsbürgerschaftsgesetz,

das die Entrechtung der rund 2 Mio. farbigen Einwohner Großbritanniens befestigen soll, verfißt sie selbst Rassismus. (Pol. Ber. 4/81). Die schwarzen Jugendlichen, die die Demonstration organisiert haben, vermuten, daß der Anschlag von einer der wuchernen faschistischen Terrorbanden verübt worden ist. Die Mitgliederzahl von rassistischen Organisationen wie der „Nationalen Front“ beträgt mittlerweile 15000. Zur Schürung des Rassismus nutzt die Bourgeoisie die riesige Arbeitslosenrate von 2,5 Millionen. Weißen Jugendlichen wird eingeredet, die Einwanderer nähmen ihnen die Arbeitsplätze weg, einige schließen sich den reaktionären Banden an. Junge Schwarze können ohnehin kaum mehr Arbeit finden. Bereits im letzten Jahr hatten in Bristol Farbige rebelliert und Polizeiautos in Brand gesteckt. Der politische Kampf gegen die rassistische Unterdrückung hat mit der Londoner Demonstration einen Fortschritt gemacht.



„Amerikas neuer Anfang“ — Großangriff gegen die US-Arbeiterklasse

Als geschichtlichen Wendepunkt feiert die US-Presse das Wirtschaftsprogramm der neuen Regierung, betitelt „Amerikas neuer Anfang“. Bestellte Meinungsumfragen signalisieren überwältigende Zustimmung für den Kurs Reagans, der gerade von einem Viertel der Wahlberechtigten — über 50% gingen nicht zur Wahl — gewählt worden ist.

Hauptsächlich durch Kürzung bei den Sozialausgaben soll das Anwachsen des Staatshaushalts in den nächsten Jahren beschnitten werden, 1982 um 41,5 Mrd. \$ auf 695,5 Mrd. \$. Der Rüstungsanteil am Staatshaushalt wird

schichten (25 Mio. leben unter der Armutsgrenze) wird die Spaltung der Arbeiterklasse noch vorantreiben und das Riesenheer der Lohnarbeiter vergrößern, die sich zu unwürdigsten Bedingungen verkaufen müssen. Die zersetzende Wirkung auf den Klassenkampf ist kalkuliert, ebenso wie das unvermeidliche Ausbrechen verzweifelter Aufstände, die wie im Januar in Miami brutal niedergeschossen werden.

Das Wirtschaftsprogramm beschleunigt auch die Verelendung der Masse der Arbeiter und kleinen Angestellten, deren Löhne seit der Krise 73/74 fortwährend gedrückt wurden und von de-

Reagans „Sozial“-programm

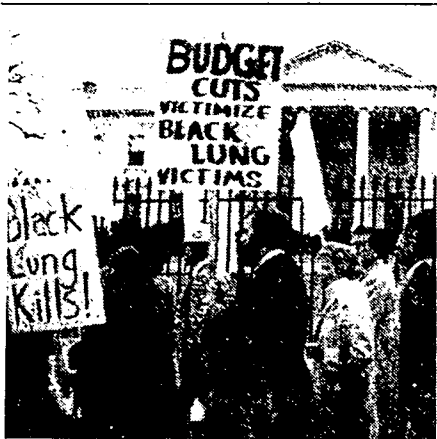
Arbeitslosenhilfe: Die meisten Bundesstaaten zahlen 26 Wochen durchschnittlich 300 \$ monatlich. Die Zahlung für weitere 13 Wochen durch den Bund bei einer Arbeitslosenrate von 4,5% wird gestrichen. Nach 13 Wochen muß jetzt der Arbeitslose jede Arbeit annehmen. Die besonderen Hilfen für Arbeitslosigkeit durch Importkonkurrenz (Auto-, Stahlindustrie) werden gestrichen.

Arbeitsbeschaffung/Umschulung: Das 3,7-Mrd.-\$-Programm wird gestrichen. In New York sind allein 11000 betroffen.

Berufsunfähigkeitsrenten: 20% der ca. 3 Mio. Bezieher wird die Zahlung gestrichen, darunter 77000 Bergleuten mit Staublunge (Bild: Demonstration vor dem Weißen Haus).

Lebensmittelmärkte: Trotz 12% Inflation Senkung der Familieneinkommensgrenze von 14000 \$ auf 11000 \$. 21 Mio. leben von Lebensmittelmärkten.

Sozialhilfe: Streichung des Minimums von 122 \$ monatlich.



Medicaid: Kürzung der Gesundheitsversorgung für Bedürftige unter 65.

Stipendien: Streichung von Sozialhilfe für 770000 Studenten. Vergabe von Studentenkrediten nur bei Bedürftigkeit und sofortiger Zinszahlung (9%).

Farmer: Beihilfen und Kreditmittel für Bauten, Bewässerung und Landkauf werden um 25% gekürzt.

dagegen von 24,1% 1981 auf 32,4% 1984 steigen. Steuererleichterungen kommen neben den Unternehmen vor allem den höheren Einkommen zugute: Die Senkung der Einkommenssteuer bringt bei einem durchschnittlichen Familieneinkommen von ca. 20000 \$ 1982 300 \$, bei 100000 \$ dagegen 3343 \$. Unter den Höchststeuersatz von 50% fallen künftig erst Einkommen über 215000 \$ (bisher 60000 \$). Zu den für die Ausbeutung „unützen und hemmenden Bestimmungen“ (Reagan) gehören u.a. der Mindestlohn (derzeit 3,35 \$), der für Jugendliche und Teilzeitbeschäftigte nicht gelten soll, sowie die im Vergleich zu Westeuropa minimalen Sicherheitsauflagen, von denen Reagan als erstes Kleinbetriebe ausnehmen will.

Der brutale Angriff auf die Elends-

nen Millionen arbeitslos sind. Lediglich für die am besten bezahlten Arbeiter und mittlere Angestellte bringt die Steuersenkung eine spürbare Entlastung, auch wenn man die diesjährige Erhöhung der Sozialversicherungssteuer und die Steuerprogression in Rechnung stellt.

Gegen die Kürzung der Sozialausgaben hat die Bergarbeitergewerkschaft ihre 200000 Mitglieder zu einem zweitägigen Streik aufgerufen. Der AFL/CIO, Dachverband von 102 Gewerkschaften, fordert u.a. die steuerliche Entlastung der niedrigen Einkommen und die Beibehaltung der Arbeitslosenhilfe-Programme. Eine Konferenz von 150 Gewerkschaften, Bürgerrechtsorganisationen und Farmverbänden hat Widerstand gegen das Reagan-Programm angekündigt.

Allerdings ist die Position der Gewerkschaften schwach. Sie haben sich in den patriotischen Taumel hineinziehen lassen, mit dem die US-Bourgeoisie die öffentliche Meinung für die weltweite wirtschaftliche und militärische Offensive breitzuploßt. Sie fordern u.a. Importbeschränkungen und befürworten die forcierte Aufrüstung. Stagnierende Mitgliedszahlen und tradeunionistische Beschränktheit erschweren es ferner, daß sich der Widerstand der Arbeiterklasse, der nationalen Minoritäten und der Farmer um die Gewerkschaften formieren kann. Der AFL/CIO will jetzt seine Lobby in Washington verstärken und durch Abkommen mit *einzelnen* Kapitalisten der Aushöhlung gesetzlicher Schutzrechte begegnen. Zu dem Zweck hat er ein Komitee mit den Bossen der größten US-Konzerne gebildet und dafür seine „Unterstützung des kapitalistischen Systems“ offeriert.

Es ist zu befürchten, daß die Front der US-Arbeiterklasse gegen diesen Großangriff der Kapitalistenklasse in zersplitterten, wenngleich mit äußerster Härte geführten Kämpfen aufgegeben wird, was zu einem erheblichen Druck auf das internationale Proletariat führen muß.

Griechenland Bauern fordern höhere Agrarpreise

Am 23. Februar haben die griechischen Bauern eine Aktionswoche mit einem Streik eingeleitet. Es wurden keine Milch, keine Eier und kein Geflügel verkauft. Der Vorsitzende des Bauernverbandes, Bazianis, erklärte, daß der Streik sich gegen die Preispolitik der EG richte. Die Bauern fordern höhere Preise für Agrarprodukte, außerdem zinsgünstige Kredite und eine bessere Altersversorgung. Zentrum des Streiks waren Kreta, Mittelgriechenland und Teile des Peloponnes.

Griechenland war mit Beginn des Jahres 1981 das 10. Mitglied der EG geworden. Der Anschluß Griechenlands soll sich innerhalb von sieben Jahren vollziehen. In dieser Übergangszeit sollen die griechischen Preise und die EG-konformen Beihilfen schrittweise an das Niveau der EG angepaßt werden und die Restzölle beseitigt werden. Die griechische Landwirtschaft exportiert 40% ihrer Agrarprodukte in die EG. Hauptexportgüter sind frische und konservierte Früchte und Gemüse, Tabak, Baumwolle und Wein. 24% der Lohnabhängigen arbeiten in der Landwirtschaft.

Nur 30% des Bodens können landwirtschaftlich genutzt werden, weil das Land sehr bergig ist. Große Probleme

gibt es auch mit der Bewässerung. Es gibt ca. 1 Million landwirtschaftlicher Betriebe, von denen 80% unter 4,8 ha liegen. Im Durchschnitt haben die landwirtschaftlichen Betriebe 3,6 ha. Der EG-Durchschnitt liegt bei 9,6 ha pro Betrieb. Für die EG ergibt das ein „Strukturproblem“, Griechenland sei nicht konkurrenzfähig. Ziel ist, die Betriebe, die unter oder knapp über der Rentabilitätsgrenze liegen, zu beseitigen. Die griechische Regierung verfolgt dabei eine Politik der Subventionierung der Bauern, die sich zu Kooperativen zusammenschließen, die auch Verkaufskooperativen sind. Diese Politik wird von der EG unterstützt.

In diesem Jahr werden in Griechenland Wahlen sein. Die Regierung Griechenlands hat den Beitritt in die EG forciert. Die Oppositionspartei, die Panhellenistische Sozialistische Bewegung, geführt von Papandreou, ist gegen den Beitritt in die EG. Viele Bauern unterstützen diese Partei.

Der Streik der Bauern wurde wegen der Erdbeben in Griechenland unterbrochen, soll aber fortgesetzt werden.

Frankreich Vertrauensbildende Maßnahmen vor Wahl

„Adieu der Solidität des Franc und der Freiheit des Unternehmers, adieu der nuklearen Unabhängigkeit und der Rolle Frankreichs in der Welt.“ Das Land steuere auf wirtschaftlichen und politischen Verfall zu, wenn die Linke die Wahl gewinne; er werde alles tun, Frankreich dies zu ersparen. Pathetisch präsentierte Staatspräsident Giscard d'Estaing der Kapitalistenklasse am 2.3. seine erneute Kandidatur für die Präsidentschaft. Die Lohnabhängigen empfangen die Botschaft, daß er in seiner Wahlkampagne aufzeigen werde, wie Frankreich der „schwersten wirtschaftlichen Krise seit fünfzig Jahren“ begegnen könne, und daß er die Zukunft der Jugend, v.a. das Problem der Arbeitsplätze, zum zentralen Thema dieser Kampagne machen werde.

Ministerpräsident Barre hatte eine Woche zuvor vor dem Ministerrat weniger poetisch dargelegt, wie Präsident und Regierung das erschütterte Vertrauen von Teilen der Bourgeois (s. Pol. Ber. 4/81) zurückgewinnen und die Arbeiterbewegung in Zaum halten wollen: „Ein Unternehmen darf nur zahlen, was es zahlen kann. Im Interesse der Lohnabhängigen ... muß künftig gewählt werden zwischen dem Rhythmus der Lohnerhöhungen und

dem Niveau der Arbeitslosigkeit.“ In diesem Sinne verabschiedete der Ministerrat einen Maßnahmenkatalog, mit dessen Hilfe „200000 Arbeitsplätze erhalten bzw. geschaffen werden sollen, ohne die Belastung der Unternehmen zu erhöhen.“

Im Einzelnen ist vorgesehen:

- die Entfaltung der Teilzeitarbeit über die Schaffung von 100000 Teilzeitarbeitsplätzen in der Industrie und 50000 im öffentlichen Dienst. 1980 war die gesetzliche Grundlage für Teilzeitarbeit auch für Beamte geschaffen worden, jetzt soll allen Kapitalisten bei Umsteigen auf Teilzeit Finanzhilfe gewährt werden.
- die zeitweise und örtlich begrenzte Frühverrentung ab 55 Jahren (in Zonen besonders hoher Arbeitslosigkeit)
- der Appell an die Kapitalisten, anstelle von Entlassungen Kurzarbeit vorzunehmen. Die Regierung verspricht dabei Übernahme eines Teils



Streik gegen geplante 4000 Entlassungen bei Rhone-Poulenc-Textil

der Sozialversicherungskosten der Kapitalisten. Den Lohnabhängigen soll der Lohn mit einer „Kurzarbeitsversicherung“, die aus der Arbeitslosenversicherung finanziert wird, geringfügig aufgestockt werden. Lohnausgleichszahlungen der Kapitalisten gibt es bis heute nicht.

– „Berufsausbildungsmaßnahmen“ für 400000 jugendliche Schulabgänger 1981/82 anstelle der bisher vorgesehenen 200000. Dabei handelt es sich im wesentlichen um die billige Ausbeutung der Arbeitskraft in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Umwälzung des Arbeiterkörpers durch Frühverrentung und Einsaugung jugendlicher Arbeitskraft, Intensivierung der Arbeit durch Teilzeit, Senkung des Lohnstandards über Kurz- und Teilzeitarbeit, das erwartet die Finanzbourgeoisie von diesem Plan. 1,7 Mio. Arbeitslose, darunter 700000 Jugendliche, 1,1 Mio. Leistungsempfänger, der Rest ohne Unterstützung, scheinen ihr Garant genug für seine Durchsetzung und Hoffnungsschimmer, über höhere Produktivität erlitte-

ne Einbrüche gegenüber der imperialistischen Konkurrenz wettzumachen.

Tatsächlich sammelt die französische Kapitalistenklasse gegenwärtig einige Verlustpunkte. Die Produktion ist Anfang 81 auf dem tiefsten Stand seit Jahren und sackt jetzt auch in den traditionell starken Bereichen wie Automobilindustrie und Elektronik (– 24% bzw. – 4% im Januar). Für das erste Halbjahr wird ein Rückgang um – 8% erwartet. Die Investitionen fallen um ca. 2% gegenüber den Vorjahresmonaten, wobei der Rückgang bei Verbrauchsgegenständen und Halbfertigprodukten besonders drastisch ist. Das Minus in der Handelsbilanz ist von 13,6 Mrd. FF 1979 auf 60 Mrd. 1980 angewachsen, die Zahlungsbilanz rutschte 1980 erstmals seit Jahren mit 31 Mrd. ins Defizit. Die Auslandsanleihen zur Deckung des Defizits verdoppelten sich auf 21 Mrd. FF.

Giscards Vorschläge entsprechen den Forderungen der Kapitalistenklasse. Ob sie greifen, hängt entscheidend davon ab, inwieweit die Demagogie der „Arbeitsplatzsicherung gegen Lohnverzicht“ unter den Arbeitern greift. Deren Kampftätigkeit läßt eher auf das Gegenteil schließen. Das kann Giscard die Wiederwahl kosten.

VR China Haushalt 81: Investitionen um 45% gekürzt

Fünf Monate nach Verabschiedung durch den Volkskongreß ist der Haushaltsvoranschlag 1981 Makulatur. Yao Yilin, Vorsitzender der Staatsplankommission, verkündete jetzt eine drastische Revision des Budgets: Die Staatseinnahmen, mit 115,4 Mrd. Yuan (154 Mrd. DM) angesetzt, werden einschließlich Kreditziehung von 8 Mrd. bei unteren Regierungsebenen auf 97,6 Mrd. kalkuliert. Die Ausgaben werden auf 97,6 Mrd. Yuan (ursprünglich 120 Mrd.) beschnitten.

Gekürzt werden die Investitionen um 45% auf 30 Mrd. Yuan. Weitere unwirtschaftliche Industriebetriebe – auch in entlegenen, rückständigen Landesteilen – werden stillgelegt. Daneben wird der Verteidigungsetat (20 Mrd. Yuan) um ca. 5% gekürzt, außerdem die Verwaltungsausgaben. Nicht betroffen sind Mittel für Landwirtschaft und Leichtindustrie, für das Gesundheits- und Bildungswesen. Das Personal in Bildungs- und Forschungseinrichtungen und der Staatsorgane wird Gehaltserhöhungen bekommen.

Die Budgetrevision soll einen Ausgleich zwischen Kreditschöpfung und Eigenmitteln schaffen, den aufgeblähten Geldumlauf unter Kontrolle brin-

gen und die Preisentwicklung stabilisieren. Das war auch das Ziel des Haushaltsvoranschlags vom letzten Herbst. Die erneute Revision und das Fehlen von Wirtschaftsplänen für 1981 wie auch für die Zeit bis 1985 deuten darauf hin, daß die Wirtschaftslage schwierig ist und die ökonomischen Beziehungen in der Planwirtschaft tief gestört sind. Wo liegen die Ursachen?

– Das gigantische Modernisierungsprogramm, das jetzt zu Unrecht hauptsächlich Hua Guofeng angelastet wird, zielte im Gegensatz zum Großen Sprung 1958/59, der ein niedriges Niveau der Industrialisierung im ganzen Land schuf, auf den Aufbau modernster Produktionen. Die Geldmittel wurden teilweise durch Kredite und Notenpresse beschafft.

– Die Dezentralisierung von Wirtschaftsbefugnissen, verbunden mit marktwirtschaftlichen Mechanismen, hat die Staatsplanung z.T. außer Kraft gesetzt, ohne daß aber der Markt die Steuerungsfunktion übernahm. So konnten die Provinzen 1980 das Zweieinhalbfache des Etatansatzes für Investitionen ausgeben und Betriebe über 10 verschiedene Kanäle Geldmittel für nichtgeplante Investitionen besorgen. Der Rückgang der Staatseinnahmen dürfte u.a. auf den – teilweise unplanmäßigen – Verbleib von Gewinnen bei den Betrieben zurückgehen.

– Die Anhebung der Ankaufpreise für Agrargüter (s. Pol. Ber. 3/81) hat Preissteigerungen ausgelöst. Wie der Produktionsrückgang für Traktoren (– 6,2%) und Handtraktoren (– 17,9%) im 1. Hj. 80 nahelegt, hat die Maßnahme aber weniger die Akkumulation der Kommunen und Brigaden und ihre langfristige Produktionssteigerung, sondern vor allem die Privatproduktion auf dem Hofland gefördert. Sie hat außerdem die Entstehung von Schwarzmärkten begünstigt.

Können die Investitionsstreichungen die Probleme lösen? Nur zentral über den Staat können in der VR China die gewaltigen Mittel aufgebracht werden, die für die Entwicklung der Produktivkräfte und den Ausbau der Infrastruktur – Verkehrswege, Energieversorgung – nötig sind. Zwar erwähnte Yao Yilin in der Etatrede die Engpässe der Infrastruktur, aber die Produktion von rollendem Material für die Eisenbahn ist im 1. Hj. 80 um 13% gesunken. Die Veraltung der Industrieanlagen, die meist aus den 50er Jahren stammen, ist ein weiteres Problem.

Die chinesische Regierung hat in letzter Zeit die zentrale Planung wieder gestärkt. Ob damit wieder ein planmäßiger Wirtschaftsaufbau, wie er von der KPCh unter Mao Zedong und Zhou Enlai begonnen wurde, in Gang kommt, ist offen, denn die übereilten Reformen haben offenbar das Gefüge der Planwirtschaft erschüttert.

Japan Frühjahrsoffensive der Gewerkschaften

9,3% mehr Lohn – das sind etwa 18000 Yen (184 DM) für einen 35jährigen Arbeiter mit 15jähriger Betriebszugehörigkeit – hat die Führung der Stahlarbeiterföderation im Internationalen Metallarbeiterbund-Japan Council (IMF-JC) für die diesjährige Frühjahrsoffensive der japanischen Gewerkschaften gefordert. Die Tarife in allen wichtigen Gewerken laufen zum 1. April aus. Angesichts von fast 8% Inflation, einem Reallohnverlust von etwa 2% 1980 und angekündigten Steuererhöhungen der Regierung ist diese Forderung auf Kritik der anderen Gewerkschaftsverbände gestoßen.

Der Gewerkschaftsverband Sohyo (4,5 Mio. Mitglieder, meist in Staats-



5.3.: 70000 demonstrierten auf den Aufruf des Komitees für die Frühjahrsoffensive

unternehmen und im Öffentlichen Dienst) verlangt mindestens 10% (= 20000 Yen), ebenfalls die Gewerkschaft der Fernmeldearbeiter mit 290000 Mitgliedern, während die Postarbeitergewerkschaft 12,4% fordert. Die Eisenbahnergewerkschaft Doryokusha bereitet für ihre Forderung von 15,9% mehr Lohn einen dreitägigen Streik im April vor.

In der Frühjahrsoffensive haben sich seit den 60er Jahren die auf Branchenebene organisierten Gewerkschaftsverbände (die Gewerkschaften selbst bilden sich auf Unternehmensbasis) zusammengeschlossen und handeln die Tarife für 10 Mio. Gewerkschaftsmitglieder (80% aller Organisierten) von insgesamt 39 Mio. Lohnarbeitern aus. Lohnführer ist der IMF-JC, der die Arbeiter der Stahl-, Auto- und Elektrokonzerne zusammenfaßt.

In den letzten 10 Jahren, vor allem in den Kämpfen von 1974, wo die Gewerkschaften Lohnerhöhungen zwischen 33% und 55% durchsetzten, konnte die japanische Arbeiterklasse

den Abstand zum Lohnniveau in den anderen imperialistischen Ländern verringern. Die BRD-Löhne in der Industrie waren 1970 mehr als doppelt so hoch wie in Japan, 1978 dagegen noch um 43% höher (ohne Berücksichtigung der Kaufkraft). Unter dem Druck der Arbeitslosigkeit (1,5 Mio. 1980) und der Niedriglöhne in den Klein- und Mittelbetrieben konnten die Kapitalisten in den letzten Jahren allerdings Lohnsenkungen erzwingen.

Lohnunterschiede nach Unternehmensgrößen

Jahr	ü. 500	100-499	30-99	5-29
	Beschäftigte			
1960	100	73,6	65,8	54,2
1970	100	83,4	76,2	71,4
1978	100	84,6	73,5	69,2

Löhne i. Unternehmen mit über 500 Besch. = 100

Ein weiteres Hemmnis für den gewerkschaftlichen Kampf ist die lebenslange Betriebsbindung der Arbeiter und Angestellten in den kampfentscheidenden Großbetrieben. Sie kommen nur mit wachsendem Lebensalter und Betriebszugehörigkeit in höhere Lohnstufen und haben dann erst Anspruch auf Bonusse, Abfindungen und Betriebsrenten. 1979 betrug der Lohn eines 55jährigen Industriearbeiters in der Großindustrie mehr als das Doppelte eines 25jährigen. In der Krise können die Kapitalisten unter diesen Bedingungen leichter Lohnsenkungen erzwingen – der Abschluß in der Schiffbauindustrie lag 1980 bei 2,6% gegenüber 6,8% in der gesamten Industrie.

Die japanischen Gewerkschaftsverbände verbinden die Frühjahrsoffensive 1981 mit einer Kampagne für Steuerensenkungen und gegen die Aufrüstungspolitik der Regierung. Besondere Anstrengungen sollen zur Anhebung der Löhne in den Kleinbetrieben unternommen werden.

Südliches Afrika Sowjetunion schickt Kriegsschiffe

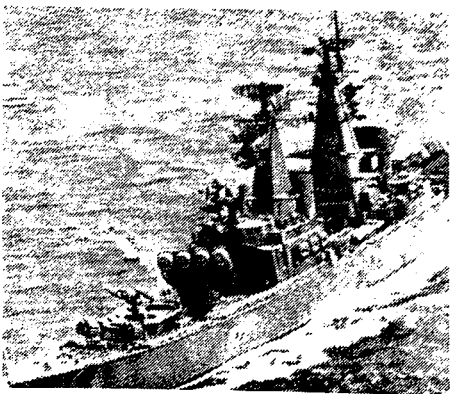
Die Sowjetunion hat zwei Kriegsschiffe in die mozambiquanischen Häfen Beira und Maputo geschickt. Der UdSSR-Botschafter in Mozambique Vdovin sagte auf einer Pressekonferenz am 21. Februar, weitere würden folgen. „Wir bedrohen niemanden, aber wenn uns oder unsere Freunde jemand angreift, werden wir eine angemessene Antwort geben“, erklärte Vdovin. Bezeichnenderweise wurde das Einlaufen der beiden Schiffe (die nicht permanent bleiben sollen) vom sowjetischen Botschafter, nicht von der Regierung Mozambiques bekanntgegeben.

Diese Einmischung der sozialimperialistischen Supermacht folgte unmittelbar dem Überfall südafrikanischer Söldnertruppen auf Mozambiques Hauptstadt Maputo, bei dem die Söldner zehn Mitglieder der Befreiungsorganisation African National Congress (ANC) umbrachten.

Seit der Befreiung Mozambiques vom Kolonialismus im Jahre 75 versuchen die Sozialimperialisten, ihren Einfluß auf Mozambique auszudehnen, allerdings mit wesentlich weniger Erfolg als in Angola, wo sie bis heute kubanische Hilfstruppen stationiert haben. Zwischen Mozambique und der Sowjetunion besteht seit 1977 ein Freundschafts- und Kooperationsvertrag, aber sowjetische Truppen sind nicht im Land. Die DDR gehört zu den Hauptabnehmern landwirtschaftlicher Produkte Mozambiques.

Bei ihrem Vorstoß mit der Entsendung von Kriegsschiffen kalkulieren die Sozialimperialisten mit der Empörung im Südlichen Afrika über die hinterhältigen Überfälle des südafrikanischen Kolonialregimes. Hochgerüstet von den nordamerikanischen und westeuropäischen Kolonialherren, können sich die Siedler relativ ungestraft Überfälle auf Angola, Mozambique und Botswana leisten und Namibia weiterhin besetzt halten.

Der südafrikanische Premierminister Botha nahm die sozialimperialistische Einmischung zum Anlaß neuer



Drohungen. Sowjetische Drohungen gegen Südafrika würden sein Land nicht von Angriffen auf „Terroristenbasen“ in anderen Ländern abhalten, sagte er in einem Rundfunkinterview am 23. Februar. – Am 6. März stimmte die UN-Vollversammlung mit großer Mehrheit für Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika, wegen der fortdauernden Besetzung Namibias. Die Sanktionen selbst können aber nur vom Sicherheitsrat beschlossen werden. Die USA und Großbritannien haben bereits ein Veto angekündigt. Die UN-Vollversammlung wird im April die Wirtschaftssanktionen erneut debattieren wie auch die Nichteinhaltung des vor vier Jahren beschlossenen Waffenembargos durch imperialistische Länder.

Tunesien

Gewerkschaftskongreß wird vorbereitet Busfahrer und Eisenbahner streiken

2. März 1981: Die Belegschaft der Verkehrsbetriebe von Tunis tritt in den Streik, der öffentliche Nahverkehr in der Hauptstadt ist lahmgelegt. Ein Gerücht, die Regierung plane einen zusätzlichen Lohnabzug von 4 Dinar (20 DM) für eine Unterstützungskasse, hat den Streik ausgelöst. Die Regierung dementiert, aber der Streik wird fortgesetzt. Die Arbeiter fordern jetzt die – seit drei Jahren überfällige – Revision des Personalstatuts und Lohnerhöhung. Am 4. März schließen sich die Eisenbahner landesweit dem Streik an. Am nächsten Tag spricht Premierminister Mzali in Rundfunk und Fernsehen zu den Streiks (und zu den anhaltenden Unruhen an Schulen und Hochschulen). Er kündigt Verhandlungen und Maßnahmen zur Preiskontrolle an und stellt eine allgemeine Lohnerhöhung in Aussicht. Daraufhin wird der Streik am 7.3. beendet.

Seitdem die Armee am 26.1.1978 einen Generalstreik des Gewerkschaftsbundes UGTT blutig niederschlug und die gewählten Gewerkschaftsführer abgesetzt, verhaftet und abgeurteilt wurden, ist kein Tarifvertrag mehr geschlossen worden. Gelegentlich von der Regierung verfügte Erhöhungen des Mindestlohns (jetzt 54 Dinar, 270 DM), zuletzt um 10% im Mai 1980, sind durch die Preissteigerungen aufgeessen worden. Der Verkehrsstreik zeigt, wie sich der Klassengegensatz zuspitzt, aber auch, daß die seit 1978 schwelende „Gewerkschaftskrise“ nicht gelöst ist: Die gerade erst neu – und einigermaßen frei – gewählte Leitung der Transportarbeitergewerkschaft hat den Streik nicht unterstützt. Allerdings hatte die Nationale Gewerkschaftskommission, die im Oktober zur Vorbereitung des außerordentlichen UGTT-Kongresses gebildet wor-

den ist, mehrfach Preiskontrollen und neue Tarifverträge, vor allem im öffentlichen Dienst, gefordert.

Mitte der 70er Jahre hatte die UGTT, mit 500 000 Mitgliedern bei 900 000 Lohnabhängigen eine der stärksten Gewerkschaften Afrikas, eine gewisse politische Selbständigkeit gegenüber der regierenden Destour-Partei gewonnen. Die 1970 eingeleitete „Liberalisierung“ hatte das Land weit dem imperialistischen Kapital geöffnet: „exportorientierte“ Betriebe müssen zehn Jahre lang keine Profitsteuern zahlen und können Kapital und Profite „frei“ ins Ausland schaffen. Nach einem tunesischen Zeitungsbericht besteht in diesen Betrieben „die Mehrheit der rekrutierten Arbeitskraft aus Lehrlingen, die man Produktionsarbeit machen läßt, für die sie nicht nach den gesetzlich vorgesehenen Bedingungen (Tarifvertrag der betreffenden Branche) entlohnt werden“. Nach zahlreichen Streiks will die Regierung mit einem „Sozialpakt“ im Januar 1977 „sozialen Frieden“ erzwingen: Einmalig werden die Löhne 10 bzw. 11 Dinar erhöht, aber die Gewerkschaft muß sich verpflichten, bis 1981 keine Forderungen zu stellen, die zusätzliche Kosten für die Unternehmen bedeuten. Die Streiks ebbten nicht ab. Im Herbst wird Armee eingesetzt, um einen besetzten Textilbetrieb zu räumen. Im Januar erklärt UGTT-Generalsekretär Achour seinen Rücktritt aus dem Politbüro der Destour-Partei. Der Generalstreik am 26.1.78 richtet sich gegen Versuche von Partei und Regierung, die Gewerkschaft zu knebeln, und gegen Angriffe auf Gewerkschaftsbüros.

Nach der Niederschlagung des Generalstreiks wird eine neue Gewerkschaftsführung aus Destour-Marionetten eingesetzt. Die Mitgliederzahl der



Lkws der Armee werden zum Streikbruch eingesetzt.

UGTT sinkt in zwei Jahren auf 270000. Aber die Arbeiter setzen den Kampf um ihre Gewerkschaft fort: Eine zunächst zur Unterstützung der Familien der fast 1000 verurteilten Gewerkschafter gebildetes Komitee organisiert Verbindungen zwischen den Grundorganisationen. Die in Freiheit befindlichen Mitglieder der alten, „legitimen“ Leitung setzen ihre Arbeit mit Unterstützung der internationalen Gewerkschaftsbewegung fort. Allein von Januar bis Oktober 1979 finden 212 Streiks statt.

Die nur mühsam mit „logistischer Unterstützung“ der französischen Imperialisten niedergeschlagene Revolte in Gafsa (am 26./27.1.80) zeigt, wie schmal die Basis des Destour-Regimes geworden ist. Mit der unter dem neuen Premier Mzali seit April 1980 eingeleiteten „Öffnungs“-Politik muß die herrschende Bourgeoisie eingestehen, daß die Arbeiterbewegung nicht zer schlagen ist. Im Laufe des Jahre werden die letzten inhaftierten Gewerk-

schafter und eine Reihe politischer Häftlinge freigelassen. Die völlig diskreditierte „neue“ UGTT-Leitung wird durch die Nationale Gewerkschaftskommission ersetzt, der auch Mitglieder der alten Leitung angehören. Inzwischen haben in den örtlichen Organisationen und einigen Einzelgewerkschaften Kongresse mit Neuwahlen stattgefunden. Durch eine Sonderregelung konnten nach 1978 ausgeschlossene oder ausgetretene Mitglieder daran teilnehmen und auch kandidieren. Im öffentlichen Sektor sind alle, im Privatsektor fast alle 1978 gemäßregelten Arbeiter wieder eingestellt worden.

Der zunächst für Januar, dann für Ende März geplante a.o. Kongreß der UGTT soll jetzt „vor dem Sommer“ stattfinden. Der frühere Generalsekretär Achour und sein persönlicher Sekretär befinden sich als einzige noch immer unter Hausarrest und dürfen sich nicht gewerkschaftlich betätigen. Viele Gewerkschafter bestehen – mit



Straßenkämpfe am 26.1.78 in Tunis

gutem Grund – darauf, daß ohne Beteiligung Achours von „freien, demokratischen und repräsentativen“ Gewerkschaften nicht zu reden wäre. Es geht dabei weniger um die Person Achours. Sondern um die Feststellung der Tatsache, daß die Wiederherstellung einer unabhängigen Einheitsgewerkschaft keine Gnade Bourguibas, sondern Ergebnis des Kampfes der tunesischen Arbeiter ist.

Gewerkschaften kämpfen gegen Kolonialismus

1881. Tunesien wird französisches „Protektorat“.

1912. Nachdem ein italienischer Straßenbahnfahrer ein Kind überfahren hat, boykottiert die Bevölkerung die Straßenbahnen. Die tunesische Belegschaft streikt und fordert u.a. gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Ein Ultimatum der Kolonialverwaltung, den Streik zu beenden, wird nicht befolgt. Daraufhin wird bis 1921 der Ausnahmezustand verhängt.

1924. M'hamed Ali gründet die CGTT (Allgemeiner tunesischer Arbeiterverband). Die CGTT wird bald verboten, ihre Führer verhaftet. M'hamed Ali selbst wird für zehn Jahre aus Tunesien verbannt und stirbt 1928 im Exil.

1936. Nach Bildung der Volksfrontregierung in Paris wird die CGTT neu gegründet und gewinnt bald 50000 bis 60000 Mitglieder. An-

fang 1938 kommt es in Biserta zu Zusammenstößen, als die Arbeiter gegen die Entlassung eines Algeriers streiken. Die CGTT wendet sich gegen die Bevormundung durch den französischen Gewerkschaftsbund CGT, dem sie angeschlossen ist. Im Frühjahr 1938 löst die Kolonialverwaltung die CGTT auf.

1946. Nationalistische Gewerkschafter, die die kommunistisch geführte französische CGT verlassen haben, gründen durch Zusammenschluß regionaler Verbände die UGTT (Tunesische Generalunion der Werktätigen). Erster Generalsekretär wird Ferhat Hached. Die UGTT arbeitet im Kampf um die Unabhängigkeit eng mit der nationalbürgerlichen Destour-Partei zusammen.

1952. Die UGTT führt einen Generalstreik gegen die Verhaftung nationalistischer Politiker. Die Guerilla-Bewegung der „fellagha“ nimmt den be-



Tunis 1938: Für Unabhängigkeit!

waffneten Kampf auf. Ferhat Hached wird von französischen Terroristen ermordet. In den nächsten Jahren führt die UGTT zahlreiche Streiks gegen die Kolonialisten.

1955. „Innere Autonomie“, 1956 Unabhängigkeit.

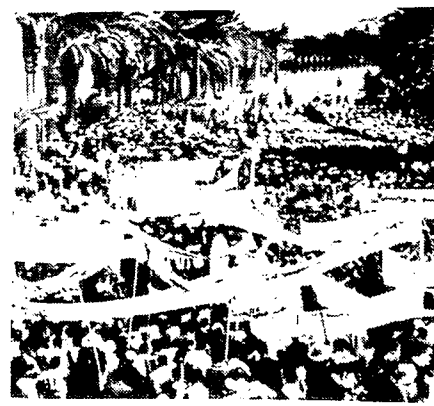
1961. Massendemonstrationen in Biserta gegen die französische Militärbasis. Tausende werden von der Fremdenlegion erschossen. Erst 1964 ziehen die französischen Truppen ab.



M'hamed Ali



Ferhat Hached



Biserta 1961: Abzug der Besatzer!



Antisemitische Hetze im NS-Blatt „Stürmer“ — „Mutanten“



Töchter Egalías oder Geschlechterkampf

In einer bissigen Satire auf das Patriarchat wird die Unterdrückung der Frau in vielen Erscheinungsformen angegriffen und durch konsequente Vertauschung der Geschlechterrollen ins Lächerliche gezogen. Egalia, das ist ein Land, in dem strengste mutterrechtliche Verhältnisse herrschen, der Mann in jahrhundertelanger Unterdrückung der Frau als Haussklave unterworfen wurde, um ihr den Haushalt zu führen, die Kinder großzuziehen und ansonsten als Sexualobjekt zur Verfügung zu stehen. Über die Produktionsverhältnisse in Egalia und damit über die Ursachen der Männer-Unterdrückung wie ihre geschichtliche Entwicklung erfährt man nichts. Sie wird mystisch verklärt, so daß die Erzählung fad wird und die Satire ihre Absurdität verliert.

„Der Geschlechtszugehörigkeit kam eine noch größere Bedeutung zu als der Klassenzugehörigkeit“, läßt die Autorin die rebellischen Männer feststellen. So richtet sich dann auch der zweite Teil des Buches gegen alle Bestrebungen, den Kampf gegen die Unterdrückung der Frau als Teil des Kampfes der Arbeiterbewegung zu führen. Mit Bedacht ist die Erzählung aus der Perspektive eines — Direktorinnsöhnes — geschrieben, der, seiner Unterdrückung überdrüssig, seine Perspektive im Geschlechterkampf sucht und Selbsterfahrungsgruppen und Homosexualität propagiert.

Gert Brantenberg: Die Töchter Egalías; Berlin: Olle und Wolter, 19,80 DM

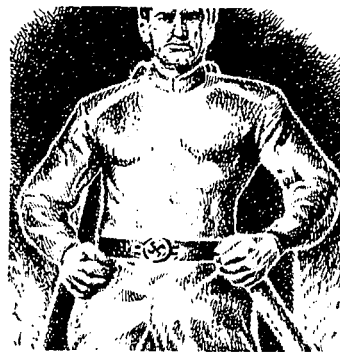
Science Fiction

Ein ideologisches Experiment, was mit der Lüge vom „Untermenschen“ noch zu machen wäre

Was wäre gewesen, wenn Hitler 1919 nach Amerika ausgewandert wäre und 1953 einen Science-Fiction-Roman über einen „Führer“ namens Jaggar geschrieben hätte ... „Herr des Hakenkreuzes“ heißt das angebliche Hitler-Werk, das 280 der 296 Seiten des jetzt bei Heyne erschienenen Polit-Reißers „Der stählerne Traum“ füllt. Das Buch ist eine Probe, ob dem Rassismus der Nazis durch Versetzung in eine phantastische Umgebung und Mobilisierung umlaufender Atom-Ängste ein Anstrich von „Vernunft“ zu geben wäre. Der Autor zieht sich durch ein ironisch distanziertes Nachwort über den krankhaft sexuellen Charakter von „Hitlers“ Phantasien aus der Schlinge.

Ein Nuklearkrieg hat vor Generationen einen Teil der Erde in radioaktives Ödland verwandelt. Die durch Strahlung hervorgerufenen Erbveränderungen werden herangezogen, um die Zugehörigkeit der diversen „Papageiengesichter“ usw. zur menschlichen Gattung in Zweifel zu ziehen. Dabei sind die „Mutanten“ harmlos, arbeiten und bilden durchaus menschliche Gesellschaften. Aber nur in Heldon — Deutschland — hat die „wahre menschliche Rasse“ überlebt. Dort macht sich Jaggar auf, für „genotypische Reinheit“ zu sorgen und die Weltherrschaft zu erobern. Bis „Machtergreifung“ und „Röhmputsch“ folgt die Erzählung eng der Geschichte des deutschen Faschismus.

Bemerkenswert die Punkte, wo die Parallele aufhört: Die

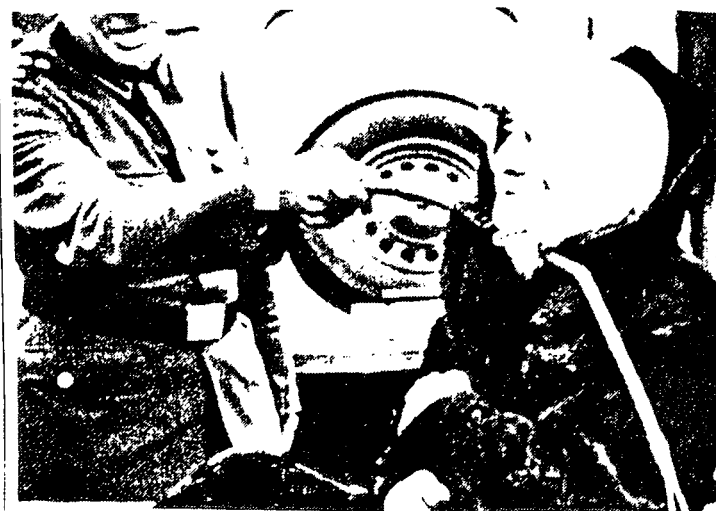


Der „Führer“ Jaggar

„Universalisten“ — Kommunisten — verfechten die Einfuhr von „Untermenschen“ zur Verrichtung schmutziger Arbeit. In „Zind“ — Sowjetunion — herrscht eine Handvoll „Doms“ mit psychischen „Dominanzmustern“ über Sklavenmassen, der einzige Punkt, wo der Autor im Nachwort seinem fiktiven Hitler

ausdrücklich beipflichtet.

Nachdem derart die Nazis als die wahren Humanisten, die Kommunisten als die eigentlichen Scheusale hingestellt sind, kann der Weltkrieg losgehen. Er endet mit der „Endlösung der Mutanten- und Domfrage“ und mit einer Kernexplosion, die der letzte „Dom“ zur Vernichtung der Erbinformation der „wahren Menschen“ auslöst. In ungeschlechtlicher Reproduktion finden die SS-Forscher auch dafür eine Lösung. Die Erzählung enthält jede Menge psychoanalytischer Motive („eng-anliegende schwarze Lederuniformen“, ein „Großer Knüppel“ in Penisform usw.). Eine Satire auf die „Massenpsychologie des Faschismus“ ist das Buch aber nicht. Sondern ein Beispiel, wie Science Fiction als Experimentierfeld reaktionärer Ideologie dienen kann.



Faschistischer „Herrenmensch“ in Aktion

Kein König und kein Führer der Juden

Der Film „Ben Hur“ ist spannender als die Romanvorlage von Lewis Wallace. Obwohl er als Kolossalgemälde von Geburt bis Tod des historischen Jesu angelegt ist, spielt dieser eine Nebenrolle. Man sieht ihn meistens gar nicht oder von hinten mit kastanienroter Perücke oder nur seine Hände. Weniger, weil der Regisseur sich kein Bildnis von Gott machen wollte oder weil er Rücksicht auf ein gläubiges Publikum nähme, vielmehr, weil sein Anliegen ist, Charlton Heston in der Rolle des Ben Hur als exemplarischen Menschen vorzuführen, der sich läutert und den alttestamentarisch gerechten Wunsch nach Rache an den Römern aufgibt zugun-

sten der Schafsgeduld propagierenden Seligpreisungen des Neuen Testaments. Von deren Wert überzeugt ihn das Wunder, Mutter und Schwester vom Aussatz geheilt zu sehen, so daß er sie in der Schlußszene samt der Dulderin Esther in die Arme schließen kann. Die im Roman vorhandenen Klassenkämpfe und Ben Hurs Rolle darin bleiben im Film fast unberücksichtigt. Im Buch ist er immerhin ein Held seines Volkes, wie es ihn unter den Umständen seiner Unterdrückung durch die römischen Imperialisten schon brauchen könnte. Abkömmling der Fürsten von Jerusalem, wird er unschuldig zu den Galeeren verurteilt, entkommt und erlernt unter Ausnutzung der Beziehungen seines römischen Adoptivvaters die römische Kriegskunst gründlich. Er kehrt zurück, um die Römer zu besiegen. Nachdem er ohne Skrupel seinen Feind Messala beim Wagenrennen zum Krüppel gefahren hat, konspiriert er erfolgreich mit den Arabern, sammelt drei Legionen und trainiert sie, um sie dem erwarteten König der Juden zur Verfügung zu stellen. Zwar ist er Augenzeuge der meisten Wunder Jesu, doch verläßt ihn bis zu dessen Gefangennahme nicht die Hoffnung, er werde sich aufrufen und auch ein irdisches Reich errichten. Sein Tod überzeugt ihn vom Gegenteil, er verfällt in Glauben an den Erlöser, läßt sein Volk im Stich und geht nach Rom, um die verfolgten Christen zu lehren, sich in den Katakomben zu vergraben. Der alte Film wird jetzt erneut gezeigt, um weltliche Gewaltlosigkeit zu fördern.

Glötz versucht politische Innenarchitektur

Peter Glötz ist seit dem 1. März Bundesgeschäftsführer der SPD, außerdem „übergangsweise“ Landesvorsitzender in Westberlin. 1979 hat er, damals Westberliner Wissenschaftssenator, ein „Politisches Tagebuch“ veröffentlicht, das einigen Aufschluß gibt, was sich die SPD von dem 41jährigen „Überflieger“ verspricht: „Rekonstruktion sozialdemokratischer Politik von den Ländern her“ und – vor allem – eine Antwort auf die gegenwärtige Jugendbewegung. Über Glötz's einschlägige Erfahrungen in Bayern und Westberlin handelt das „Tagebuch“, versetzt mit Demonstrationen literarischer „Bildung“.

Glötz befürchtet, für einen großen Teil der Jugend werde das „Grundgesetz nichts anderes sein als eine verächtlich ausgespuckte ‚fdgo‘“. Und: „Die europäische Sozialdemokratie könnte die politische Kraft sein, die die Angst, die Perspektivlosigkeit und die themenlose Wut eines furchterregenden, großen Teils der Zwanzigjährigen überwinden könnte.“

Davon ist die SPD weit entfernt. Auf die Anziehungskraft ihrer Politik, die Glötz theoretisch durch Bezug auf die Geschichte der reformistischen Arbeiterbewegung zu untermauern sucht, vertraut er wohl selbst nicht. Jedenfalls spielt die „kommunikative Dimension der Politik“ die Hauptrolle. Als Senator hat Glötz 1977 die von „Spontis“ und „Stadtindianern“ propagierte „Rückbesinnung auf das Subjektive“ genutzt, um mit Teilnahme an Studentenversammlungen erhebliche Spaltwirkung zu erzielen, ohne mehr einbringen zu müssen als die eigene Subjektivität. Über „Begründungen“ und „psychologische Ausstaffierung der Politik“ handelt laut Vorwort das „Tagebuch“.

Glötz's Hoffnung, die Jugend so für eine „Politik der begrenzten Ziele“ gewinnen zu können, scheitert an den Interessen und Zielen, die die Jugendbewegung schon hat. Sie ist eben nicht „themenlos“. Ihre Ziele, z.B. im Wohnungskampf, mögen unvermittelt eng sein, sie reformistisch zu befriedigen, ist nur „prinzipiell“ möglich, praktisch aber sehr teuer. Daher der wilde Haß, mit dem Glötz die verfolgt, die sich um Aufstellung politischer Forderungen bemühen. Beschreibung eines „K-Mannes“: „... langes, vor Schmutz starrendes Haar über einem zerstörten alten Gesicht, die vier oberen Schneidezähne fehlen.“

P. Glötz. Die Innenausstattung der Macht. München 1979.



Drogen

Verschärfung des Betäubungsmittelgesetzes geplant

Seit ungefähr zwei Jahren arbeitet die Bundesregierung an einer Novelle des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG) von 1972 (vgl. BR-Drucksachen 546/79 und 387/80). Vorerst ist die Novelle im Sommer 1980 im Bundesrat gescheitert.

Der wachsende Rauschmittelkonsum – in der BRD sind zwischen 2 und 3,5 Mio. von Medikamenten, Alkohol und Drogen abhängig, davon etwa 120 bis 180000 von Heroin – stellt die Bourgeoisie vor Probleme. Nicht, daß sie es nicht dulden und sogar betreiben würde, daß sich Leute über die Unerträglichkeit ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen durch Konsum von Rauschmitteln hinwegsetzen suchen; ist doch so der Übergang zu bewußter Kritik und Bekämpfung dieser Verhältnisse zumeist versperrt. Wird aus der Flucht in den Rausch Abhängigkeit, so kann diese mit „Charakterlosigkeit“ erklärt und zu „selbstverschuldeten Krankheit“ gemacht werden.

Andere Probleme entstehen, wenn der Drogenkonsum zum zwar hilflosen, aber beabsichtigten Protest gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse wird oder die Abhängigkeit den „Süchtigen“ zwangsläufig aus der gesellschaftlichen Bahn wirft. Politische Antworten müssen gefunden werden. Das niedersächsische Sozialministerium in einem als „vertraulich“ deklarierten Papier vom Februar 1980: „Nach dem Verlust von überindividuellen Normen (moralische, ethische oder religiöse Wertmaßstäbe) verführt der relativ hohe allgemeine Wohlstand und die für viele reichlich vorhandene arbeitsfreie Zeit zu immer schnellerer und immer weniger als sinnvoll erlebter Bedürfnisbefriedigung.“ Doch die Abkehr von den Normen der kapitalistischen Gesellschaft ist doch ein schwacher Ansatzpunkt für die Propaganda von Enthaltsamkeit und Anspruchslosigkeit, die den Medien sodann ans Herz gelegt wird. Wird der Verkauf der Arbeitskraft verweigert, statt seine Auswirkungen zu betäuben, wird das nötige Geld dafür durch Straftaten beschafft, so muß der polizeiliche und juristische Gewaltapparat in Aktion treten.

Der „Schutz der Volksgesundheit und der sozialen Interessen der Gesellschaft“, so die Begründung der Novelle (Drs. 546/79, S.35), erfordern dann Strafverschärfungen, Ausweitung der Straftatbestände, Eingliederung therapeutischer Maßnahmen in den direkten Strafvollzug, Ausbau „ausreichend gesicherter Entziehungsanstalten“, Verpflichtung der Beratungsstellen auf staatliche Kontrolle und Bespitzelung der Abhängigen. Die bisherigen Ergebnisse der Politik, die mit der Novelle verschärft fortgesetzt werden soll, sind bezeichnend. Weit über 15000 Verurteilungen jährlich, so daß mittlerweile 10% aller Gefangenen in der BRD „Drogentäter“ sind, für die etwa 2500 Therapieplätze zur Verfügung stehen. Gleichzeitig beläuft sich die Menge des vom Markt gefischten Heroins auf weniger als 1 Prozent der jährlich umgesetzten 30 bis 40 t. Bei Preisen von 150 bis 200 DM für 0,5 g Heroin (das braucht ein Abhängiger mindestens täglich) ist sichergestellt, daß jeder Fixer wegen Diebstahl oder Dealerie abgeurteilt werden kann, während der Inlandsumsatz beim Heroin-Geschäft mit rund 10 Milliarden DM Größen erreicht hat, auf die Konzerne wie VW stolz sein könnten.

Welche Mittel im einzelnen auf den Index kommen, behält sich die Bundesregierung selbst vor – ausdrücklich, weil dadurch „Interessen der pharmazeutischen Industrie ... berührt werden“ (S.26). Man erinnert sich, daß Heroin ursprünglich als Hustenmittel von der Bayer-AG entwickelt und erst 1958 vom Markt genommen wurde.

Vorgesehen ist weiter die Verankerung des Kronzeugenprinzips, dessen schon praktizierte Anwendung in letzter Zeit immer häufiger bekannt wird: Verhaftete werden unter Druck gesetzt durch Strafmilderungsversprechen, andere Abhängige zu belasten oder Polizeibeamte als Dealer, als „agent provocateur“ in die Szene einzuführen. Wer eine bei Strafaussetzung angeordnete Therapie abbricht, soll künftig nicht nach gerichtlichem Entscheid, sondern automatisch in den Knast wandern. Die Beratungsstellen werden verpflichtet, Abbrüche bei der Staatsanwaltschaft zu melden und überhaupt auf Anforderung Datenmaterial weiterzuleiten.

Die Beratungsstellen in das Strafverfolgungssystem einzubauen, ist überhaupt ein wesentliches Ziel der Bourgeoisie. Die nie-

dersächsische Landesregierung z.B. will deren Förderung u.a. vom Führen einer Personenkartei abhängig machen. Weiter geht die hessische Landesregierung in ihrem „Programm zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs“. Darin fordert sie „die frühzeitige Anwendung des Hessischen Freiheitsentziehungsgesetzes in den Fällen, in denen noch kein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden ist. Dabei müssen ... Beratungsstellen ... ihre Verantwortung wahrnehmen und die notwendigen Schritte einleiten.“ Gleichzeitig besteht hier aber ein entscheidendes Problem bei der Durchsetzung des Gesetzentwurfs. Die in Norddeutschland, Hessen und NRW regional zusammengeschlossenen Beratungsstellen bekämpfen die Politik der Bundesregierung entschieden und verweigern mehrheitlich die verlangten Spitzeldienste. Für den Mai 1981 haben sie ein öffentliches Tribunal gegen die Polizeipraktiken bei der Verfolgung von Abhängigen angekündigt. Dies wird einer der Gründe sein, warum die Novelle entgegen der Ankündigung in der Regierungserklärung vom 24.11.80 bisher noch auf Eis liegt.

Wojtyla Scheinheilige Seligsprechung in Manila

Dem hl. Geist, durch dessen Einwirkung das Kardinalskonklave befähigt wird, den Stellvertreter Gottes auf Erden zu bestimmen, hats bei der letzten Papstwahl behagt, der katholischen Christenheit einen Demagogen zum Hirten zu bestimmen, der einschlägige Vergleiche nicht scheuen muß. Anders als viele seiner Vorgänger schätzt Wojtyla die Feststellung der kirchlichen Lehre und Politik in der strengen Form von Enzykliken und Dogmen nicht, schließlich hat sich ja erwiesen, daß derartige Versuche die Christenheit, den niederen Klerus und dann und wann sogar Bischöfe weniger zum Glauben als zum Nachdenken reizen. Wojtyla wirkt lieber „spirituell“, das heißt, er baut bei Gelegenheit öffentlicher Auftritte ein Schwartenwerk von Reden zusammen, welches, geräuchert durch die Weihe von Massenveranstaltung, die Christenheit jeweils vor vollendete Tatsachen stellt. Anders als durch frühzeitige Äußerung von Bedenken und Anregungen konnte der katholische Christ ohnehin auf die Kirchenpolitik nicht einwirken, aber selbst diese bescheidene Möglichkeit ist unter Wojtylas Pontifikat dahin, aufzulecken hat der katholische Christ, was Wojtyla – immer relativ plötzlich – von oben eingeflößt wird und dann herausrinnt.

Wojtylas Reden bei Gelegenheit der jüngsten Asienreise sind ein Meisterstück der mystischen Vermischung praktischer Fragen mit Spirituellem. Reiseanlaß war die Seligsprechung des Lorenzo Ruiz und anderer. Womit erregte Lorenzo Ruiz das Wohlgefallen Gottes so stark, daß sein Wandel vorbildlich ward?

„Das Beispiel des Lorenzo Ruiz, Sohn eines chinesischen Vaters und einer Tagala-Mutter, erinnert uns daran, daß das Leben eines jeden – und zwar sein ganzes Leben – Christus zur Verfügung stehen muß ... Doch die anziehende Gestalt des ersten philippinischen Märtyrers wäre in ihrem historischen Zusammenhang nicht voll erklärt ohne das ruhmreiche Zeugnis seiner fünfzehn Gefährten, die 1633, 1634 und 1637 gelitten haben. Sie bildeten eine Gruppe, an deren Spitze zwei Männer standen: Domingo Ibáñez de Erquica, Provinzialvikar der Japanmission, geboren in Régil, in der spanischen Diözese San Sebastian, und Jacobo Kyuhei Tomonaga, ein Eingeborener aus Kyudetsu in der Diözese Nagasaki. Beide gehörten zur Dominikanerprovinz vom heiligen Rosenkranz, die 1587 auf den Philippinen zur Evangelisierung des fernen Ostens gegründet wurde ... In einigen Tagen werde ich die Freude haben, über diese vorbildlichen Apostel erneut in Nagasaki zu sprechen, nahe beim sogenannten Nishizaka-Hügel, wo sie das Martyrium erlitten haben ... Jetzt möchte ich im Hinblick auf den Ort, wo sie selig gesprochen werden, bei der Tatsache verweilen, daß die Stadt Manila, die Insel Luzon und die Insel Formosa, die damals eine einzige Zivilregierung erhielten, die ausgedehnte und providente Basis waren, von der die neuen Priester herkamen, die später nach Nagasaki aufbrachen. Sie übten bei den Chinesen in der Vorstadt Binondo, in der japanischen Kolonie in Manila, unter der Bevölkerung von Bataan, Pangasinan, Cagayan sowie weiter nördlich in Formosa die Seelsorge aus.“

Die Mutter Kirche hat also einen Heiligen für Kompradoren in Brut. Handelsunternehmungen, Militärunternehmungen und Missionsunternehmungen bildeten ein zusammenhängendes Konzept zur Schaffung von wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Brückenköpfen, auf denen die Kompradorenbourgeoisie gedeihen konnte. In katholischen Weltgegenden ist die Ernennung von Lokalheiligen immer die verquere Form, dem Nationalgefühl der Massen nachzugeben bzw. dieses zu fördern. Der humorige Wojtyla schenkt Asien einen Wegbereiter des Kompradorentums als Nationalheiligen, der „Christus ganz zur Verfügung“ stand, d.h. in der Praxis, den genannten Dominikanern von der spanischen Kolonialmacht.

Nach dieser doch einigermaßen unverfrorenen Tat im Rahmen der Seligsprechung wandte sich Wojtyla scheinheilig an die Regierungen Asiens. Die Kirche verlange keine Privilegien. Sie wolle bloß die Liebe Christi verkündigen; zum Beispiel in den von ihr betriebenen Schulen, Kindergärten, Instituten, Krankenhäusern. Insbesondere wendete sich Wojtyla an die Volksrepublik China, geschmacklos genug vor einer Zuhörerschaft angereicherter Auslandschinesen, die bestimmt sein mögen, seine Botschaft brieflich in die VR China zu tragen.

„Euer Land widmet in der Tat all seine Kräfte der Zukunft. Mein Wunsch ist, daß seine Bürger durch wissenschaftlichen und technischen Fortschritt und die fleißige Zusammenarbeit des ganzen Volkes in wahren Glück leben. Ich bin überzeugt, daß jeder Katholik innerhalb seiner Grenzen voll zum Aufbau Chinas beitragen wird, weil ein echter und gläubiger Christ auch ein echter und guter Staatsbürger ist ... Ein guter chinesischer Katholik arbeitet loyal für den Fortschritt der Nation und beobachtet die Verpflichtungen kindlicher Pietät gegenüber den Eltern, der Familie und dem Land. Gestärkt durch das Evangelium wird er, wie jeder gute Chinese, die fünf Haupttugenden pflegen: Liebe, Gerechtigkeit, Selbstbeherrschung, Klugheit und Treue.“

In Peking, so berichtet die „Herald Tribune“, reagierte der katholische Bischof Michael Fu „ohne Enthusiasmus“ auf die Papst-Offerte, die auch noch einen Besuchswunsch enthielt.

Tanz

Bücher zu Geschichte und Praxis des Tanzes und seiner Musik

Böhme, Franz M.: Geschichte des Tanzes in Deutschland. Beitrag zur deutschen Sitten-, Literatur- und Musikgeschichte. 2 Bde, Leipzig 1886. Reprografischer Nachdruck Hildesheim 1967 Das Werk besteht aus 2 Bänden, einem darstellenden Teil und einem Teil mit Musikbeilagen, der Tanzlieder und -melodien vom 13. bis 19. Jahrhundert enthält. Die Untersuchung von Böhme ist in erster Linie deswegen sehr wertvoll, weil er so gut wie alle Tänze zusammengetragen hat, die jemals in Deutschland getanzt wurden. Seinem Anspruch zu beschreiben, wann, wo, was und wie getanzt wurde, wird er voll gerecht. Im darstellenden Teil sind zahlreiche Quellen und ausführliche Tanzbeschreibungen zu finden, ebenso ein sehr gutes Quellen- und Literaturverzeichnis. In zwei Kapiteln werden Urteile und Predigten über Tanz sowie Verbote gegen das Tanzen dokumentiert. Der 2. Band liefert auf 221 Seiten zahlreiche Tanzlieder und -melodien als Anschauungsmaterial. Der zeitliche Rahmen der Untersuchung erstreckt sich vom germanischen Altertum bis zum 19. Jahrhundert.

Günther, Helmut und Schäfer, Helmut: Vom Schamanentanz zur Rumba. Stuttgart 1959

Hier werden die bekanntesten Tänze vom Ursprung bis zum 2. Weltkrieg geschichtlich behandelt, ab dem Mittelalter jeweils mit Beschreibung der Taktart und der Tanzschritte. Es ist eines der wenigen Bücher in deutscher Sprache, wo man etwas über die lateinamerikanischen Tänze des 19. und 20. Jahrhunderts erfahren kann, bis hin zur Verfolgung durch den Faschismus. So z.B. über den Tango, der seit Beginn des 19. Jahrhunderts von afrikanischen Sklaven in Südamerika getanzt wurde und über zahlreiche Verbote hinweg vor dem 1. Weltkrieg in veränderter Form die europäischen Tanzsäle eroberte.

Klingenbeck, Fritz: Unsterblicher Walzer. Wien 1940

Interessant zu lesen ist das Buch zum einen, weil es die Rolle deutlich macht, die die Faschisten dem Walzer beimaßen, zum anderen, weil es ausführlich die Geschichte des Walzers untersucht,

die durch zahlreiche Verbote bestimmt ist (aus sittlichen und gesundheitlichen Gründen, auch wegen unterlegter Texte).

Oetke, Herbert: Aus der Entwicklung des deutschen Volkstanzes. Dresden 1954

Das Buch gibt einen groben Überblick über Entstehung und Entwicklung des deutschen Volkstanzes. Es wird der Versuch gemacht, die Tänze und Tanzformen aus der jeweiligen Produktionsweise wie aus den Klassenausinandersetzungen zu erklären. Die Tänze der freien Bauern im 12. und 13. Jahrhundert – zu bestimmten Anlässen getanzt, wie der Begrüßung des Frühlings nach einem harten Winter – wurden mit wachsender Abhängigkeit der Bauern von Feudalherren und Kirche zunehmend zu unterdrücken versucht. Ansatzweise wird beschrieben, wie mit der Entwicklung des städtischen Handwerks bäuerliche Tanzelemente mit neuen Tänzen, die ein bestimmtes Handwerk darstellen, verschmolzen sind. Mit Herausbildung des Bürgertums in den Städten entstand dann der sogenannte „Deutsche Tanz“. Eine Stärke der Buches ist ein 50seitiger Anhang mit sehr detaillierten Fassungen, Schrittarten und Formen im deutschen Volkstanz einschließlich Musikmotiven zu einzelnen Schrittarten. In diesem Zusammenhang ist ein weiteres Buch aus der DDR von Aenne Goldschmidt zu empfehlen: Handbuch des Deutschen Volkstanzes, Berlin 1970, in dem sowohl Schritte und Figuren einzelner Tänze als auch ihre Geschichte und ihr Verbreitungsgebiet beschrieben werden. Nützlich ist auch ein begleitender Noten- und Bildband mit Tanzfiguren und Texten von Tanzliedern.

Otterbach, Friedemann: Die Geschichte der europäischen Tanzmusik. Einführung. Wilhelmshaven 1980

Otterbach unterscheidet in seiner Untersuchung zwischen Volkstanz, Gesellschaftstanz, Kunstanstanz und Sakraltanz. Im Mittelpunkt der Darstellung steht der Gesellschaftstanz und seine Musik. „Dies scheint um so gerechtfertigter zu sein, als der Gesellschaftstanz gleichsam die Mitte zwischen dem Volkstanz und Kunstanstanz bildet; nicht selten führt er, wie verborgen auch immer, Momente des Volks- bzw. Kunstanstanzes mit sich.“ Otterbach kommt es nicht darauf an, sämtliche Tanzformen im Detail zu beschreiben, sondern allgemeine Entwicklungslinien der europäischen Tanzmusikgeschichte aufzuzeigen, wobei er Tanzmusik als Reflex allgemeiner historischer Entwicklungen begreift. Der zeitliche Rahmen seiner Untersuchung erstreckt sich von der Antike bis zum 20. Jahrhundert mit seinen auch heute noch üblichen Tänzen. Neben einigen Abbildungen, Tanz- und Musikbeschreibungen ist ein gutes Literaturverzeichnis vorhanden. Die Untersuchung basiert auf einem intensiven Quellenstudium. In einem Anhang sind 8 kurze Notenbeispiele von Tanzliedern beigelegt.

Panzer, Marianne: Tanz und Recht. Frankfurt/M. 1938

Dieses Buch gibt anhand von Quellen Auskunft über viele Tanzverbote und -gebote vom 14. bis zum 18. Jahrhundert. Alle relevanten Machtinstitutionen (Kirche, Adel, Patrizier) äußern sich zu bestimmten Tänzen und begründen, was und in welcher Form auf Festveranstaltungen getanzt werden darf und was verboten ist. Es werden insbesondere Tanzregeln für kirchliche und bäuerliche Feste sowie für Zunftveranstaltungen beschrieben. Verbote oder teilweise verbotene Tänze von rechtlichen Gemeinschaften (Burschenschaften, Mädchenverbände, Frauenbünde, Gilden Zünfte usw.) werden gesondert dargestellt.

Voß, Rudolph: Der Tanz und seine Geschichte. Erfurt 1868. Neudruck Leipzig 1977

Auch wenn hier die Geschichte der Tänze nur bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts behandelt wird, ist dieses Buch zu empfehlen. Tänze verschiedener Nationalitäten werden seit ihren Anfängen nach Klassen geordnet dargestellt. Es wird gezeigt, daß die Tänze der jeweils unterdrückten Klassen ständigen Verbotsmaßnahmen ausgesetzt waren, so im Mittelalter die Tänze der Bauern und Handwerker. Zugleich aber gab es Übernahme und Veränderung der Volkstänze durch die herrschenden Klassen. Voß untersucht auch die typische Instrumentierung verschiedener Tänze und das Verhältnis von Tanz und Modekleidung. In einem Kapitel über Tanzfeste erfährt man einiges über den Zusammenhang von Tänzen zur Produktion, zum Krieg und zum Aufstand. Ein Absatz ist dem Thema „Tanz in volkstümlichen Redensarten und in der Volkssage“ gewidmet. Den Anhang an den geschichtlichen Teil bildet ein Tanzlexikon, in dem für sämtliche dem Autor bekannten Tänze neben historischen Daten auch Taktart und Aufbau beschrieben wird. Unter dem Stichwort „Liedertänze“ findet man hier zahlreiche Hinweise auf Tanzlieder.

Theoretiker der Dritten Welt

Das Konzept Nehrus zur Förderung der indischen Bourgeoisie

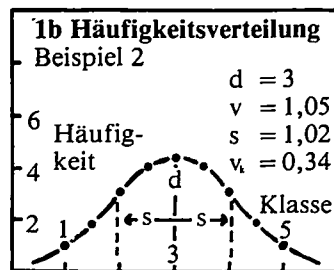
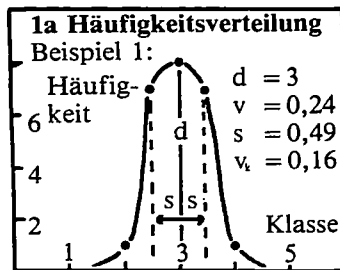
1947 erkämpfte das indische Volk seine formelle Unabhängigkeit gegen die imperialistische Großmacht Großbritannien. Die indische Bourgeoisie hatte sich in der Kongreßpartei, in der sie verschiedenartige Kräfte sammelte, ein Führungsinstrument für den Kampf um ihre Befreiung von der fast zwei Jahrhunderte andauernden kolonialen Unterdrückung geschaffen. Deren Präsident Jawaharlal Nehru wurde der erste Ministerpräsident des Landes. Er versprach, entsprechend der Resolution zu den Grundrechten und zur Wirtschaftspolitik des Allindischen Kongreßkomitees von 1931, bürgerliche Rechte zu gewähren, eine Land- und eine Steuerreform durchzuführen. Nur Kontrolle, nicht aber Verstaatlichung der Schlüsselindustrie war vorgesehen, ebenso wenig die Nationalisierung von Grund und Boden.

In der neuen indischen Verfassung wurde das Recht auf Besitz gewährleistet. Nehru wandte es an gegen die Kämpfe der Bauern, die hofften, das Land der Großgrundbesitzer werde enteignet und denen übergeben, die es bebauen. Die angekündigte Landreform stellte sich als Mittel heraus, die ungeheuren Entschädigungsforderungen der Grundbesitzer, die ihr Kapital flüssig machen wollten, zu befriedigen. Mit dem ersten Fünfjahresplan 1950 erklärte Nehru, Ziel der demokratischen Planung sei „die Nutzbarmachung aller vorhandenen Hilfsmittel“ und „die größtmögliche Quantität williger Arbeitskraft, die zum Wohl der Gemeinschaft und des Einzelnen eingesetzt wird“. Dieser Plan wurde als Reformprogramm zur Lage der Bauern ausgegeben und sollte der Stabilisierung dienen. Die Dorfgemeinschaftsprogramme, die ab 1952 durchgeführt wurden, dienten nicht dazu, eine Kollektivwirtschaft aufzubauen, sondern dazu, möglichst viel Arbeitskraft zusammenzufassen zur Errichtung der Infrastruktur, die für eine kapitalistische Entwicklung des Landes erforderlich war. Straßen, große Bewässerungsanlagen, Schulen und Krankenhäuser wurden gebaut. Die Millionen von „Freiwilligen“ wurden durch die hohe Arbeitslosigkeit in diese Projekte getrieben.

Der zweite Plan legte bereits das Schwergewicht auf die Entwicklung der Industrie. Er bestand zum großen Teil aus Förderprogrammen für die privaten Kapitale. Das garantierte Streikrecht wurde praktisch außer Kraft gesetzt, immer mit dem Hinweis, daß die beste Methode gefunden werden müßte, um auf friedlichem Weg nationalen Reichtum zu schaffen. Nehru sprach oft davon, daß schließlich die klassen- und kastenlose Gesellschaft erreicht werden würde. In der Wirklichkeit tat er alles, was die Entwicklung der nationalen Bourgeoisie und die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft in der Form der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie fördern konnte. Die schnelle Entwicklung der Produktivkräfte in den sozialistischen Ländern beeindruckte ihn. Der Voraussetzung dazu, Sturz der Bourgeoisie und Beseitigung der kapitalistischen Fesseln der Produktion, stand er ablehnend gegenüber.

Während der Kämpfe gegen den britischen Imperialismus war Nehru weitgehend der Lehre Gandhis von Gewaltlosigkeit und „bürgerlichem Ungehorsam“ gefolgt. Er hatte führend an den Massenaktionen teilgenommen, die zwar eine gewisse Mobilisierung bewirkten hatten, im wesentlichen aber die unbewaffneten Massen nicht nur dem Terror der britischen Verwaltung überlassen hatten, sondern sie auch in der Vertretung ihrer Interessen lähmten durch die Propaganda, es sei gut, im Gefängnis zu sitzen oder sich von britischen Soldaten mit Stöcken ertschlagen zu lassen. Sobald die Bourgeoisie in Indien selber den Staatsapparat in der Hand hatte, begründete Nehru ihren Anspruch auf das Gewaltmonopol gegenüber den anderen Klassen damit, der Staat habe das Recht, Gewalt auszuüben, und zwar „in Notwehr“.

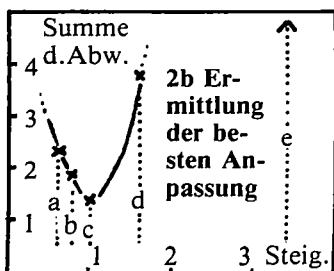
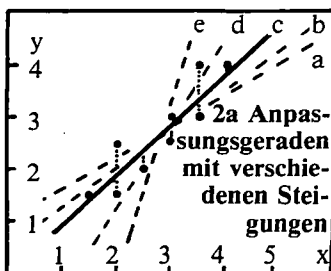
Unter Nehrus Führung kämpfte die indische Bourgeoisie weiter für die Vertreibung imperialistischer Mächte von ihrem Territorium. Mit Frankreich wurde eine Verhandlungslösung erzielt, gegen Portugal, das die Enklave Goa nicht herausgeben wollte, wurden erfolgreich indische Truppen eingesetzt. Nehru gehörte zu den Gründern der Blockfreienbewegung und vertrat deren Prinzipien auch in der UNO. Hauptsächlich nutzte Indien diese Positionen zur Bekämpfung imperialistischer Aggressionen.



Die Berechnung der Streuungsmaße ermöglicht den Vergleich von Verteilungen, dargestellt in Bild 1a und 1b, durch die Errechnung der Beziehungen der statistisch bekannten Werte zu ihrem Mittelwert. Die Varianz v ist das Streuungsmaß und wird aus der Summe der Quadrate der

Abweichungen vom Mittelwert berechnet, die *Standardabweichung* s ist die Wurzel der Varianz. Der *Varianzkoeffizient* v_k gibt die durchschnittliche relative Abweichung vom Mittelwert an. Er ermöglicht den Vergleich von Streuungen von Verteilungen mit unterschiedlichen Mittelwerten.

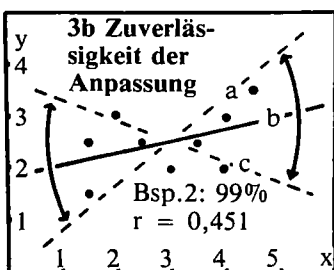
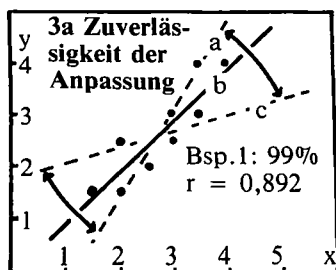
Prüfung auf Zusammenhänge und ihre Berechnung



Die *Regressionsrechnung* ermöglicht die Feststellung und Berechnung von Zusammenhängen zwischen zwei unabhängig voneinander gewonnenen Zahlenreihen, wie z.B. der Abweichung des Anlagevermögens je Beschäftigten einer Branche vom durchschnittlichen Anlagevermögen in der Industrie und der Abweichung des Durchschnittslohns in der

Branche vom Durchschnittslohn der Industrie. Die Beziehungen zwischen beiden, die Korrelation, läßt sich als *Regressionsgerade* berechnen. Die *Regressionsgerade* ist die Gerade mit der Steigung, bei der die Abstände der bekannten Punkte von der Geraden, berechnet als die Summe ihrer Quadrate, gering wird. In 2a und b die Gerade c.

Die Zuverlässigkeit der errechneten Anpassung



Da die berechnete Gerade auf jeden Fall nur eine Näherung sein kann, erhebt sich die Frage nach ihrer Genauigkeit. Dazu berechnet man *Konfidenzintervalle*, oder auch *Vertrauensbereiche*, die die tatsächlich genaue, aber unbekannte Gerade mit vorgegebener Wahrscheinlichkeit enthalten. In den Bildern 3a und 3b haben wir vorausgesetzt, daß der Bereich die Gerade mit 99% Wahrscheinlichkeit enthalten soll, und die berechneten Geraden aufgetragen.

Der *Korrelationskoeffizient* r ist ein Maß für die Stärke der Beziehung zwischen den x - und y -Werten. Je näher er an 1 liegt, desto eher liegen die Werte auf der Geraden, die Vertrauensbereiche werden entsprechend enger und damit auch die berechnete optimale Anpassungsgerade b genauer.

Quellen: Kreyszig, Statistische Methoden und ihre Anwendungen, Vandenhoeck und Ruprecht, und: Haseloff, Hoffmann, Kleines Lehrbuch der Statistik, Verlag de Gruyter

Lohn- und Gehaltsverteilung — Ergebnis des Arbeitsmarkts

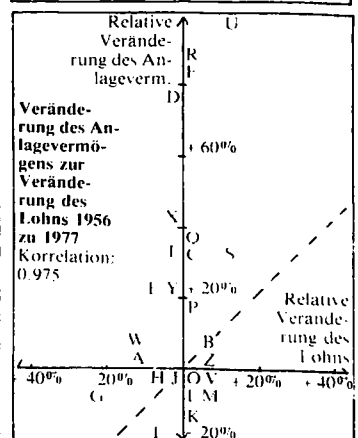
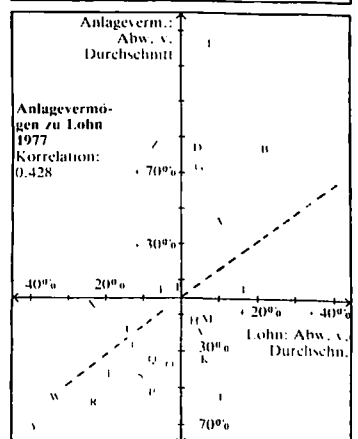
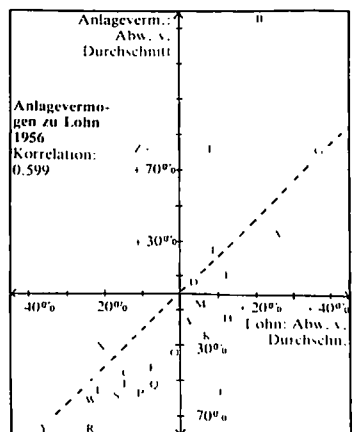
Das Anlagevermögen pro Beschäftigten kann als Gradmesser für die höhere oder niedrigere technische Kombination des Arbeitsprozesses genommen werden. Trägt man die Anzahl der Beschäftigten in den Industriebranchen unter Verwendung dieses Gradmessers auf, so erhält man eine Verteilung der Arbeiter und Angestellten auf den Produktionsapparat, und zwar entsprechend dem Grad der Mechanisierung, Technisierung usw. des jeweiligen Produktionszweiges.

Diese Verteilung ergibt zwei große Gruppen. Die Untersuchung der beiden extremen Branchen in bezug auf die Lohnverteilung, die dort gefunden wird, ergibt zwei ganz deutlich unterschiedene Lohn- und Gehaltsverteilungen.

Wodurch sind diese sehr auffälligen Unterschiede zu begründen? Offensichtlich nicht durch einen unterschiedlichen Grad an Ausbildung, Vorbildung usw. — Wie wollte man behaupten, daß ein in der Bekleidungsindustrie tätiger Ingenieur schlechter ausgebildet sei oder sein könne als sein Kollege in der Papierindustrie? Wer wollte behaupten, daß eine Näherin oder ein Näher über ein erheblich geringeres Maß an ausgebildeter Berufsgeschicklichkeit verfügen müsse als ein Maschinenführer in der Papiererzeugung? Derartige Behauptungen wären kaum zu beweisen. Wie kommen dann die Unterschiede zustande?

Die Untersuchung bestätigt die im letzten Heft vertretene Ansicht ganz gut. Denn tatsächlich wird ein Kapital in der Bekleidungsindustrie auf Schwankungen des Geschäftsgangs ohne weiteres mit Anpassung der Belegschaftszahlen reagieren können, während dies bei den gigantischen Anlagen zur Papiererzeugung nicht möglich sein wird. Selbstverständlich wird von schlechter Geschäftslage ein Druck auf die Belegschaft und die Gewerkschaft der Branche ausgehen, aber dieser Druck wird anders als z.B. in der Bekleidungsindustrie den Arbeiter nicht individuell, nicht im Unterschied zu seinem Nachbarn treffen, sondern immer die ganze Belegschaft bedrohen. Die Wirkungen der Konkurrenz sind dementsprechend anders.

Die statistische Kennzahl „Anlagevermögen pro Beschäftigten“ drückt aus, welchen Geldbetrag ein Kapital in einem bestimmten Industriezweig investieren muß, um mit gesellschaftlich durchschnittlicher Produktivität Arbeiter ausbeuten zu können. Wenn dieser Betrag relativ hoch ist, wird auch die technische Komplikation der verwendeten Maschinen hoch sein, und der technische Zusammenhang des Arbeitsprozesses wird ebenfalls hoch sein. An Hand der Korrelation des in den verschiedenen Industriezweigen erzielten Durchschnitts der Löhne und Gehälter mit dem in diesen aufgewendeten Anlagevermögen pro Kopf konnten



wir in der letzten Ausgabe zeigen, daß mit einiger Wahrscheinlichkeit gilt: Der Durchschnitt der erzielten Löhne und Gehälter ist in jenen Industriezweigen hoch, in denen das Anlagevermögen pro Kopf hoch ist, und niedriger, wo dieses niedriger ist. Da das Anlagevermögen pro Beschäftigten eine stark bewegte Größe ist und da die in den verschiedenen Industriezweigen erzielten Durchschnitte von Lohn und Gehalt ebenfalls bewegte Größen sind, empfiehlt es sich zu prüfen, ob diese Korrelation sowohl zu verschiedenen Zeitpunkten gefunden werden kann und nicht etwa auf eine fast zufällige Überkreuzung von eigentlich unabhängigen Bewegungen zurückgeht und ob die Bewegung beider Größen miteinander zusammenhängt.

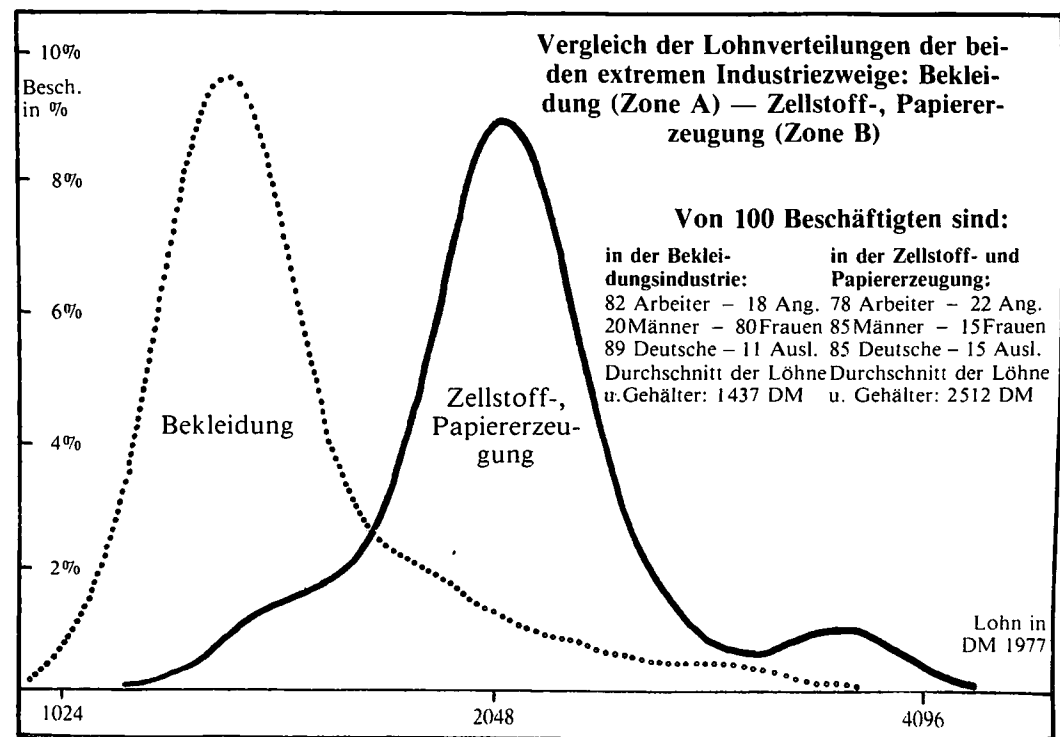
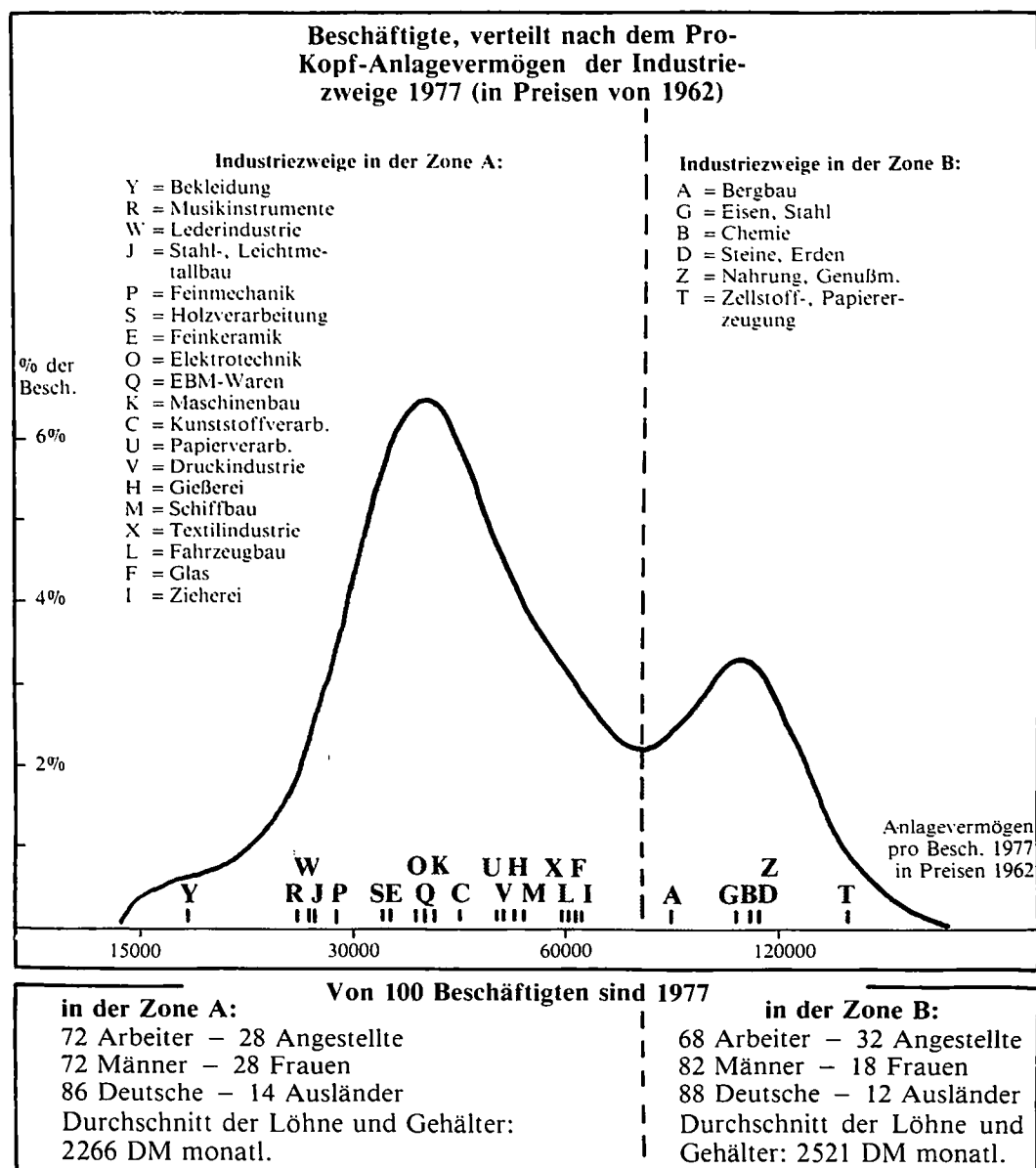
Diese Untersuchung hat ergeben:

— Wenn man die Löhne in den untersuchten Industriezweigen als Prozente des damals (1956) erzielten Lohn- und Gehaltsdurchschnittes ausdrückt und wenn man die Investitionen pro Beschäftigten in den einzelnen Industriezweigen ebenfalls als Prozentverhältnis der damals im Durchschnitt aller Industriezweige errechneten Größe ausdrückt, so ergibt sich: Eine Korrelation hat sowohl 1956 bestanden, als sie auch 1977 bestanden hat.

— Wenn man weiterhin für jeden Industriezweig feststellt, welche Bewegung sowohl Löhne als auch das Anlagevermögen in bezug auf den jeweiligen Durchschnitt durchgemacht haben, so ergibt sich eine Korrelation; das heißt, in jenen Industriezweigen, in denen das Anlagevermögen pro Kopf im Verhältnis zum Gesamtdurchschnitt stärker gewachsen ist, ist auch der Lohn- und Gehaltsdurchschnitt stärker gewachsen und umgekehrt.

Das heißt: Sowohl ist ein Zusammenhang zu finden, wie auch Veränderungen des Anlagevermögens Veränderungen des Durchschnittslohns hervorrufen oder umgekehrt.

Obwohl diese Wirkungen zweifellos sind, weiß doch jeder aus der Erfahrung: So stupid, durch nackte Konkurrenzverhältnisse erzeugt, erscheint die Lohn- und Gehaltshierarchie in den Fabriken nicht. Woher nimmt die Lohn- und Gehaltsverteilung den Schein von Berechtigung, von Erklärung aus Eigenschaften der vernutzten Arbeitskraft und der getanen Arbeit, den sie ja hat?



Außenpolitik

Zeit der jungfräulichen „Partnerschaft“ mit den USA vorbei

Auf dem CDU-Parteitag warnte Strauß: „Amerika kann auf uns eher verzichten als wir umgekehrt auf Amerika!“ Die CDU sandte ihren Generalsekretär Geißler nach El Salvador, um der Interventionspolitik der USA rechtzeitig die Fahne halten zu können. Gleichzeitig kündigte die CDU/CSU-Opposition an, bei ihrem „Nein“ zum Rüstungshaushalt zu bleiben. Die CDU will beim imperialen US-Auftrumpfen mithalten, Schmidt sucht „Balance“.



Arbeiterbewegung

Außerordentlicher Kongreß des DGB beschließt neues Grundsatzprogramm

- Das 1963 beschlossene Grundsatzprogramm spielte in der politischen Praxis des DGB so gut wie keine Rolle mehr. Die rund 500 Änderungsanträge an den DGB-Bundeskongreß zeigen deutlich, daß die stramme Anbindung der Gewerkschaftsbewegung ans Godesberger Programm der SPD die politische Praxis der heutigen

Arbeiterbewegung nicht mehr umgreift. Von besonderem Interesse wird sein, inwieweit bereits heute in der Gewerkschaftsbewegung Forderungen feststehen, deren Verfolgung auf dem Weg zum Sozialismus auch dann nützt, wenn der ideologische Rahmen wesentlich noch von reformistischer Philosophie bestimmt ist.



Strauß und Späth

„Neuer Kurs“ — Vorstoß der Reaktion



Über 140 Verhaftungen und Untersuchungshaft in Nürnberg, angeordnet durch die bayerische Landesregierung. Räumung des Schwarzwaldhofs in Freiburg und Besetzung durch die Polizei. Forderungen nach Verschärfung des Demonstrationsrechts von Kohl. Strauß will Gummigeschosse gegen Demonstranten, Tandler die Polizei mit schär-

ferem Tränengas ausrüsten, und Brechmittel sollen den Wasserwerfern beigemischt werden. Während die Sozialdemokratie über „Verhältnismäßigkeit“ philosophiert, versuchen Strauß, Tandler, Späth mit immer neuen Provokationen eine noch unerfahrene Bewegung gleich zu Beginn ihrer Entwicklung niederzuschlagen.

Kanada

Zerfallerscheinungen des Siedlerstaats, Reagan macht Druck

Reagans erster Staatsbesuch führte nach Kanada. Die kanadische Siedlerbourgeoisie will sich aus US-Abhängigkeit lösen. U.a. sollen 50% der Energieproduktion unter Staatskontrolle. Gleichzeitig zeigt die auf Vernichtung von Indianern und Inuits aufgebaute Siedlerkolonie Zerfallerscheinungen. Die frankokanadischen Massen verlangen Autonomie. Die US-kontrollierten Ölprovinzen boykottieren das Regierungsprogramm.

